

# Preussische Allgemeine



Nr. 5 · 3. Februar 2023

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €



## Elend ohne Ende?

Über eine Hauptstadt, über die sich jeder beklagt, und die dennoch einfach immer weitermacht Seite 3



Interview General Kujat zur Lage nach dem Panzerbeschluss Seite 2



Heimat Historische Faschingsbräuche im alten Ostpreußen Seite 23

FOTO: IMAGOSHOTSHOP; IMAGO/ZUMA WIRE; BILDARCHIV OSTPREUSSEN

### AUFGEFALLEN

## Erstaunliches Erstaunen über die Beamten

Das Unverständnis in der Politik ist groß. Im Tarifstreit mit Bund, Ländern und Kommunen fordern der Deutsche Beamtenbund (dbb) und die Gewerkschaft ver.di 10,5 Prozent mehr Einkommen. Da die staatlichen Arbeitgeber aus Sicht der Gewerkschaften bislang kein vernünftiges Angebot vorgelegt haben, drohte dbb-Präsident Ulrich Silberbach nun mit flächendeckenden Streiks, die er „Lockdown für den öffentlichen Dienst“ nannte.

Dies wiederum brachte führende Vertreter der Politik auf die Palme. So sagte Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki (FDP): „Wer mit Lockdown und dem Zusammenbruch des öffentlichen Lebens droht, missbraucht die Angst der Menschen für die eigene Verhandlungsposition.“

Damit hat Kubicki durchaus recht. Dennoch sind Reaktionen wie seine erstaunlich, hatte die Politik doch keine Probleme mit dem Wort „Lockdown“ und den damit verbundenen Folgen, als sie im Zuge der Coronapolitik ihrerseits das öffentliche Leben lahmlegte. Zudem erstaunt das Erstaunen der Politik über die Höhe der Gehaltsforderungen. Natürlich würde ein Plus von zehn Prozent und mehr die Kalkulation eines jeden Arbeitgebers sprengen. Doch offensichtlich ist den Politikern nicht bewusst, welche Kostensteigerungen sie den Bürgern seit Jahren zumuten (Stichwort: Energiewende). Dass die Privathaushalte künftig für Strom und Gas zum Teil das Doppelte zahlen sollen, löste jedenfalls bislang keine große Empörung aus. *neh*

### PARTEIENLANDSCHAFT

## Die Union und ihr Problemfall Hans-Georg Maaßen

Die CDU-Führung möchte den früheren Verfassungsschutzchef loswerden. Damit offenbart sie erneut ihre Unfähigkeit, die strategische Lage der Partei zu begreifen

VON WERNER J. PATZELT

Es gibt nicht mehr viele gute Geister, von denen die CDU noch verlassen werden könnte. 2015 weigerte sie sich zu begreifen, dass die AfD zur gefährlichen Konkurrentin deshalb aufstieg, weil die Union Angela Merkels eine Repräsentationslücke rechts von sich hatte aufreißen lassen. Als im Frühjahr 2016 auch ein Blinder den Einflussgewinn der AfD nach deren ostdeutschen Wahlsiegen sehen konnte, setzte die CDU dann alle Hoffnungen aufs Ausgrenzen. Zugleich hätschelte sie die Grünen mit Affenliebe und erfüllte ihnen alle Politikwünsche, von der Zuwanderungspolitik über die Energiepolitik bis zum Kampf gegen Konservative in den eigenen Reihen. Kuschlige Koalitionen mit den Lieblingen akademischer Bürgerkreise war das Wunschziel. Auch wollten CDU-Politiker endlich geliebt werden von Deutschlands Progressiven und von jenen Journalisten, die zu weit mehr als der Hälfte grüne Ikonen bewundern und grüner Politik anwaltschaftlich dienen.

Um da Liebling zu werden, war manches Opfer zu bringen. Merkel & Co. taten das gerne. Was macht es schon, wenn man Wähler an die AfD verliert! Die Kutsche zur erhofften Dauermacht als williger Helfer der Grünen fährt doch nur in der politischen Mitte. Wen muss es da kümmern, dass mehr und mehr Konservative

der CDU innerlich kündigen und lieber aufs Wählen verzichten als eine Partei anzukreuzen, die ihnen mit lustvollen Fußtrittchen kommt! Wenn gar, über den Machtabstieg ihrer Partei besorgt, manche CDUler die bisherigen Werte der Union ausdrücklich hochhalten und auf Kurskorrekturen hinwirken wollen: Was anderes sind die wohl als Nestbeschmutzer? Und falls es zu politisch-medialen Hetzjagden auf die eigenen Leute kommt: Rettet man dann nicht besser die eigene Haut, indem man sich selbst daran macht, Missliebige vom Hof zu jagen?

### Anbiederung an den Zeitgeist

So hält es die CDU derzeit mit Hans-Georg Maaßen. Keine Verleumdung, keine Wortverdreherei seitens der politischen Gegner ist ihr zu dummdreist, als dass nicht auch CDU-Anführer sie sich zu eigen machten. Das Elend fing an, als im Sommer 2018 der damalige Verfassungsschutzpräsident keine belastbaren Beweise für medial breit thematisierte Chemnitz-Hetzjagden auf Ausländer fand und das auch noch öffentlich sagte. Seither muss er für die Peinlichkeit büßen, dass die Bundesregierung von ihren angeblich vielen Videobeweisen nur das „Hase, du bleibst hier!“-Filmchen von der „Antifa Zeckenbiss“ vorzeigen konnte. Fortan galt für Linke und Merkelianer: „Maaßen muss weg!“ Doch statt sich ins politische Nirwana zu trollen, erfrecte der sich zur

Kandidatur als CDU-Wahlkreisbewerber in Thüringen. Anschließend gehörte es sich für CDU-Politiker, auch gegen eigene Leute Wahlkampf zu machen – außer, sie gehören zum Freundeskreis um Schleswig-Holsteins Ministerpräsidenten. Außerdem trat der böse Maaßen der – angeblich – parteischädigenden WerteUnion bei und folgte gar dem politisch verirrten Ex-Vorsitzenden Otte als deren Vorsitzender. Da hilft wohl nur noch eines: Auf zur Treibjagd – und Waidmanns Heil! Vielleicht wird man ja gleich die ganze WerteUnion los und bekommt die CDU endlich konservativenfrei.

Schauen wir jetzt, ob Maaßen nicht nur die Standfestigkeit, sondern auch die Argumentationskunst von Thilo Sarrazin besitzt und mit ihr die CDU vorzuführen vermag. Sogar außerhalb der Union drücken ihm dafür viele die Daumen. Mehr noch wünschen ihm künftig Fortüne bei der Formulierung von sachlich plausiblen, doch ideologisch verbauten Positionen.

Und vermutlich ist gar nicht Maaßen das große Problem der CDU, sondern schlicht die Unfähigkeit dieser Partei, ihre strategische Lage zu begreifen. Die ist zum Verzweifeln: Durch dauerhafte Stimmenverluste an AfD und Nichtwähler für unabsehbare Zeit an die Seite der Grünen gezwungen, kann sie nicht länger eine große Partei auch der rechten Mitte sein, die Deutschlands Kurs entscheidend bestimmt.

### IN DIESER AUSGABE

#### Politik

Brandenburgs Umweltverbände laufen gegen die Energiewende Sturm Seite 5

#### Kultur

Berlin erinnert sich in einer großen Schau an Preußens Abenteuer am Nil Seite 9

#### Das Ostpreußenblatt

Wissenschaftliche Spurensuche in den Tiefen des Allensteiner Burgturms Seite 13

#### Lebensstil

Im Schatten von Pompeji – der morbide Charme der Ruinenstadt Paestum Seite 21



### Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite [paz.de](http://paz.de)



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

IM GESPRÄCH MIT HARALD KUJAT

Die Entscheidung der Bundesregierung, Leopard-2-Panzer in den Ukrainekrieg liefern zu wollen, bewegt die Gemüter. Welche Folgen hat dieser Schritt – für den Fortgang des Krieges, für die Menschen in der Ukraine und auch für unser Land? Der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr plädiert bei aller Notwendigkeit, den Angegriffenen Beistand zu leisten, seit Langem dafür, eine politische Lösung des Konflikts zu suchen. Und hält dies heute für dringender geboten denn je zuvor.

**Herr Kujat, was bedeutet die Entscheidung der Bundesregierung, zusammen mit einigen Verbündeten Kampfpanzer an die Ukraine liefern zu wollen, für die weitere Entwicklung des Kriegs? Kreml-Sprecher Peskow erklärte bereits, dass Russland diesen Schritt als direkte Beteiligung des Westens an dem Konflikt betrachte.**

Eine unmittelbare Kriegspartei werden wir durch diese Lieferung nicht. Das ist zumindest das Ergebnis eines Berichts des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags vom März letzten Jahres. Der Bericht sagte jedoch damals bereits perspektivisch: „Erst wenn neben der Belieferung mit Waffen auch die Einweisung der Konfliktpartei beziehungsweise Ausbildung an solchen Waffen in Rede stünde, würde man den gesicherten Bereich der Nichtkriegsführung verlassen.“ Da dies im Zuge der Leopard-2-Lieferungen geschehen soll, stellt diese Entscheidung einen qualitativen Sprung dar.

Dass Russland diesen Schritt als Eskalation betrachtet, war zu erwarten. Allerdings hat auch Russland in diesem Konflikt einige Eskalationsschritte unternommen, allen voran den Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022. Wie in jedem Krieg folgt der Eskalation der einen Seite eine Eskalation der anderen, „bis ...“ – wie Clausewitz es sagte – „... zum Äußersten“. Die Frage ist: Was ist „das Äußerste“ in diesem Krieg? Wie weit sind wir bereit zu gehen? Und zu welchem Preis?

Eine andere klassische Frage ist die nach der Mittel-Zweck-Relation. Welcher Zweck soll mit den Panzern verfolgt werden – und ist dieser Zweck damit auch erreichbar? Und da sieht es tatsächlich nicht so aus, als könnte die Lieferung von Leopard-2-Panzern die strategische Lage der Ukraine so verändern, dass sie das von Präsident Selenskyj verkündete Ziel, alle von Russland besetzten Gebiete einschließlich der Krim zurückzuerobern, erreichen kann.

#### Warum?

Der amerikanische Generalstabschef General Mark A. Milley erklärte unlängst, die ukrainischen Streitkräfte hätten erreicht, was erreichbar wäre, mehr sei nicht möglich. Deshalb müsse man jetzt den Moment ergreifen, der sich aufgrund der Jahreszeit bietet, und zu Verhandlungen übergehen. Ähnlich sieht es der Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte, General Walerij Saluschnyj, der sagte: „Um die russischen Truppen auf die Positionen vor dem Einmarsch am 24. Februar zurückzudrängen“, was die Krim nicht einschließt, „brauche ich 300 moderne Panzer, 600 bis 700 Schützenpanzer und 500 Haubitzen. Bekomme ich das nicht, kann ich keine größeren Offensiven starten.“ Offenkundig reichen die nun zugesagten Militärhilfen nicht aus, um die von der Politik formulierten Ziele zu erreichen.

Hinzu kommt, dass nicht Waffen einen Krieg entscheiden, sondern Streitkräfte. Die westlichen Kampfpanzer könnten nur dann die Offensivfähigkeit der ukrainischen Streitkräfte signifikant erhöhen, wenn sie durch das Gefecht der verbundenen Waffen einen hohen Einsatzwert erreichen, wenn also alle Waffensysteme und Einheiten wie ein Orchester synergetisch zusammenwirken. Dazu sind die ukrainischen Streitkräfte – zumindest derzeit – nicht in der Lage. Und diese Fähig-



Verdrängtes Leid: In den Debatten über den Ukrainekrieg wird immer wieder ausgeblendet, dass es die Ukrainer sind, die unter der Gewalt des Krieges zu leiden haben. Hier die Stadt Dnipro nach einem russischen Raketenangriff im Januar 2023 Foto: imago

#### INTERVIEW

## „Soll der Krieg durch Gewalt zu Ende gehen oder durch Verhandlungen?“

Was westliche Panzerlieferungen für den Fortgang des Ukrainekriegs bedeuten und warum an einer politischen Lösung des Konflikts kein Weg vorbeiführt

keit zu erlernen, schafft man nicht in wenigen Wochen oder Monaten.

#### Das heißt, der beschworene „Gamechanger“ ist dieser Beschluss nicht?

Im Verlauf des Ukrainekriegs sind schon viele „Gamechanger“ beschworen worden. Auch der jetzige Panzer-Beschluss ist keiner. Allerdings bedeutet der Einsatz von Leopard-2-Panzern eine Intensivierung der Kampfhandlungen – und damit auch eine Erhöhung der enormen Verluste, die die ukrainischen Streitkräfte und auch die Zivilbevölkerung bereits jetzt zu erleiden haben. General Milley nannte bereits vor längerer Zeit die Zahl von über 100.000 Verlusten, hinzu kommt eine große Zahl von Vermissten sowie auch von Fahnenflüchtigen.

Die Ukraine muss jetzt schon alle möglichen Ressourcen aktivieren, um wenigstens den Status quo zu halten. Insofern wird klar, warum die Kiewer Regierung so entschieden westliche Panzer gefordert hat und weitere Forderungen – etwa nach weitreichenden Raketen, Flugzeugen und Kriegsschiffen – erhebt. Um so dringender sollten wir darüber reden, ob die von der Politik deklarierten Ziele mit den vorhandenen militärischen Mitteln erreicht werden können. Und da bin ich skeptisch.

#### Obwohl wir laufend Meldungen darüber hören, wie schlecht es den Russen geht, sehen Sie also die größeren Probleme auf der Seite der Ukrainer?

Durchaus. Aber mir geht es gar nicht darum, wer gerade welchen Nachteil hat. Ich habe eben bewusst den amerikanischen Generalstabschef zitiert, der hoffentlich unverdächtig ist, für Russland Partei zu ergreifen, der jedoch die Dinge sehr nüchtern sieht und auch über die entsprechenden Informationen verfügt. Auch der ukrainische General Saluschnyj, von dem ich sehr viel halte, sieht die Dinge deutlich nüchterner als etwa sein Präsident. Als Selenskyj erklärte, das Ziel der Ukraine sei es, alle verlorenen Gebiete – einschließlich der Krim – zurückzuerobern, sagte

der ukrainische Oberbefehlshaber, selbst das zurückzugewinnen, was das Land seit dem 24. Februar 2022 verloren hat, sei an Voraussetzungen geknüpft, die nicht erfüllt sind. Wenn ich diese Informationen habe, muss ich ganz einfach zu dem Ergebnis kommen, dass die von der Ukraine deklarierten Ziele nicht erreichbar sind – und muss dann zwangsläufig den eingeschlagenen Weg hinterfragen.

#### Sie plädieren seit längerer Zeit dafür, dass der Westen einen Ausgleich mit Russland sucht. Kritiker erwidern, dass Russland der Aggressor sei und deshalb auch die Entscheidung über Krieg und Frieden allein bei Russland liege.

Auch hier hilft ein Blick auf die Lage. Es ist doch offensichtlich, dass nicht nur die Ukraine ihre Ziele nicht erreichen wird, sondern auch Russland. Moskau erleidet gerade einen geopolitischen Rückschlag, indem Finnland und Schweden, die ihre Neutralität nie aufgeben wollten, nun in die NATO streben. Selbst wenn Russland also noch militärische Erfolge durch Geländegewinne erzielen sollte, ist schon jetzt erkennbar, dass es nicht alle politischen Ziele erreichen und damit den Krieg nicht gewinnen kann.

Diese Erkenntnis muss den Anfang aller weiteren Überlegungen des Westens bilden, weil sie zu der Frage führt, welche Kompromisse die Ukraine und der Westen akzeptieren können, damit Russland seinen Angriff stoppt. Allerdings sehe ich auf der Ebene der politischen Entscheider nirgendwo einen strategischen Ansatz, der von diesen Punkten ausgeht. Stattdessen leben die Verantwortlichen mehr oder weniger von der Hand in den Mund. Sie reden mal hier über Sanktionen und mal dort über Waffenlieferungen, doch über eine Gesamtstrategie wie dieser Krieg beendet werden könnte, debattieren sie nicht.

**Was sagen Sie zu dem Vorwurf, dass ein Aufruf zu Verhandlungen den Ukrainern in den Rücken fällt und letztlich das Geschäft der Russen betreibt?**

Das ist natürlich Unsinn. Es ist doch zweifelsfrei, dass der russische Angriff eine völkerrechtswidrige Aggression darstellt und dass die Ukraine jedes Recht hat, ihre staatliche Unabhängigkeit zu verteidigen und ihre Bevölkerung zu schützen. Doch wie jeder militärische Konflikt ist auch der Ukrainekrieg die Fortsetzung der Politik mit Beimischung anderer Mittel. Die einfache Frage ist doch, ob wir diesen Krieg durch Gewalt zu Ende gehen lassen wollen oder durch Verhandlungen. Ich plädiere für einen dualen Ansatz aus militärischer Unterstützung für den Angegriffenen und politischen Gesprächen mit dem Angreifer – nicht jedoch dafür, der Gewalt freien Lauf zu lassen und über die damit verbundenen Folgen überhaupt nicht nachzudenken.

#### Vergangene Woche erklärte Außenministerin Baerbock vor dem Europarat: „Wir führen einen Krieg gegen Russland, nicht gegeneinander“. Ist ihr bewusst, was sie damit anrichten kann?

Jeder Minister und jede Ministerin müssen wissen, dass sie für die Bundesregierung sprechen und welche Konsequenzen die eigenen Aussagen haben. Das scheint bei Frau Baerbock nicht der Fall zu sein.

„Ich plädiere für einen dualen Ansatz aus militärischer Unterstützung für den Angegriffenen und politischen Gesprächen mit dem Angreifer – nicht jedoch dafür, der Gewalt freien Lauf zu lassen“

Wenn sie von einem „Wir“ spricht, das sich im Krieg mit Russland befindet, erklärt sie faktisch in unserem Namen Russland den Krieg. Das ist diplomatisch eine Katastrophe! Aber es zeigt auch, wie sie denkt. Und das muss man wohl noch kritischer sehen als ihre Worte.

Die Pointe dabei: Offensichtlich ist der Ministerin nicht bewusst, dass sie sich nun in einer Allianz mit den Russen befindet. Denn bislang hat die NATO russische Behauptungen, dass die westliche Allianz Krieg gegen Russland führen würde, stets bestritten.

**Wie souverän ist die deutsche Politik in dem Geschehen? Als sich Bundeskanzler Scholz anfangs weigerte, Panzerlieferungen zuzustimmen, ist er dafür scharf kritisiert worden. Nun jedoch hat er US-Präsident Biden abgerungen, dass auch die USA Panzer schicken werden. Wobei es schwer fällt zu glauben, dass ein deutscher Kanzler die Macht hätte, einem US-Präsidenten irgendwelche Entscheidungen aufzunötigen.**

Das natürlich nicht. Aber es war schon so, dass die Amerikaner bis vor Kurzem nicht bereit waren, ihre Abrams-Panzer an die Ukraine zu liefern. Auch Präsident Selenskyj hat bei seinem Besuch vor Weihnachten in Washington mit seiner Forderung nach modernen Kampfpanzern eine klare Ablehnung erfahren. Bislang wollten die USA eine direkte Konfrontation zwischen der NATO und Russland unbedingt vermeiden, deshalb sollte es keine Lieferungen von Waffen geben, die erstens zum Angriff auf Russland geeignet sind, oder die zweitens für das Gefecht der verbundenen Waffen geeignet sind, sowie drittens keine Waffen, die eine nukleare Eskalation auslösen könnten.

Dass die USA nun doch zugestimmt haben, eigene Panzer zu liefern, kann somit durchaus auf das Beharren von Scholz zurückgeführt werden. Ob die Panzer dann auch zeitnah kommen, oder ob die Amerikaner – wie es jetzt aussieht – die Abrams erst herstellen wollen, womit sie erst in etlichen Monaten zur Verfügung stünden, steht auf einem anderen Blatt.

Aber grundsätzlich – und darauf zielt ja Ihre Frage – kann die deutsche Politik innerhalb der NATO und auch gegenüber den USA sehr wohl eigene Positionen formulieren und diese auch durchsetzen. Sie muss es jedoch wollen – und eventuellen Gegenwind dann auch aushalten.

#### In wenigen Tagen jährt sich der Kriegsausbruch erstmalig. Welches Szenario erwarten Sie für die nähere Zukunft?

Ich will dazu nicht spekulieren, sondern die militärische Lage so betrachten, wie sie ist. Die russischen Streitkräfte haben über den Winter gut ausgebauten Verteidigungsstellungen bezogen. Außerdem haben sie bewährte Kampftruppen, etwa 22.000 Mann, aus der Region Cherson abgezogen, die sich nun regenerieren können. Zugleich führen sie in erheblicher Zahl neue Kampftruppen heran. Alles in allem sind deutlich Vorbereitungen für eine neue größere Offensive erkennbar. Was die Russen damit erreichen wollen, wissen wir nicht. Logisch wäre, dass sie versuchen, die Eroberungen in den früheren Verwaltungsbezirken Luhansk und Donezk sowie Saporsischja und Cherson zu konsolidieren. Hinzu kommt, dass Russland versuchen wird, die Zuführung der westlichen Waffensysteme zu unterbinden – und zwar durch die Zerstörung von Straßen, Eisenbahnknotenpunkten und Depots.

Das große Risiko ist, dass der Krieg sich ausweitet oder weiter eskaliert. Das macht sowohl die Panzerlieferungen als auch die leichtfertige Rede, dass wir „Krieg gegen Russland“ führen würden, so gefährlich. Es spricht also alles dafür, eine politische Lösung des Ukrainekriegs anzustreben.

● **General a.D. Harald Kujat** war von 2000 bis 2002 Generalinspekteur der Bundeswehr und von 2002 bis 2005 Vorsitzender des NATO-Militärausschusses.

# Hauptstadt des selbstgewählten Elends

In wenigen Tagen stehen die Berliner wieder einmal vor der Wahl, wer ihre Stadt regieren soll. Ein Un-Sittenbild einer Stadt, die gern vorgibt, eine pulsierende Metropole zu sein – und doch im Alltag Tag für Tag eine graue Provinzialität offenbart

VON REINHARD MOHR

Es muss man den Berlinern lassen: Es gibt Sachen, die macht ihnen so schnell keiner nach. Leidenschaftlich diskutieren sie über eine „Döner-Preisbremse“ und die Entfernung des Wortes „Preußen“ aus der altherwürdigen Stiftung Preußischer Kulturbesitz, sie wuchten sinnlos Sperrholz- und Blechkästen auf Durchgangsstraßen, um das Weltklima zu retten, und setzen schon mal eine ganze Landtagswahl in den Sand, was seit 1949 noch niemand sonst in Deutschland hingekriegt hat.

So dürfen die einst eingemauerten „Insulaner“ des Ostens in gut einer Woche, am Sonntag, dem 12. Februar, noch einmal zur Wahl des Abgeordnetenhauses schreiten, nachdem der Landesverfassungsgerichtshof festgestellt hat, dass im Herbst 2021 „nicht nur einzelne, sondern Tausende Wahlberechtigte am Wahltag in Berlin ihre Stimme nicht, nicht wirksam, nur unter unzumutbaren Bedingungen oder nicht unbeeinflusst abgeben konnten“. Daher seien „die in der Verfassung des Landes Berlin festgelegten Grundsätze der Freiheit, der Allgemeinheit und der Gleichheit der Wahl verletzt“ worden.

## Ist der Ruf erst ruiniert ...

Es passt zu den Sitten und Gebräuchen des ungeschriebenen Berliner Landrechts, dass dafür niemand zur Verantwortung, gar zur Rechenschaft gezogen wurde. Es ging halt ein bisschen chaotisch zu, nichts Ungewöhnliches für Berlin, wo es gerne mal drunter und drüber geht, wie zuletzt in der Silvesternacht, als Feuerwehr und Polizei von randalierenden Jugendlichen attackiert wurden und in lebensgefährliche Situationen gerieten.

Weder der zuständige Innensenator noch die Regierende Bürgermeisterin Giffey sahen irgendeine Veranlassung, persönliche Konsequenzen zu ziehen. Im Gegenteil: Sie treten fröhlich wieder an. Diese Art regionaltypisch folkloristischer Wurstigkeit legte Franziska Giffey schon an den Tag, als sie wegen der Aberkennung ihres Dokortitels aufgrund zahlloser Plagiate zwar als Bundesfamilienministerin zurücktrat, kurz darauf jedoch zur Spitzenkandidatin in Berlin gekürt wurde. Motto: Ist der Ruf erst ruiniert, lebt sich's völlig ungeniert.

Die Berliner – die im öffentlich-rechtlichen Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) nur „Berliner\*innen“ heißen – wundert das nicht. Sie kennen es nicht anders. Diese Form moralischer Grobmotorik ist ihnen vertraut, und ganz ehrlich: Viele lassen selbst gerne fünf gerade sein. Der über die ganze Hauptstadt verteilte Sperrmüll, oft mit dem Hinweis „Zu verschenken! Viel Spaß damit!“ versehen, ist nur ein Zeugnis dieser sizilianisch-mediterranen Lockerheit, in der man Regeln Regeln sein lässt, wenn sie einem selbst gerade nicht passen. Moral, Bekenntnis und Haltung – früher nannte man das „Gesinnung“ – zeigt man nur im globalen Maßstab der Weltrettung, also dort, wo es nichts kostet, das eigene „Gutsein“ zu demonstrieren.

## Passabel leben ohne Arbeit

Apromos: In Berlin finden pro Jahr rund 6000 Demonstrationen statt, also Tag für Tag etwa 160 – von der selbstklebenden Kleingruppe der „Letzten Generation“ auf der Avus bis zur Großdemonstration am Reichstag. Nur ausgesprochen reaktionäre Kräfte, die wahrscheinlich ihren alten Kaiser Wilhelm wiederhaben wollen, fragen sich gelegentlich, woher all die Aktivisten ihre Zeit nehmen, vom Geld zu schweigen.

Aber auch das ist Berlin: Man kann hier selbst ohne Arbeit passabel durchkommen, jedenfalls eine Zeit lang. Der Mode-Begriff von der „Work-Life-Balance“ hat hier seit eh und je



Richtige Analyse, mangelnde Umsetzung: Bislang wählten die Berliner trotz großer Unzufriedenheit über den Zustand ihrer Stadt noch immer diejenigen, die für diesen Zustand verantwortlich sind  
Foto: Imago/Seeliger

gegolten. Für die Balance sorgt ein ausuferndes Sozialsystem, das niemand mehr überblickt, dafür aber zu einem großen Teil von Bayern, Baden-Württemberg und Hessen über den Länderfinanzausgleich bezahlt wird. Zum Dank führt Berlin dann jenes kostenlose Mittagessen für die ersten sechs Schulklassen ein, das man sich im wohlhabenden Süddeutschland nicht leisten mag. Leider hat sich herausgestellt, dass jedes vierte gelieferte Essen unangerührt im Müll landet. Die Lektion, dass das, was nichts kostet, auch nichts wert ist, kam an der Spree bis heute nicht wirklich an.

Zu alledem kommt die legendäre „Kiez-Kultur“, die frei nach Olaf Scholz („You'll never walk alone“) niemanden alleine lässt. Auch nachts nicht, wenn der Alkoholpegel die gewohnten Normwerte erreicht hat und die multikulturelle Lebensfreude in lautstarken, zugegeben: nicht immer wohlklingenden Gesang mündet. Wer um zwei Uhr früh darauf pochen will, seinen Schlaf für den morgigen Arbeitstag zu benötigen, stößt auf Unglauben und Unverständnis.

## Politisch gewollte Provinzialität

So ist Berlin immer auch die Stadt der Parallelgesellschaften – von der offenen Drogenszene im Görlitzer Park mit 500 Dealern bis zu den großbürgerlichen Wohngebieten in Dahlem, Nikolassee und Grunewald, vom in die Jahre gekommenen Anarcho-Charme Kreuzberger Nächte zum angestammten Revier der Wilmersdorfer Witwen, die ihren Eierlikör immer noch auf der Eichenholzgarbe von Onkel Heinrich und Tante Anna griffbereit halten. Man weiß ja nie, wer hereinreißt.

Und eigentlich ist Berlin ja noch immer eine Stadt, deren aufregende, historisch gewachsene Vielfalt man gar nicht phrasenhaft beschwören muss, weil sie ganz real ist, unmittelbar erlebbar.

Es ist die Politik, es sind die politischen Zustände, die diese europäische Metropole, die im wilhelminischen Kaiserreich entstand, systematisch ins Provinziell-Dörfliche ziehen, in die spießhaften Abgründe von rot-rot-grünem Bullerbü-Kitsch, einer verlogenen Volksgemeinschaftsideologie, diesmal von links, also nachhaltig, bunt, diskriminierungssensibel, queer und gendergerecht.

Großmäulig-illusionäres Pathos in Tateinheit mit Weltniveau-Geschwurbel wechselt sich mit Pippi-Langstrumpf-Phantasien ab, deren Kern in der Vorstellung besteht, eine Stadt mit annähernd vier Millionen Einwohnern könne die sommerliche Harmonie-seligkeit eines rebenumrankten südpfälzischen Weinortes ausstrahlen, so schön, so friedlich, so idyllisch, „hygge“ eben.

## Symbol Friedrichstraße

Gesellschaftliche, kulturelle und religiöse Konflikte werden nicht nur bei den brisanten Themen Migration und Integration, Clankriminalität und islamistischem Terror, „Ehren“- und Messermorden ausgeblendet. Sie passen nicht ins naiv-regressive Schema der Straßensfest-Ästhetik aus den 80er Jahren, mit Gyros, Häkelkurs und Hüpfburg. Was moderne Urbanität bedeuten könnte, gar großstädtische Eleganz wie in Paris oder Barcelona, wird erst gar nicht diskutiert. Symptomatisch dafür ist der geschichtslose Dogmatismus, ja Fanatismus, mit dem die grüne Verkehrssenatorin Jarasch, die Regierende Bürgermeisterin werden will, um jeden Preis die dauerhafte Sperrung eines zentralen Teils der Friedrichstraße betreibt.

Wie in einer Nusschale ist hier die rot-rot-grüne Symbolpolitik zu studieren. Gut 500 Meter der einst quirligen Straße, die vor hundert Jahren, in den „Roaring Twenties“, zahlreiche Cabaret-Theater, Restaurants und Unterhaltungslokale beherbergte, sind nun wieder dem Autoverkehr entzogen. Hässliche „Straßenmöbel“ mit Sperrholz-Charme sollen zum Ausruhen und Flanieren einladen, doch in Wahrheit gibt es, anders als auf dem Kurfürstendamm und dem Tauentzien, gar nichts zu sehen. Selbst die Fußgängerzone in Bielefeld hat mehr zu bieten.

Die protestierenden Anrainer und Geschäftsleute werden so wenig gefragt wie der Rest der Bevölkerung, und weder dem Klima noch der Verkehrssicherheit ist mit diesem städtebaulichen Murks geholfen. Doch die Richtung ist klar: Abbau, Rückbau, Schrumpfung. So entstehen urbane Todeszonen voller Poller, Fahrradbügel und Sitzmöbel, die alsbald, rundum beschmiert und zugesprüht, ihrem bestimmungsgerechten biodynamischen Verfallsprozess entgegengehen. Hier

Hier triumphiert der ideologische Bullerbü-Stalinismus schlicht um seiner selbst willen – Kopfgeburt einer akademisch-woken Pseudo-Elite, die gar nicht ahnt, in welcher fatalen Tradition von Rechthaberei und gnadenloser Vollstreckungslust sie sich bewegt

triumphiert der ideologische Bullerbü-Stalinismus schlicht um seiner selbst willen – Kopfgeburt einer akademisch-woken Pseudo-Elite, die gar nicht ahnt, in welcher fatalen Tradition von Rechthaberei und gnadenloser Vollstreckungslust sie sich bewegt. Der Weg von der grünen „Basisdemokratie“ zur amtsgrauen Bürokratie war kurz.

## Wahlkampf mit leeren Phrasen

Kein Wunder, dass der Wahlkampf merkwürdig blass bleibt in diesen Winterwochen mit ihrem oft bleiernem Himmel, der die Stimmung unten durchaus spiegelt. Manch einer fragt sich: Wo bitte geht's zur Front? Wann wird einmal Tacheles geredet über die wahren Probleme der Stadt? Die politische Auseinandersetzung leidet allerdings auch darunter, dass der rot-rot-grüne Block aus SPD, Grünen und Linkspartei trotz aller Differenzen eine schier betonharte strukturelle Mehrheit hat, auch wenn sie diesmal knapper ausfallen könnte als sonst.

So läuft man achselzuckend an den unsäglich schlecht gemachten Wahlplakaten der Parteien mit ihren notorischen Leerformen und Worthülsen vorbei. Ein Lächeln zaubert allein die „Partei für schulmedizinische Verjüngungsforschung“ auf das Gesicht von Passanten, verspricht sie doch ein „unbegrenzt langes Leben für alle“. Vorläufig werden allerdings nur „tausend Jahre gesund leben“ versprochen, wobei unklar bleibt, ob diese Zeit komplett in Berlin abgesehen werden muss, womöglich unter einer dann mehr als tausend Jahre alten Bettina Jarasch.

Wie auch immer: Es gibt ihn also noch, den Spirit eines Optimismus, der Berlin nach der Euphorie des Mauerfalls und den Jahren der schwierigen, aber hoffnungsfrohen Wiedervereinigung abhandengekommen ist. Eine „degenerative Entwicklung“ habe vor allem das politische Spitzenpersonal erfasst – so sagt es ein altgedienter ehemaliger Spitzen-Grüner und nimmt die eigene Partei dabei nicht aus.

Doch die Schmerztoleranz der Berliner ist legendär, und so wählt man immer wieder diejenigen, die traditionell für Verwaltungschaos, Inkompetenz wie den Hang zu Enteignung und Planwirtschaft à la DDR 2.0 stehen. Die bürgerlich-liberale Opposition aus CDU und FDP kommt zusammen kaum über 30 Prozent und verfügt auch nicht über charismatische Kandidaten.

## Chance für einen Wandel?

Dabei liegt für die Opposition der Ball seit Monaten auf dem Elfmeterpunkt: Der Berliner Senat ist die unbeliebteste Landesregierung in der Bundesrepublik – über sechzig Prozent sind mit ihr unzufrieden –, und allein das Wahldesaster vom September 2021 hätte überall sonst dazu geführt, dass es zu einem politischen Wechsel kommt. Nicht so zwischen Spree und Havel.

Aber wer weiß: Wenn Rot-Rot-Grün nur eine ganz knappe Mehrheit erreicht oder sie gar hauchdünn verfehlen sollte, könnte es zum Beispiel zu einer „Deutschland-Koalition“ unter Führung des CDU-Kandidaten Kai Wegner mit SPD und FDP kommen. Es wäre eine Sensation – und ein veritabler Neuanfang. Freilich müsste sich die SPD, deren Regierende Bürgermeister einst Ernst Reuter und Willy Brandt hießen, erst einmal aus der rot-rot-grünen Gefangenschaft lösen.

Aber warum sollte nicht auch in Berlin einmal eine Zeitenwende stattfinden?

● Reinhard Mohr war bis 2004 Redakteur des „Spiegel“ und bis 2010 Autor von „Spiegel Online“. Er schreibt heute unter anderem für „Die Welt“ und „Neue Zürcher Zeitung“. 2021 erschien „Deutschland zwischen Größenwahn und Selbstverleugnung. Warum es keine Mitte mehr gibt“ (Europa Verlag).  
[www.europa-verlag.com](http://www.europa-verlag.com)

## ● MELDUNGEN

## Rekorde beim Krankenstand

**Hamburg** – Der Krankenstand unter den Arbeitnehmern in der Bundesrepublik hat vergangenes Jahr ein Rekordhoch erreicht. Nach Angaben der DAK-Gesundheit lag er bei 5,5 Prozent. Ein Jahr zuvor hatte die medizinisch bedingte Ausfallquote noch vier Prozent betragen. Damit fehlte 2022 jeder Beschäftigte im Durchschnitt rund 20 Tage. Einen höheren Wert gab es laut der Krankenkasse seit Beginn der statistischen Erfassung nicht. Hauptursache für diese Entwicklung sind laut der früheren Deutschen Angestellten-Krankenkasse die Atemwegserkrankungen, unter die neben Covid-19 auch die Virus-Grippe und alle Arten von banaleren Erkältungen fallen. Bei den Infektionen der Atemwege kletterte die Fallzahl 2022 ungeachtet der Anfang 2021 gestarteten Corona-Impfkampagne um 172 Prozent nach oben. Zu einem steilen Anstieg der Fallzahlen kam es gleichermaßen bei den psychischen Erkrankungen. Hier verzeichnete die DAK für das Jahr 2022 ebenfalls Rekordzahlen. W.K.

## 4,5 Billionen Euro bis 2030

**Paris** – Die Internationale Energieagentur (IEA) hat ihren neuen Jahresbericht vorgelegt. Dort beziffert sie die bis 2030 anfallenden Kosten für den Ausbau „sauberer“ beziehungsweise „erneuerbarer“ Energien auf weltweit 4,5 Billionen US-Dollar, knapp 650 Milliarden pro Jahr. Darüber hinaus heißt es in dem Papier mit dem Titel „Energy Technology Perspectives 2023“, die Umstellung der Energieerzeugung erfordere auch bessere wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen. So müssten die Lieferketten optimiert werden, damit keine Engpässe entstünden, die große Risiken für die Einführung „grüner Technologien“ bergen. In diesem Zusammenhang beklagt die IEA, dass China neun Zehntel der Seltenen Erden sowie rund zwei Drittel der globalen Lithium- und Kobaltvorkommen besitze. Das mache sowohl die Kooperation mit der Volksrepublik als auch Lieferketten ohne die Einbindung Chinas nötig. W.K.

## Zunahme der Zuwanderung

**Berlin** – Aus dem von der Bundesregierung vorgelegten „Migrationsbericht 2021“ geht hervor, dass die Zuwanderung nach Deutschland im Vergleich zu 2020 um 11,5 Prozent zugenommen hat. Die Abwanderung nahm gegenüber 2020 um 2,9 Prozent zu. Mit 329.163 Personen war die Nettozuwanderung deutlich höher als im Vorjahr. Der Anteil der zugewanderten Personen aus europäischen Ländern inklusive Russland und der Türkei liegt bei mehr als 60 Prozent. Laut dem Bericht ist das Hauptherkunftsland der Zugewanderten Rumänien, gefolgt von Polen, Bulgarien, der Türkei, Italien, Syrien, Afghanistan, Indien, Spanien und Ungarn. Den höchsten Wanderungssaldo mit einem Plus von 41.479 konstatierten die Behörden aus Syrien gegenüber 18.196 Zugewanderten im Jahr 2020. Der Bevölkerungsanteil der Menschen mit Migrationshintergrund lag bei 27,3 Prozent. MRK



Statt auf einem Streitross auf einem schweren Motorrad unterwegs: Marie-Agnes Strack-Zimmermann

Foto: action press

## MARIE-AGNES STRACK-ZIMMERMANN

## Die Amazone der FDP

Aufbrausend – unbeherrscht – verletzend – redegewandt – durchsetzungsstark

VON PETER ENTINGER

Es ist gerade einmal zehn Jahre her, da überraschte der FDP-Vorsitzende Christian Lindner in der Stunde der schwersten Krise seine Parteigänger, indem er die heutige Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestags, Marie-Agnes Strack-Zimmermann, für das Präsidium seiner strauchelnden Truppe nominierte. Bis dahin war „MASZ“ allenfalls eingefleischten Liberalen an Rhein und Ruhr ein Begriff. Die Eignung für Spitzenämter auf Bundesebene haben der engagierten Kommunalpolitikerin damals nur wenige zugetraut.

Zehn Jahre später tingelt die 64-Jährige durch die Talkshows, hat Live-Schalten zur besten Sendezeit und ist in Berlin die

gefragteste Gesprächspartnerin bei den Liberalen. Sie hat es geschafft, die bisherigen Gesichter der FDP einschließlich des Parteichefs und Finanzministers Christian Lindner sowie des Bundestagsvizepräsidenten Wolfgang Kubicki beiseite zu drängen. Und viele in der Partei fragen sich, wohin ihr Weg noch führen soll.

Es ist eine Mischung aus Angst und Bewunderung, die durchschwingt, wenn man in die FDP hineinhört. Sie gilt als aufbrausend, unbeherrscht und manchmal verletzend. Aber auch als redegewandt und durchsetzungsstark.

**Angst und Bewunderung**

Sie hat Politik nicht von der Pike auf gelernt, sondern nach dem Studium lange für einen Verlag gearbeitet. In Düsseldorf schaffte sie es 2014 an die Spitze des ört-

lichen Kreisverbandes. Von 2008 bis 2014 war sie Erste Bürgermeisterin und Stellvertreterin des Oberbürgermeisters der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt. Mehr als neun Prozent holte die FDP in der nordrhein-westfälischen Hauptstadt vor gut zwei Jahren mit ihr als Spitzenkandidatin bei der Ratswahl. Es war das beste Ergebnis seit mehr als 50 Jahren.

Inzwischen macht Strack-Zimmermann Bundespolitik und gibt dort die Vorkämpferin in Sachen Ukraine. Das mag auch ihrem schlechten Gewissen geschuldet sein. Denn als die russischen Truppen vor Jahresfrist in die Ukraine einmarschierten, gab Strack-Zimmermann den Krieg schon verloren, noch bevor er richtig begonnen hatte. Seitdem wird sie nicht müde, eine europäische

Verantwortung für die Ukraine beziehungsweise deren Regierung zu behaupten. Die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses nimmt keine Rücksicht auf den zögernden SPD-Kanzler Olaf Scholz oder abweichende Meinungen innerhalb der eigenen Partei, wenn sie Kampfpanzer für Kiew fordert und das lange Zaudern der Bundesregierung eine „Katastrophe“ nennt. Es gibt viele in der FDP, welche die Augen rollen, wenn die Sprache auf sie kommt. Aber öffentlich kritisieren möchte sie niemand. Ihr Zorn ist gefürchtet.

**Schlechtes Gewissen**

Thomas Kemmerich, Landeschef in Thüringen, kann ein Lied davon singen. Als sich der FDP-Mann vor drei Jahren mit den Stimmen von CDU und AfD ins Amt des Ministerpräsidenten wählen ließ, fiel sie ihrem Parteifreund als erste in den Rücken. FDP-Chef Lindner und sein Stellvertreter Kubicki hatten zu diesem Zeitpunkt die Wahl noch als „demokratische Gepflogenheit“ bezeichnet. Mit ihrem sprichwörtlichen Beißzwang ließ sie auch nicht locker, als der sechste Ministerpräsident des Freistaates Thüringen schon längst nicht mehr im Amt war. Als sich der hemdsärmelige Thüringer Monate später auf einem Anti-Corona-Spaziergang sehen ließ, forderte Strack-Zimmermann sogar dessen Parteiausschluss und begründete dies damit, dass er „offenbar nicht nur physisch die Nähe zur AfD und Verschwörungstheoretikern sucht, sondern offensichtlich auch deren Demokratie zersetzenden Kurs teilt“. Genervt und gemobbt von den Parteifreunden ließ Kemmerich sein Amt im FDP-Bundesvorstand ruhen. In der Partei durfte er bleiben. „Wichtig ist, dass er uns in Ruhe lässt“, bellte Strack-Zimmermann hinterher. Dass sie ihn einmal als „coolen Typen“ bezeichnet hatte, war da schon Schnee von gestern.

Mittlerweile hat sie mächtigere Gegner wie beispielsweise den Bundeskanzler. „Ich würde ja gerne auf Granit beißen. Aber es ist ja mehr Watte, in die man beißt“, ätzte sie unlängst. Olaf Scholz vermeidet es zwar peinlich genau, auf die Angriffe der Freidemokratin einzugehen. Doch innerhalb der SPD, so meldet es zumindest der „Spiegel“, sei die Wut groß auf Strack-Zimmermann.

Die eigene Parteiführung lässt sie gewähren. Wohl auch, weil die Umfragewerte für die FDP mau sind und außer Finanzminister Lindner und dem mittlerweile schon im 71. Lebensjahr stehenden Kubicki niemand tauglich für die erste Reihe erscheint. So steht Strack-Zimmermann als Verteidigungspolitikerin an vorderster Front. Nicht auszuschließen, dass sie noch weitere Karrierepläne hegt.

## IS-OPFER

## Wichtiges Signal der Solidarität

Bundestag erkennt den Völkermord an den Jesiden an. Die größte Diaspora lebt in Deutschland

Als erstes großes Parlament hat der Bundestag einstimmig den Völkermord an den Jesiden durch den Islamischen Staat (IS) 2014/15 anerkannt. Ein Viertel der heute noch weltweit 800.000 Jesiden lebt mittlerweile in Deutschland.

Im Sommer 2014 wurden Zehntausende kurdische Jesiden von Kräften des Islamischen Staates in ihrer Heimat im Sindschar-Gebirge im Nordirak eingekesselt und mussten über eine Luftbrücke versorgt werden. Tausende andere waren vorher bereits erschossen und Tausende – vor allem Frauen und Kinder – in die Sklaverei verschleppt worden. Unter den IS-Kämpfern und -Kämpferinnen befanden sich auch deutsche Staatsbürger, die dafür später von deutschen Gerichten verurteilt wurden. Von den allermeisten entführten Jesiden gibt es auch heute, sechs Jahre nach der Rückeroberung des

Gebietes, keine Lebensspur. Kaum ein Jeside, dem die Flucht gelang, wollte ins Sindschar-Gebirge zurück.

**200.000 leben in Deutschland**

Die Jesiden sind als doppelte Minderheit im Nahen Osten besonders verwundbar. Von der sunnitischen Mehrheit ihrer kurdischen Landsleute werden sie als religiöse Minderheit diskriminiert. Von sunnitischen Arabern und Türken werden sie sowohl ethnisch diskriminiert, als auch religiös als Teufelsanbeter diffamiert. Die Jesiden haben noch mehr den Hass des IS auf sich gezogen als die Christen, denn das Christentum gilt als Buchreligion wie der Islam, die Jesiden hingegen haben kein Buch, auf das sie ihre Religion zurückführen.

Über den Ursprung der jesidischen Religion besteht unter den Religionsge-

sellschaftlern keine Klarheit. Fest steht, dass die jesidische Religion, die keine Missionierung kennt, Elemente fast aller Religionen enthält, die in den vergangenen Jahrtausenden in Asien entstanden sind. Neben Judentum, Christentum und Zoroastrismus haben Gnosis, Manichäismus, Mandäer und der alte Sternenglaube der Sabäer ihre sichtbaren Spuren im Glauben der Jesiden hinterlassen. Er enthält jedoch auch völlig singuläre Elemente. Besonders wichtig ist der Engel Pfau (Melek Taus), der Schutzpatron der Jesiden.

Die einzelnen Mitglieder der Gemeinschaft kennen jedoch ihre Religion kaum, weil es sich um eine Arkanreligion handelt, die nur im Geheimen praktiziert und tradiert wird. Eigene Gotteshäuser kennen die Jesiden, außer in ihrem Heiligtum in Scheich Adi im Irak, nicht.

2018 wurden wieder Tausende von Jesiden im Afringebiet beim Einmarsch der türkischen Armee aus einer ihrer alten Heimatregionen, diesmal in Syrien, vertrieben oder ermordet. Ebenso wie die Armenier werden die Jesiden nicht nur von islamischen Terroristen verfolgt, sondern auch von Staaten wie der Türkei oder dem Irak. Das macht sie umso verwundbarer, als die Türkei ihre Verantwortung am Völkermord an den Armeniern nicht nur nicht anerkannt, sondern vielmehr mehrmals schon damit geprahlt hat, ihn bald zu vollenden. Weil die Türkei Mitglied der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft ist und mit einem völkermörderischen Verhalten droht oder prahlt, war die Anerkennung des Leidens der Jesiden durch den Bundestag für die Jesiden ein wichtiges Signal der Solidarität. Bodo Bost

## ÖKOLOGIE

## Umweltverbände laufen Sturm

Brandenburg: Natur- und Denkmalschutz geraten unter die Räder der Energiewende

VON HERMANN MÜLLER

Um mehr Windräder und Solaranlagen aufstellen zu können, will das Land Brandenburg offenbar sogar Abstriche beim Naturschutz machen und auch den Denkmalschutz aufweichen. Schon jetzt sind in Brandenburg mehr als 3900 Windkraftanlagen gebaut worden. Lediglich in Niedersachsen mit fast 6000 Anlagen stehen noch mehr Windräder in der Landschaft.

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hat bereits vergangenes Jahr die Bundesländer aufgefordert, beim Ausbau der Windenergie mehr Tempo zu machen. Begleitet war die Mahnung von einem „Wind-an-Land-Gesetz“, mit dem Habeck den Bundesländern verpflichtende Flächenvorgaben beim Windkraftausbau macht. Das zum 1. Februar in Kraft getretene Gesetz zielt nach dem Willen der rot-grün-gelben Bundesregierung darauf ab, dass bis Ende 2027 1,4 Prozent und bis Ende 2032 ganze zwei Prozent der gesamten Fläche Deutschlands für Windkraftanlagen zur Verfügung stehen. Das entspricht knapp der Hälfte der Fläche von Schleswig-Holstein. Brandenburg hat vom Bund bereits als Zwischenziel aufbekommen, sogar bis 2027 einen Anteil von 1,8 Prozent zu erreichen.

## „Booster für die Erneuerbaren“

Einen weiteren Erfolg konnte Habeck vergangenen Dezember auf EU-Ebene verbuchen. Die EU-Mitgliedstaaten einigten sich auf zahlreiche Erleichterungen, um den Ausbau der „erneuerbaren“ Energien zu beschleunigen. Habeck lobt den Beschluss: „Wir haben einen Booster für die Erneuerbaren auf den Weg gebracht. Damit wird der Ausbau von Sonnen- und Windkraft in den kommenden Jahren EU-weit massiv beschleunigt. Das macht uns schneller unabhängig von russischem Gas und hilft gleichzeitig dabei, unsere Klimaschutzziele zu erreichen. Außerdem vereinfachen wir die Standards für die naturschutzrechtliche Prüfung, wenn klar ist, dass die Population einer Art nicht gefährdet ist.“

Tatsächlich kommt aber gerade von Naturschutzverbänden massive Kritik an Habecks Vorhaben für dessen „Booster für die Erneuerbaren“. Deutlich wurde dies noch vergangenes Jahr in Branden-



„Zerstörerischer Prozess weithin sichtbar“: Solarpark im brandenburgischen Kreis Barnim

Foto: pa

burg. Dort übten Verbände wie der Nabu, der BUND, die Grüne Liga oder die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald sehr scharfe Kritik an den Windkraftplänen, die speziell die Mark Brandenburg betreffen. In einer Stellungnahme schrieben die Verbände, mit dem Windkraftkurs „geht ein zerstörerischer Prozess im Land voran, weithin sichtbar. Mit staatlicher Billigung und fördernder Unterstützung werden ganze Landschaften nicht nur optisch zerstört.“

Die Naturschutzverbände warnen, durch die Windkraftpläne seien insbesondere „bedeutsame Waldflächen“ bedroht. Die Verbände, die bislang im Ruf standen, natürliche Verbündete der Grünen zu sein, verurteilen nun die maßgeblich von Habeck forcierte Politik. Aus ihrer Sicht hat die Bundesregierung ein „Totschlagargument“ geschaffen, indem sie Windkraftanlagen als „Angelegenheit von überragendem öffentlichen Interesse“ eingestuft hat. Die Verbände weisen dar-

auf hin, das mit den Ausbauplänen auch „wissentlich Tierarten, die besonders geschützt sind“, und Brutplätze „störungs-sensibler Vogelarten“ gefährdet würden.

Den massiven Ausbauplänen für die Wind- und Solarstromerzeugung soll sich in Brandenburg künftig auch der Denkmalschutz unterordnen. Dabei geht es insbesondere um historische Kirchen in der Mark. Durch die großen Dachflächen und die Ost-West-Ausrichtung gelten Kirchen als besonders geeignet zur Erzeugung von Solarstrom.

## Auch Baudenkmäler sind betroffen

Die Kirchenvertreter begrüßen die Benutzung ihrer Häuser. Gemeinsam mit Brandenburgs Kulturministerium hatten Bischof Christian Stäblein von der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz und Erzbischof Heiner Koch vom Erzbischöflichen Ordinariat Berlin bereits vergangenes Jahr einen Brief veröffentlicht, in dem die sie

den Ausbau der sogenannten erneuerbaren Energien forderten. In dem Schreiben hieß es: „Das Kulturministerium als das für den Denkmalschutz zuständige Landesressort wie die Kirchen als Eigentümer sehr vieler Einzeldenkmäler im Land sind sich darüber einig, dass der Erhalt von historischen Gebäuden und Ensembles nicht nur eine kulturelle Verpflichtung ist, sondern auch ein Gebot der ökologischen Nachhaltigkeit.“

Die Forderung der Kirche stieß in der rot-schwarz-grünen Landtagskoalition und in der Landesregierung erwartungsgemäß auf offene Ohren. Eine entsprechende Gesetzesänderung, die trotz Denkmalschutz Photovoltaik-Anlagen auf historischen Dächern ermöglichen soll, ist noch für dieses Frühjahr angekündigt. Die geplante Aufweichung des Denkmalschutzes in Brandenburg begründete Kulturministerin Manja Schüle (SPD) mit dem Ziel, unabhängig von Russlands Energie und „klimaneutral zu werden“.

## INNERE SICHERHEIT

## AfD will Namenspreisgabe gerichtlich erzwingen

Woher stammen die Berliner Silvester-Randalierer mit deutschem Pass? Rot-Grün-Rot schweigt eisern

Die AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus hat mit einer parlamentarischen Anfrage um Auskunft über die Vornamen der Tatverdächtigen der Silvester-Krawalle in Berlin-Neukölln mit deutscher Staatsbürgerschaft gebeten. Innensenatorin Iris Spranger (SPD) verweigert diese Auskunft: „Vornamen von Tatverdächtigen können aufgrund von datenschutzrechtlichen Gründen, insbesondere der Persönlichkeitsrechte der Betroffenen, nicht übermittelt werden.“

Das sieht die AfD-Fraktion anders und will die Auskunft nun vor dem Verfassungsgerichtshof durchsetzen. Ronald Gläser, parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion, sieht den Datenschutz nicht verletzt: „Vornamen sind keine vollständigen Namen, niemand kann auf eine bestimmte Person schließen.“ Der Senat

wisse, dass die AfD-Fraktion recht bekommen werde. Gläser glaubt, der Senat versuche, vor der Wahl am 12. Februar „nur Zeit zu schinden“.

Er verweist auf Nordrhein-Westfalen. Dort musste das Innenministerium Ende 2021 die Vornamen der in jenem Jahr an den Bahnhöfen Düsseldorf, Köln, Essen, Dortmund und Duisburg wegen verschiedener Delikte erfassten Tatverdächtigen mit deutschem Pass schließlich doch bekannt geben. Dabei war dann neben einigen deutschen Namen vor allem Mohammed in verschiedenen Variationen vertreten. Möglicherweise fürchten die drei linken Parteien, eine Bilanz ihrer bisherigen Einbürgerungspolitik könnte öffentlich werden.

Die Grünen weisen jeden Zusammenhang zwischen den Krawallen und der

Herkunft der Täter zurück. Ihre Vertreter im Bezirksparlament von Berlin-Neukölln teilten mit, die Vorfälle der Silvesternacht seien eine Folge eines gesamtgesellschaftlichen Versagens in der Bildungs-, Sozial-, Jugend- und auch Geschlechterpolitik. „Es geht hier nicht um Integration.“

## Vorwurf „Rassismus“

Unlängst hatte auch die CDU im Innenausschuss nach den Vornamen der Tatverdächtigen gefragt und wütende Antworten erhalten. Der innenpolitische Sprecher der SPD, Tom Schreiber: „Damit lässt die CDU ihre rechtspopulistische Maske fallen.“ Vassili Franco von den Grünen polterte: „Das ist eine Verbreitung von rassistischen Ressentiments“, und Niklas Schrader von der Linkspartei

assistierte: „Die CDU hat Fragen für den Innenausschuss zu Silvester 2022 eingereicht und fragt nach den Vornamen der deutschen Tatverdächtigen. Offenbar, um ihnen damit das Deutschsein abzusprechen.“

Bei den Silvester-Krawallen in Berlin-Neukölln waren 145 Personen vorläufig festgenommen worden. Unter den Verdächtigen befanden sich 45 Deutsche. Die übrigen Verdächtigen verteilten sich auf 17 weitere Nationalitäten, darunter 27 Afghanen und 21 Syrer. 94 der 145 waren jünger als 25 Jahre, darunter 27 Minderjährige. Spranger muss sich bei ihrer Verweigerungshaltung nun sogar die Position der Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) vorhalten lassen, die im Zuge der Ereignisse von „gewaltbereiten Integrationsverweigerern“ sprach. Frank Bückler

## KOLUMNE

## Pankow abgehängt

VON VERA LENGSELD

Ganz Berlin kennt Bolle, der zu Pfingsten nach Pankow fährt, um sich zu amüsieren. Heute würde er das nicht mehr können. Pankow ist wieder abgehängt.

Nach dem Fall der Mauer blühte der Bezirk auf. Das lag daran, dass das attraktive Quartier endlich eine gute Anbindung ans Stadtzentrum bekam. Die Verlängerung der U-Bahn bis Pankow kam endlich. Die Pankower waren nun in zehn Minuten am Alex, dank der neu in Betrieb genommenen S1 und S2 in zwölf Minuten an der Friedrichstraße, in 14 Minuten am Brandenburger Tor und in 15 Minuten am Potsdamer Platz.

Das ist vorbei. Die U-Bahn ist wegen der auf unbestimmte Zeit terminierten Bauarbeiten am Bahnhof Alexanderplatz unterbrochen. Es geht nur noch mit mehrmaligem Umsteigen voran. Selbst wenn auf dem anderen Gleis ein Ersatzzug bereitsteht, weiß man nicht, wann er abfahren wird. Man benötigt mindestens das Doppelte der gewohnten Zeit, um ans Ziel zu gelangen. Auf's Auto ausweichen hilft auch nichts, denn die Straßen ins Zentrum, die früher dreispurig waren, sind größtenteils auf eine Spur verengt, wegen des Baus von Radwegen und anderen Verkehrshindernissen.

Zudem sind die Ampeln so geschaltet, dass man an möglichst jeder halten muss, auch wenn das den CO<sub>2</sub>-Ausstoß drastisch erhöht. Auch die S-Bahn läuft nur noch mit Schienenersatzverkehr. Der ist so gelegt worden, dass er schwer zu finden ist. Am Nordbahnhof muss man um den ganzen Bahnhof herumlaufen und dann die Straße finden, wo der Ersatzbus hält. Sitzt man drin, fährt der nicht etwa direkt nach Bahnhof Friedrichstraße, sondern über Umwege. Statt der zwölf sind 45 Minuten vergangen, ehe man endlich da ist. Wer weiter will, muss wieder suchen. Der nächste Bus steht 500 Meter entfernt. Nur die Hartnäckigsten kommen noch ans Ziel. Der Berliner Chaosalltag nervt.

## MELDUNG

## Jetzt also Fußgängerzone

Berlin – Nachdem die Berliner Friedrichstraße laut einem Gerichtsbeschluss wieder für den Autoverkehr geöffnet werden musste (die PAZ berichtete), versucht die grüne Verkehrsministerin und Bürgermeisterkandidatin Bettina Jarasch mit einer Umwidmung eines 500 Meter langen Straßenabschnitts zur Fußgängerzone neue Fakten zu schaffen. Die Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) gibt sich darüber empört. Die AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus wollte in der Fragestunde von Giffey wissen, warum sie Jarasch wegen ihres Alleinganges zur Friedrichstraße dann nicht feuert. Der CDU-Abgeordnete Christian Gräff forderte Giffey auf: „Sagen Sie hier und heute, dass Sie eine rot-rot-grüne Koalition für die Zukunft ausschließen. Es ist Ihre letzte Chance, glaubwürdig zu sein!“ Unterdessen bereitet der Anwalt der Anwohner nach eigenen Worten eine „Megaklage“ gegen die Senatsverwaltung für Verkehr vor. F.B.

## ● MELDUNGEN

## Impfkonzern machte Druck

**Neu-Delhi** – Der indische Staatsminister für Kompetenzentwicklung, Unternehmertum, Elektronik und Informationstechnologie, Rajeev Chandrasekhar, enthüllte über den Kurznachrichtendienst Twitter, welchen starken Druck der US-Pharmakonzern Pfizer im Zusammenhang mit der Zulassung des Corona-Impfstoffes Comirnaty auf die Regierung in Neu-Delhi ausgeübt hat. Dabei sei es insbesondere darum gegangen, Indien mit aller Macht „zur Annahme von Entschädigungsbedingungen zu zwingen“, die auf eine vollkommene Freistellung von jeglicher Haftung für Impfschäden und -nebenwirkungen hinausgelaufen wären. Deshalb erhielt das von Pfizer gemeinsam mit BioNTech entwickelte Vakzin letztlich keine Zulassung in Indien, obwohl führende Politiker des Indischen Nationalkongresses wie Rahul Gandhi, Palaniappan Chidambaram und Jairam Ramesh vehement für den Einsatz des Impfstoffes votierten. W.K.

## Militärübung vor Südafrika

**Pretoria** – Vom 17. bis 27. Februar werden Russland, Südafrika und China eine gemeinsame Militärübung mit dem Codenamen „Operation Mosi“ durchführen. Das Manöver soll im Seegebiet vor den südafrikanischen Hafenstädten Durban und Richards Bay stattfinden. Russland plant die Entsendung der Fregatte „Flottenadmiral der Sowjetunion Gorskow“. Das moderne Mehrzweckkampfschiff der Nordflotte verfügt über acht Startanlagen für gelenkte Seezielflugkörper. Dazu gehören auch neue Raketen vom Typ 3K22 Zirkon (NATO-Codename SS-N-33), welche Anfang dieses Jahres offiziell in Dienst gestellt wurden. Diese haben eine Reichweite von mehr als tausend Kilometern und fliegen mit bis zu neunfacher Schallgeschwindigkeit. Die südafrikanische Oppositionspartei Demokratische Allianz (DA) sieht in dem zweiten gemeinsamen Manöver mit Russland seit 2019 eine Verletzung der Neutralität des eigenen Landes im Ukraine-Konflikt. W.K.

## Vorgezogene Neuwahlen

**Istanbul** – Der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan hat angekündigt, die für Juni geplanten Präsidentschaftswahlen um einen Monat vorzuziehen. Umfragen zufolge ist seine Wiederwahl alles andere als sicher. Zwar konnte sich die zerstrittene Opposition bislang noch nicht auf einen gemeinsamen Kompromisskandidaten einigen, doch ist die Wirtschaftslage schlecht und die Inflation horrend. Der Staatschef hat in den vergangenen Wochen milliardenschwere Erleichterungen für Teile der unteren Einkommensschichten auf den Weg gebracht. So wurde unter anderem der Mindestlohn um 55 Prozent erhöht. Die Opposition verdächtigt Erdoğan, die Wahl vorziehen zu wollen, damit bis zum Gang an die Wahlurne die Wirkung seiner Wohltaten nicht verpufft. Erdoğan selbst begründete die Neu-Terminierung mit der Pilger- und Reisezeit. P.E.

## SCHOTTLAND

## Die Transgender-Revolution

Das schottische Transgender-Gesetz hat in Großbritannien einen erbitterten „Gender-Krieg“ ausgelöst – In Deutschland wird ein ähnliches Gesetz vorbereitet, was weit weniger Aufregung verursacht

VON CLAUDIA HANSEN

Die Revolution in Geschlechterdingen kommt auf leisen Sohlen. Über das von der Berliner Ampelkoalition in Deutschland vorbereitete „Selbstbestimmungsgesetz“, das sogenannten Transgender-Personen einen erleichterten Wechsel ihres Geschlechtseintrags möglich machen soll, gibt es kaum eine kritische Diskussion. Sicher, es erschienen ein paar Artikel, als Justizminister Marco Buschmann (FDP) und Familienministerin Lisa Paus (Grüne) vergangenen Sommer die Eckpunkte für den Gesetzentwurf vorlegten. Aber seitdem herrscht Stille. Die Öffentlichkeit schläft.

Ganz anders in Großbritannien. Dort tobt ein schwerer Konflikt über ein Transgender-Gesetz, das auf den Titelseiten der großen Zeitungen ein beherrschendes Thema bildet. London blockiert ein vom schottischen Regionalparlament verabschiedetes Gesetz (Gender Recognition Reform Bill), das einen „Gender-Wechsel“ stark vereinfachen und erleichtern würde. Dabei sei ein „Geschlechtswechsel“ im biologischen Sinne gar nicht möglich, heißt es. Das Regionalparlament in Edinburgh habe seine Kompetenzen überschritten und greife unzulässig in das gesamtbritische Gleichstellungsgesetz (Equality Act) ein, argumentieren die Regierungsjuristen in London. Seitdem wird leidenschaftlich diskutiert.

Die „Gender-Wars“ – so das konservative Magazin „The Spectator“ – sind dabei, das Königreich zu zerreißen. Schottlands linke Regierungschefin Nicola Sturgeon beklagte nach dem Londoner Veto eine „Frontalattacke“ auf das schottische Parlament. Damit versucht Sturgeon, ihren Landesteil mal wieder als Opfer britischer Unterdrückung zu inszenieren und Punkte für ein neues Unabhängigkeitsreferendum zu sammeln.

Aber auch in ihrer linksgerichteten Scottish National Party (SNP) bezweifeln einige, ob Sturgeon sich mit der Transgenderdebatte wirklich das richtige Thema ausgesucht hat. Laut Umfragen sind rund 60 Prozent der Schotten gegen das neue Gender-Gesetz.

## Transgender-„Raubtiere“

Auf viel Skepsis stößt, dass sogar schon 16-Jährige ganz einfach einen neuen Gendereintrag beantragen können. Volljährige müssten nur noch drei Monate „im neuen Geschlecht leben“, dann können sie sich als Transgender deklarieren und ihre Geburtsurkunde ändern lassen.

Bislang war eine ärztlich-psychologische Untersuchung und Diagnose von „Genderdysphorie“ verpflichtend, künftig nicht mehr. Auch das in Deutschland besonders von Grünen und FDP vorangetriebene Selbstbestimmungsgesetz will Selbstidentifikation (Self-ID) zum entscheidenden Kriterium machen. (Trans-)Frau soll also sein, wer sich als Frau fühlt – so die neue Regenbogen-Orthodoxie.

Biologische Männer, die sich zu Transfrauen erklären, würden dann vollen Zugang zu allen bislang geschützten Räumen erhalten, wie Umkleieräumen für Frauen, Duschen in Schwimmbädern und Sportklubs, Saunen, Frauenhäusern und auch Frauenhaftanstalten.

Aus Sicht der Kritiker, zu denen etwa die „Harry Potter“-Autorin Joanne K. Rowling gehört, sind damit Gefahren verbunden. Wer garantiert, dass sich nicht Männer mit bösen Absichten in Frauenräume einschleichen? Die frühere Gleichstellungsministerin Kemi Badenoch von



Starke Transgender-Lobby vor der Downing Street: Aktivisten demonstrierten Ende Januar in London gegen die Entscheidung der britischen Regierung, die schottische „Gender Recognition Reform Bill“ zu blockieren. Fotos (2): pa

der Konservativen Partei, eine Kritikerin des Self-ID-Gesetzes, warnte in der Zeitung „Times“ vor zu laschen Kontrollen: Sexualstraftäter, die sie als „Raubtiere“ bezeichnet, würden ein solches System leicht ausnutzen können.

## „Enthauptet Terfs!“

Dass dies nicht bloß Angstphantasien sind, zeigte ein aktueller Prozess im schottischen Glasgow. Mit einer blonden Perücke, langen falschen Fingernägeln und blassrosa Daunenjacke erschien dort „Isla Bryson“ (früher Adam Graham) vor Gericht. Vorgangene Woche wurde der 31-Jährige, der sich jetzt als „Trans-Frau“ bezeichnet, vom Richter wegen Vergewaltigung zweier Frauen verurteilt.

Für Stirnrunzeln sorgte, dass Graham/Bryson in die Frauenhaftanstalt Cornton Vale in Stirling eingewiesen wurde. Sandy Brindley, Chef der Frauenhilfsorganisation Rape Crisis Scotland, kritisierte das. „Es wäre falsch, einen Vergewaltiger mit männlichem Körper in ein Frauengefängnis zu stecken“, findet Russell Findlay von den schottischen Konservativen. Und doch liegt genau dies in der Logik des neuen Transgender-Gesetzes.

Schon heute sitzen laut einem „Times“-Bericht vom vergangenen No-

vember anderthalb Dutzend Transgender-Häftlinge, darunter mehrere Sexualstraftäter, in Schottland in Frauengefängnissen. Etwa die Hälfte hatte sich erst nach ihrer Verurteilung zu Trans-Frauen erklärt. Es gab auch schon Fälle von Transgender-Häftlingen, die nach ihrer Entlassung wieder ins männliche Geschlecht zurückgekehrt sind.

Aus Sicht der Trans-Lobby spricht all das nicht gegen ein Selbstidentifizierungsgesetz. Allerdings ist sie in Großbritannien doch deutlich in die Defensive geraten. Der Umschwung mag auch die Aggressivität erklären, mit der die LGBT-Lobby Dominanz im Diskurs beansprucht und Kritiker bekämpft hat.

Feministinnen wie die Schriftstellerin J. K. Rowling werden als sogenannte Terfs (Trans-exklusive Feministen) beschimpft. Der Hass fanatischer Trans-Aktivisten steigert sich bis hin zu Tötungsphantasien. „Enthauptet Terfs!“ stand in dicken Lettern auf einem Plakat neulich bei einer Demonstration in Glasgow. Mehrere SNP-Abgeordnete standen davor, haben das Plakat aber angeblich nicht bemerkt. Inzwischen ermittelt die Polizei wegen „Hate Speech“ (Hassreden).

## Verwirrte Politiker

Auch in der Labour-Partei schwelt der Streit über die Trans-Fragen. Die transkritische Abgeordnete Rosie Duffield aus Canterbury wird seit Jahren von Kollegen gemobbt. Labour-Chef Keir Starmer machte sich derweil in einem Interview lächerlich, als er eine klare Definition des Worts „Frau“ verweigerte. „Trans-Frauen sind Frauen“, lautet das LGBT-Dogma, dem er sich anschließt. Schließlich sagte Starmer, dass „die meisten Frauen keinen Penis“ besäßen. Es zeigt den Grad der Verwirrung, der in der Debatte inzwischen herrscht.

Anders als in der deutschen herrscht in der britischen Öffentlichkeit und den dortigen Medien inzwischen ein überwiegend kritischer Diskurs über das Transgender-Thema. Das liegt aber auch daran, dass die Trans-Bewegung – obwohl sich nur 0,2 Prozent der Bevölkerung dazu bekennen – auf der Insel eine sehr mächtige

Lobby etabliert hat, die mehrheitlich vielen Briten sauer aufstößt.

Etwa der Verein Mermaids (Meerjungfrauen), der „Transgender-Kinder“ auf dem Weg zur Gender-Umwandlung unterstützt. Mitarbeiter von Mermaids halten jährlich Hunderte Vorträge und Trainings in Schulen, im staatlichen Gesundheitsdienst NHS und in Polizeibehörden. Vor Kurzem musste das Kuratoriumsmitglied Jacob Breslow, ein junger Gender-Wissenschaftler von der London School of Economics, zurücktreten, nachdem eine frühere Rede von ihm bei einer Pädophilen-Konferenz bekannt geworden war.

## Trans-Person als Modeerscheinung

Die staatliche Wohltätigkeitskommission Charity Commission for England and Wales ermittelt, ob Mermaids gegen Richtlinien verstoßen hat. Auch die extrem einflussreiche LGBT-Organisation Stonewall ist etwas in die Defensive geraten, seit die Regierung Verträge mit ihr auflösen will.

Der schwerste Rückschlag für die Trans-Bewegung ist aber die Schließung der Londoner Tavistock-Genderklinik in diesem Frühjahr (die PAZ berichtete). An ihr wurden in den vergangenen Jahren Tausende Jugendliche mit Hormontherapien auf spätere chirurgische Eingriffe vorbereitet. Dadurch hatte sich die Zahl der jungen Transgender-Patienten in einem Jahrzehnt auf 2500 vervünfzigfacht.

Nach einem vernichtenden Bericht einer prominenten Kinderärztin entschied der NHS, die zentrale Transgender-Klinik dichtzumachen. Künftig sollen die Jugendlichen dezentral und vorsichtiger behandelt werden. Dennoch ist zu erwarten, dass die Zahl der Transgender-Personen weiter zunimmt. Manche Beobachter sehen darin eine regelrechte Modeerscheinung, die besonders verunsicherte Jugendliche in die Arme der Trans-Bewegung treibt.

Immerhin wird in Großbritannien nun kritischer diskutiert. Das schottische Gesetz ist inzwischen gestoppt. In Deutschland dagegen sieht es bislang so aus, dass die rot-grün-gelbe Koalition ihr Transgender-Gesetz in diesem Jahr durch den Bundestag bringen wird.



Im Regenbogen-Modus: Schottlands Regierungschefin Nicola Sturgeon

VON HERMANN MÜLLER

Mit Wirkung vom 5. Februar tritt ein von der EU verhängter Importstopp für raffiniertes Öl aus Russland in Kraft. Dieser betrifft Raffinerieprodukte wie Diesel, Heizöl und Kerosin. Als wenn die entsprechenden Teile der deutschen Volkswirtschaft nicht schon genügend gebeutelt wären durch den gemäß dem Willen der Bundesregierung seit Jahresbeginn geltenden Verzicht Deutschlands auf den Import von russischem Pipeline-Öl. Besonders betroffen von diesem Verzicht ist die PCK Raffinerie in Schwedt, deren Geschäftsmodell darin besteht beziehungsweise bestand, über die Druschba-Leitung nach Deutschland eingeführtes Rohöl weiterzuverarbeiten.

Als am 20. Januar Parlamentarier des Berliner Abgeordnetenhauses und des Brandenburgischen Landtages zu Besuch in der Raffinerie in Schwedt waren, zeigte sich, dass die Versprechungen aus dem Bundeswirtschaftsministerium bislang nicht eingehalten worden sind. Dessen Staatssekretär Michael Kellner (Grüne) hatte noch im Dezember den Eindruck erweckt, die Versorgung der PCK Raffinerie sei auch ohne russisches Öl gesichert. Die dazu nötigen Gespräche mit der polnischen Seite seien erfolgreich gewesen, so Kellner im Bundestag. Der Grünen-Politiker hatte zudem davon gesprochen, dass die Raffinerie auch ab Januar zu mindestens 70 Prozent ausgelastet sein soll.

#### Parlamentarier zu Besuch bei PCK

Mittlerweile hat der Ostbeauftragte der Unionsfraktion im Bundestag dem Grünen-Staatssekretär vorgeworfen, im Dezember die Öffentlichkeit und den Deutschen Bundestag „hinter die Fichte“ geführt zu haben. Laut Sepp Müller liege weder ein Vertrag mit Polen noch mit Kasachstan zur Ölversorgung der PCK Raffinerie vor. „Die Rohölversorgung ist nicht wie angekündigt für Schwedt gesichert“, so Müllers Resümee.

Entsprechend alarmierend waren die Fakten, mit denen die Berliner und Brandenburger Abgeordneten bei ihrem Besuch in Schwedt am 20. Januar gut einen Monat nach den umstrittenen Aussagen von Habecks Staatssekretär konfrontiert wurden. Wie der PCK-Geschäftsführer Harry Gnorski erklärte, läuft die Raffinerie derzeit nur noch mit einer Auslastung von 56 Prozent. Weil zu wenig Rohöl zur Verfügung steht, musste die Bitumenproduktion der Raffinerie sogar vorübergehend eingestellt werden. Bislang hat PCK rund ein Drittel des in Deutschland für den Straßenbau benötigten Bitumens geliefert.

#### RUSSLANDSANKTIONEN

## Angst vor dem Diesel-Embargo

Nach der Boykottierung russischen Rohöls tritt am Sonntag auch noch ein Importstopp auf raffiniertes Öl aus Russland in Kraft

Gegenüber den aus Berlin und Potsdam angereisten Abgeordneten warnte der PCK-Geschäftsführer vor den Auswirkungen des am 5. Februar in Kraft tretenden Importstopps auf russische Raffinerieprodukte wie Diesel. „Es wird bestehende, langjährige Prozesse betreffen, die dann wegbrechen“, so Gnorski. Der PCK-Geschäftsführer äußerte zudem die Vermutung, dass das Importverbot die Dieselpreise in die Höhe treiben werde.

Diese Entwicklung würde Pendlern, Landwirten, Spediteuren und allen, die auf bezahlbaren Diesel angewiesen sind, in einer ohnehin angespannten Marktsituation treffen. Der ADAC hat nämlich Ende Januar eine Auswertung vorgelegt, der zufolge sich Diesel und Super E10 zuletzt wieder deutlich verteuert haben. Nach einem Rückgang der Spritpreise zum Ende ver-

gangenen Jahres kostet der Liter Diesel im bundesweiten Schnitt nun wieder 1,858 Euro. „Teurer als aktuell war Tanken zuletzt Ende November 2022“, so der ADAC.

#### Ungedeckte Zusagen

Einige Marktbeobachter gehen sogar von einer bevorstehenden Preisexplosion beim Diesel aus. Die EU kappt mit ihrem nächsten Sanktionsschritt nämlich die Lieferbeziehungen zu ihrem bislang wichtigsten Diesellieferanten. Da die Raffinerien in der EU selbst nicht in der Lage waren, den riesigen Dieselbedarf von Wirtschaft und Privaten vollständig zu decken, wurde bis zum Ukrainekrieg fast die Hälfte der Diesellieferanten der EU in Russland gekauft. Der Wirtschaftsinformationsdienst Bloomberg prognostizierte Mitte Januar in einem Bericht, dass Europa nach

Inkrafttreten des Importstopps auf russischen Diesel auf Importe aus Übersee angewiesen sein wird, um seine Wirtschaft am Laufen zu halten. Laut Daten von Bloomberg importierten die Staaten der EU im vergangenen Jahr etwa 220 Millionen Barrel Dieselprodukte aus Russland.

Langfristig könnte die Türkei als großer Profiteur aus dem freiwilligen Verzicht der EU auf russischen Diesel hervorgehen. Als EU-Nichtmitglied muss sie sich nicht an die von Brüssel verhängten Sanktionen halten. Es könnte sich damit für die Türkei zu einem attraktiven und lukrativen Geschäftsmodell entwickeln, russischen Diesel für den eigenen Bedarf – womöglich sogar mit Sanktionsrabatt – zu kaufen und den selbst produzierten Diesel zu einem deutlich höheren Preis auf dem EU-Markt zu verkaufen.



Droht deutlich teurer zu werden: Diesel tanken

Foto: imago/Chromorange

#### EMISSIONSHANDEL

## Ausnahmen für Privatjets und Luxusyachten

Besitzer von Privatflugzeugen und „reinen Freizeitbooten“ sind von Abgaben befreit

Die Europäische Union weitet ihren Emissionshandel kontinuierlich aus, um all jene zur Kasse zu bitten, die für den Ausstoß von „Treibhausgasen“ verantwortlich sind. Jedoch lässt sie Ausnahmeregelungen zu, von denen auch gerade die besonders Vermögenden profitieren. Dazu zählen nicht zuletzt die Besitzer von Luxusyachten und Privatflugzeugen.

Ein privat genutzter Jet darf pro Jahr bis zu 1000 Tonnen Kohlendioxid kostenfrei in die Atmosphäre blasen. Das ist fast einhundert Mal so viel, wie der Durchschnittsdeutsche ohne eigenen Flieger produziert.

Und dabei nimmt der private Flugverkehr immer mehr zu. Laut der Europäischen Organisation zur Sicherung der Luftfahrt (EUROCONTROL) gab es vergangenes Jahr in der Bundesrepublik

94.000 Starts von Privatmaschinen. Das sind zwölf Prozent aller Flugbewegungen. Dabei wurden eine Million Tonnen Kohlendioxid freigesetzt.

Ein Großteil der Flüge ist alles andere als alternativlos. In fast drei Vierteln aller Fälle lag deren Ziel weniger als 500 Kilometer entfernt, und in zwei Dritteln sogar unter 300 Kilometer. Viele Maschinen sind ohne Passagiere unterwegs. Die Leerflüge im Businessbereich, bei denen Personen von irgendwo abgeholt werden, machen fast die Hälfte aller Einsätze von Privatjets aus.

Dennoch planen weder die EU noch die Bundesregierung Änderungen der bestehenden Regeln. Angeblich sei der Verwaltungsaufwand zu groß. Darüber hinaus hofft Berlin, dass Deutschland bald zu einem „Vorreiter des CO<sub>2</sub>-neutralen Fliegens“ wird.

Ähnlich ungleich geht es zu Wasser zu. Zwar ist der Emissionshandel auf den Schiffsverkehr ausgeweitet worden. Entsprechende Zertifikate müssen ab 2024 aber nur die Betreiber von Passagier- und Frachtschiffen über 5000 Bruttoregistertonnen erwerben. In der Regel sind damit die Besitzer privater Luxusyachten aus dem Schneider, da die Bruttoregistertonnenzahl dieser Schiffe meist unterhalb dieser Grenze liegt. Und selbst wenn sie darüber liegen, greift halt die nächste Ausnahmeregelung, die da lautet, dass wer ein „reines Freizeitboot“ nutzt, so viel Kohlendioxid ausstoßen kann, wie er will, ohne dafür Abgaben zu leisten.

In Europa gibt es schätzungsweise 1500 größere Yachten, die im Schnitt für die Emission von jeweils 725 Tonnen Kohlendioxid pro Jahr verantwortlich sind, wobei manche noch deutlich mehr aus-

stoßen. Deshalb moniert Transport and Environment (T&E), die Dachorganisation nichtstaatlicher europäischer Organisationen, die sich für einen nachhaltigen Verkehr einsetzen: „Superreiche Yachtbesitzer verursachen an einem Sommertag mehr Umweltverschmutzung als die Mehrheit der Menschen in ihrem ganzen Leben, doch die Politiker lassen sie weiterhin ungeschoren davonkommen.“

Zur Begründung wird hier ebenfalls auf den angeblichen bürokratischen Aufwand verwiesen. Letztlich halte man es für wichtiger, die großen Schiffe im Blick zu haben, die für neun Zehntel der Emissionen zur See verantwortlich seien. Diese Argumentation kontern Gegner der Ausnahmeregelungen mit dem Vorschlag, analog zum Straßenverkehr eine Kohlendioxidabgabe auf Treibstoff zu erheben.

Wolfgang Kaufmann

#### MELDUNGEN

## Die Mafia geht mit der Zeit

Rom – Die italienische Mafia investiert inzwischen nicht mehr nur in die Müllentsorgung, den Gesundheitssektor, die Migrationsindustrie und den Tourismus, sondern auch in Erneuerbare Energien. Wie die liberal-konservative Tageszeitung „Il Giornale“ schreibt, kassiert die „Ehrenwerte Gesellschaft“ dabei über Strohmänner milliardenschwere Subventionen vom Staat und der EU. Als Beispiele nennt das Blatt den „König des Windes“ auf Sizilien, Vito Nicastrì, bei dem die Fahndere die ergaunerte Summe von 1,3 Milliarden Euro beschlagnahmten, sowie Salvatore Angelo, der für die Mafia Geld im Bereich der Energieerzeugung aus Wind, Sonnenkraft und Biomasse anlegte. Die Zeitung „Quotidiano del Sud“ berichtet über eine Allianz zwischen der sizilianischen Cosa Nostra und der kalabrischen 'Ndrangheta, deren Zweck darin bestehe, gemeinsam Gewinn aus der öffentlichen Förderung Erneuerbarer Energien zu schlagen.

W.K.

## Attraktive Lehre

Köln – Die berufliche Ausbildung wird für Abiturienten immer attraktiver. Die Ausbildungschancen von Hauptschülern werden gleichzeitig immer geringer. Dies ist das Ergebnis einer Studie, die das Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie (FiBS) im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung erstellt hat. In den vergangenen zehn Jahren ist der Anteil derer, die mit Abitur eine duale oder schulische Ausbildung beginnen, von 35 Prozent im Jahr 2011 auf 47,4 Prozent im Jahr 2021 gestiegen. Gleichzeitig hat sich der Anteil der Jugendlichen, die mit einem Hauptschulabschluss die Berufsausbildung beginnen, um ein Fünftel verringert. Ursachen dafür liegen unter anderem in steigenden Qualifikationsanforderungen auf dem Ausbildungsmarkt und in regionalen Ungleichgewichten. „Die Situation ist dramatisch“, sagen die Autoren mit Blick auf die Situation von jungen Menschen mit niedrigem Bildungsabschluss: „Viel zu viele gehen auf dem Arbeitsmarkt leer aus.“

P.E.

## Öl-Deal Chinas mit den Taliban

Peking – Der chinesische Konzern Xinjiang Central Asia Petroleum and Gas Co. Ltd (CAPEIC) wird künftig im Norden Afghanistans Erdöl fördern. Darauf einigten sich China und die Taliban. Die zu erschließenden Lagerstätten liegen in der Amudarja-Region und bergen vermutlich Öl im Wert von etwa sieben Milliarden US-Dollar. Die Volksrepublik hat zugesagt, 25 Jahre lang 150 Millionen Dollar pro Jahr zu investieren. Den Taliban wurden Anteile in Höhe von anfangs 20 und später möglicherweise gar 75 Prozent zugesichert. Damit ist der erste große Rohstoff-Deal seit dem erneuten Machtantritt der radikalen Moslems im August 2021 unter Dach und Fach. Die außerordentlich günstigen Konditionen für die Taliban lassen vermuten, dass es Peking dabei nicht nur um Öl geht, sondern auch um die Einbindung seines westlichen Nachbarlandes in das Prestigeprojekt „Neue Seidenstraße“.

W.K.

## ANALYSE

## Massenflucht aus Kuba

FRANZ BACCHUS

Die Lebensbedingungen auf Kuba waren unter der kommunistischen Herrschaft schon seit 1959 prekär, aber vergangenes Jahr haben die zunehmende Armut und Hoffnungslosigkeit den größten Exodus aus dem karibischen Inselstaat seit der Einführung des Sozialismus durch Fidel Castro ausgelöst. Die kubanische Wirtschaft ächzt unter der Verschärfung der US-Sanktionen und der COVID-19-Pandemie, die mit der Tourismusindustrie eine der Lebensadern Kubas schwer in Mitleidenschaft gezogen hat. Lebensmittel sind noch knapper und teurer geworden, die Schlangen vor den Apotheken bilden sich schon vor dem Sonnenaufgang, und Millionen von Menschen müssen täglich stundenlange Stromausfälle ertragen.

Im letzten Jahr sind fast 250.000 Kubaner, mehr als zwei Prozent der elf Millionen Einwohner der Insel, in die Vereinigten Staaten ausgewandert. Die meisten von ihnen kamen nach Angaben der US-Regierung via Nicaragua auf dem Landweg an der Südgrenze an. Selbst für ein Land, das für Massenflucht bekannt ist, ist die aktuelle Welle bemerkenswert. Manche Experten vergleichen sie bereits mit einem Exodus in Kriegszeiten. Wie in der Ukraine ist kein Ende in Sicht. Da Kuba schon jetzt eine überdurchschnittlich alte Bevölkerung hat, stellt die Migrationswelle vor allem jüngerer Kubaner auch die Zukunft des Staates in Frage.

Die Lawine von Kubanern, die das Land verlässt, ist auch für die Vereinigten Staaten zu einer Herausforderung geworden. Kuba, das nach Mexiko zu den wichtigsten Herkunftsländern von Einwanderern in die USA zählt, hat sich zu einem der Hauptverursacher des Migrantenandrangs an der Grenze zwischen den USA und Mexiko entwickelt. Dieser Andrang stellt für US-Präsident Joe Biden ein großes politisches Problem dar und wird von der US-Regierung als Bedrohung der nationalen Sicherheit betrachtet.

Viele Experten haben erkannt, dass die US-Politik gegenüber der Insel zu der Migrationskrise beiträgt, mit der sich die US-Regierung nun herum schlägt. Um die kubanischstämmigen Wähler in Südflorida anzusprechen, hatte die Trump-Regierung die Politik von Präsident Barack Obama verworfen, welche die Wiederherstellung der diplo-

matischen Beziehungen und die Ausweitung der Reisen auf die Insel vorsah. Präsident Donald Trump ersetzte sie durch eine Kampagne des „maximalen Drucks“, welche die Sanktionen verschärfte und die Möglichkeiten von Kubanern in den USA, Geld an die Verwandtschaft in der Heimat zu überweisen, stark einschränkte.

Obwohl Präsident Biden begonnen hat, von einigen von Trumps Maßnahmen abzurücken, hat er nur langsam gehandelt, aus Angst, die kubanische Diaspora zu verärgern und den Zorn von Senator Robert Menendez auf sich zu ziehen. Der politisch einflussreiche Demokrat, dessen Eltern 1953 aufgrund ihrer Unzufriedenheit mit der Batista-Regierung nach New York geflohen waren, ist Vorsitzender des Senatsausschusses für auswärtige Beziehungen.

Abgesehen von derartigen innenpolitischen Rücksichtnahmen auf US-amerikanischer Seite wird eine Annäherung zwischen den USA und Kuba auf kubanischer Seite durch die Niederschlagung der massiven Proteste auf der Insel durch die dortige Regierung im vergangenen Jahr erschwert. Die US-Regierung hat ihre Besorgnis über die Menschenrechtslage auf Kuba zum Ausdruck gebracht.

Immerhin kündigte Washington vor Kurzem an, dass es 20.000 Visa an Kubaner ausstellen werde, wie es seit Langem zwischen beiden Nationen vereinbart ist. Havanna hat sich im Gegenzug bereit erklärt, wieder Rückflüge von abgeschobenen Kubanern aus den Vereinigten Staaten zu akzeptieren, ein weiterer Schritt, um Migranten abzusprechen.

Kuba nutzt die Migration seit Langem, um sich derjenigen zu entledigen, die es für unerwünscht hält. Das machte schon Castro. Er nannte die Unruhestifter „Degenerierte“ und „Würmer“.

Da nach Angaben der US-Küstenwache seit 2020 mindestens 100 Menschen auf dem Meer gestorben sind, versuchen nun immer mehr den Landweg über Mittelamerika. Die Schleusen öffneten sich im letzten Jahr, als das sozialistische Nicaragua die Visumpflicht für das kubanische Brudervolk aufhob. Zehntausende Kubaner verkauften ihre Häuser sowie ihr sonstiges Hab und Gut und flogen nach Managua, wo sie Schmuggler bezahlten, die ihnen halfen, die 2500 Kilometer auf dem Landweg zur US-Grenze zurückzulegen.



Ende eines Bruderkriegs: Im November unterzeichneten Vertreter von Äthiopien und Tigray einen Waffenstillstand (v.l.)

## ZWISCHENRUF

## Ein Modell für die Ukraine?

BODO BOST

Der im Dezember 2022 beendete Bruderkrieg in Äthiopien hatte viele Parallelen zu dem slawischen Bruderkrieg Russlands gegen die Ukraine. Als die Monarchie in Russland 1917 und in Äthiopien 1974 gestürzt wurde, verloren beide Kirchen ihre Hauptstützen. Beide Kirchen brauchten lange, um sich mit den neuen Realitäten zurechtzufinden, die beiden innerorthodoxen Bruderkriege sind im Grunde noch ein Produkt dieser Suche.

Dabei spielte eine große Rolle, dass die Wiegen beider Christenheiten, Axum und Kiew, sich derzeit außerhalb des Machtzentrums der jeweiligen Kirchenzentrale befinden. Beide Kriege starteten deshalb mit Angriffen auf diese verlorenen Kirchenzentren, der äthiopische Krieg 2020 mit einem Angriff gegen Axum in Tigray und der russische Krieg 2022 mit einem Angriff gegen Kiew in der Ukraine. Der einzige Unterschied: Die Region Tigray war zwar eine autonome Region innerhalb Äthiopiens, aber kein völkerrechtlich anerkannter unabhängiger Staat wie die Ukraine. Wie Russland mit Weißrussland hatte auch Äthiopien mit Eritrea einen orthodoxen Waffenbruder im Krieg gegen das viel kleinere Tigray. Beide, Eritrea und Weißrussland, versprechen sich am Ende ein Stück der Beute vom großen Bruder.

Wie der russische Präsident Putin am 24. Februar 2022 gegen die Ukraine eröff-

nete der äthiopische Präsident und Friedensnobelpreisträger von 2019, Abiy Ahmed, am 4. November 2020 den Krieg gegen das Volk von Tigray unter dem Deckmantel einer „klaren, begrenzten Strafverfolgungsmaßnahme“. Von Krieg war zunächst in beiden Fällen keine Rede.

Die Äthiopisch-Orthodoxe Tewahedo-Kirche (EOTC) unterstützte zunächst diese Maßnahme gegen das tigrayische orthodoxe Brudervolk. Und dies, obwohl mit Abune Mathias (82) seit 2013 ein gebürtiger Eritreer auf dem Patriarchenstuhl in Addis Abeba sitzt. Axum in Tigray ist die heilige Stadt der Äthiopier und der Name des alten Reiches, in dem das Christentum im vierten Jahrhundert in Äthiopien eingeführt wurde. Seit dem vierten Jahrhundert bis zum Ende der Herrschaft des letzten Kaisers Haile Selassie, im Jahr 1974, wurden die äthiopischen Könige und Kaiser hier gekrönt.

## Waffenstillstand mit Fragezeichen

Analog zum russischen Patriarchen Kyrill hatte auch der äthiopische Patriarch Mathias zunächst mit keinem Wort die zahlreichen Kriegsverbrechen der äthiopischen Zentralregierung auch gegen Zivilisten in Tigray verurteilt. Die äthiopische orthodoxe Kirche (EOTC) war aktiv an der Legitimierung der Invasion und des Angriffs auf Tigray beteiligt. Auch von der EOTC begannen sich einige Auslandsgemeinden, etwa in Philadelphia oder London, abzuspalten, eine eigene tigray-or-

thodoxe Tewahdo-Kirche (TOTC) ist im Entstehen. Im Mai 2021 änderte der äthiopisch-orthodoxe Patriarch Abune Mathias jedoch seine Position. Er schmuggelte eine Videobotschaft aus Äthiopien heraus, in der er den Krieg gegen Tigray unmissverständlich als Völkermord verurteilte. Nachdem sich das Video verbreitet hatte, erklärte die äthiopisch-orthodoxe Synode, dass das Video des Patriarchen Abune Mathias nicht die Kirche repräsentiere.

Durch die Distanzierung des Patriarchen vom Krieg stieg der Druck auf eine Lösung des Konfliktes. Im Dezember 2022 ist ein von der Regierung Südafrikas vermittelter Waffenstillstand in Tigray in Kraft getreten und hat das zweijährige Brudermorden beendet. Mit verantwortlich für diesen Waffenstillstand war wahrscheinlich auch der Ukrainekrieg, der die humanitäre Lage in Ostafrika stark verschärft hatte. Ein Rückzug aller Truppen aus dem Kampfgebiet wurde vereinbart und die Abrüstung der tigrayischen Rebellen verlangt. Aber die Frage der Kriegsschuld und der Reparationen wurde nicht geklärt. Die ersten westlichen Besucher in Äthiopien, die deutsche und französische Außenministerin, haben diese Fragen bei ihren Gesprächen mit Abiy Ahmed im Januar ausgeklammert. Hilfslieferungen dürfen wieder nach Tigray gelangen und Patriarch Abune Mathias darf wieder frei sprechen, aber er spricht nur noch für einen Teil seiner Kirche.

## Preußische Allgemeine

## IMPRESSUM

**Chefredakteur:** René Nehring (V.i.S.d.P.)

**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

**Korrespondenten:** Edyta Gladkowska (Allenstein).

**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbebotschaften der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Januar 2023:

Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Einzelverkaufspreis:** 3,90 Euro.

**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

**Telefon** (040) 4140 08-0  
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32  
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50  
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32  
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42  
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

**Internet:** www.paz.de

**E-Mail:** redaktion@paz.de  
anzeigen@paz.de  
vertrieb@paz.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:** www.ostpreussen.de  
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

## PORTRÄT

## Kriegsheld auf der Prager Burg

„Erfahrener Diplomat und Kriegsheld“. In Zeiten des Ukrainekriegs kam bei den tschechischen Wählern beides gut an. Dieser Leitspruch auf den Wahlplakaten verhalf **Petr Pavel** dazu, als Nachfolger von Staatspräsident Miloš Zeman in die Prager Burg einzuziehen. In der Stichwahl zum Präsidentenamt setzte er sich mit klarem Vorsprung gegen den früheren Ministerpräsidenten und in Korruptionsfälle verstrickten Oligarchen Andrej Babiš durch, der sich mit seiner Putin-freundlichen Linie nicht durchsetzen konnte.

Der 61-jährige Pavel ist politisch aus anderem Holz geschnitzt: ein knallharter, zum Westen hin orientierter Militär. So war der General von 2015 bis 2018 Chef des NATO-Militärausschusses. Damit war er der erste Vertreter aus einem früheren Ostblockstaat, der diese höchste militärische Position in der westlichen Verteidigungsallianz bekleidete.

Sein Ruf als „Kriegsheld“ rührt aus einer Episode während des Jugoslawienkriegs her: Dort rettete eine unter seinem Befehl stehende Einheit von Fallschirmjägern eine Gruppe französischer UNPROFOR-Soldaten aus einer ausweglosen Situation. Für diese Aktion erhielt er den Orden der französischen Ehrenlegion.

Der aus einer Soldatenfamilie Umwelt von Marienbad in Böhmen stammende

Pavel ist ein eingefleischter Militär. Als Jugendlicher besuchte er eine Armee-schule, studierte an einer Militärhochschule und machte vor sowie nach der Samtenen Revolution Karriere als Berufssoldat mit Beförderungen bis hin zum Generalsrang. 2012 wurde er Chef des Generalstabs der Streitkräfte der Tschechischen Republik. Den Weg zum Gipfel seiner militärischen Laufbahn setzte er in Brüssel bei der NATO fort.

Pavel tritt dafür ein, die Ukraine militärisch zu unterstützen. Der stets mit akkuratem Bart- und Haarschnitt auftretende General, der angeblich seine Uniformen selbst bügelt, will aber auch – wie im Wahlplakat versprochen – als Diplomat in Erscheinung treten. Der schrille Kasermenton ist ihm ohnehin fremd. Ob ein in Brüssel geschulter NATO-Diplomat Putin zu Friedensgesprächen bewegen kann, ist trotzdem mehr als fraglich. H. Tews



Tschechiens neuer Präsident Pavel

## Preußens Nil-Abenteurer

Berlin feiert den 200. Jahrestag der Ägyptologie mit einer Sonderschau über die „Königlich Preussische Expedition nach Ägypten“

VON HELGA SCHNEHAGEN

Der Eintritt ins Leben von Richard Lepsius am 23. Dezember 1810 in Naumburg an der Saale stand unter einem glücklichen Stern. Für seine spätere Karriere war er zur richtigen Zeit am richtigen Ort genau der richtige Mann. Als der Franzose Jean-François Champollion 1822 als Erster verstand, dass die Hieroglyphen eine Mischung aus Laut- und Bilderschrift sind, ließen sich fortan alle alt-ägyptischen Inschriften entziffern. Damit erhielt die Ägyptomanie, die zu seiner Zeit ganz Europa ergriffen hat, eine neue Dimension: Sie wurde zur Wissenschaft, zur Ägyptologie. Die Funde aus dem alten Ägypten wanderten aus den Kunst- und Kuriositätenkammern ins Museum. Der Wettlauf um die bedeutendsten ägyptischen Sammlungen nahm Fahrt auf.

1822 war Lepsius elf Jahre alt. Als Champollion 1832 im Alter von nur 41 Jahren starb, stand Lepsius kurz vor seiner sprachwissenschaftlichen Promotion, die er 1833 absolvierte. In Pisa lehrte damals Ippolito Rosellini orientalische Sprachwissenschaft und bot bereits ab 1825 Seminare auf dem Gebiet der Ägyptologie an. Er war Champollions einziger Schüler und Unterstützer bei der Entzifferung der Hieroglyphen. Durch ihn konnte Lepsius die Aufzeichnungen Champollions einsehen, sich davon Handkopien anfertigen und die altägyptische Schrift jahrelang weiter erforschen. Mit den daraus resultierenden Veröffentlichungen machte er sich einen Namen. Daneben besuchte er alle ägyptischen Sammlungen Europas.

Lepsius sollte die Ägyptologie in Deutschland begründen, so wie vor ihm Champollion in Frankreich und Rosellini in Italien. In Friedrich Wilhelm IV., der seit Juni 1840 König von Preußen war, fand er bereits früh einen interessierten Förderer. Während einer politisch friedlichen Phase in Mitteleuropa beauftragte der König den profilierten jungen Ägypto-



Gelangte im Rahmen der Preussischen Expedition nach Berlin: Widderstatue des Gottes Amun

Foto: Schnehagen

logen, eine Expedition nach Ägypten zu organisieren. Alexander von Humboldt leistete dabei aufgrund der eigenen Reiseerfahrung wertvolle praktische Hilfe. Als Vertrauter Friedrich Wilhelms IV. unterstützte er Lepsius' Reise an den Nil von Anfang an nach Kräften.

Als sich die Mitglieder der „Königlich Preussische Expedition“ – bestehend aus dem erst 31 Jahre alten Lepsius als Leiter und einem Dutzend Experten – am 18. September 1842 im Hafen von Alexandria trafen, standen auch im Land der Pharaonen die Sterne für das Unternehmen günstig. Gouverneur der ägyptischen Provinz des Osmanischen Reichs war zu jener Zeit Mehmet Ali Pascha, der nach Unabhängigkeit von den osmanischen Machthabern in Konstantinopel strebte.

Auf der Suche nach politischen und wirtschaftlichen Verbündeten, die im Gegensatz zu England, Frankreich und Russ-

land ihre Macht nicht vergrößern wollten, kam ihm das kleine, bis dahin neutrale Preußen gerade recht. Zwar hatte Ali Pascha schon 1835 ein Antikengesetz erlassen, das den Export von Antiken verbot und die Zerstörung der Monumente eindämmen wollte. Doch gelang es Lepsius, ihn von der rein wissenschaftlichen Motivation der Expedition zu überzeugen. Schon am 29. September 1842 erhielt er eine großzügige Sondergenehmigung, die zu Grabungen, zur beliebigen Ausfuhr von Originaldenkmälern nach Berlin und zur Aushebung von Arbeitskräften und Transportmitteln berechnete.

### Berlins meistbesuchtes Museum

Hätte sich das Team auf rein wissenschaftliche Arbeit beschränkt und auf die materielle Beute verzichtet, hätte Berlins Ägyptisches Museum wohl kaum Weltgeltung erlangt. Als Lepsius nach dreijähri-

ger Forschungsreise 1845 nach Berlin zurückkehrte, betrug die Ausbeute nicht weniger als 7408 Papierabdrücke, 1315 Zeichnungen, 31 Skizzen- und Notizbücher, 75 Gipsabgüsse von ägyptischen Denkmälern und 1900 antike Objekte für das Ägyptische Museum. Erstmals sind Grabwände in Gänze abgerollt, gezeichnet und publiziert worden. Bis heute sind die vom erst 19-jährigen Lepsius-Schüler Max Weidenbach originalgetreu abgezeichneten Hieroglyphen eine zuverlässige Quelle für die Wissenschaft.

Parallel zur Ägypten-Expedition verfügte Friedrich Wilhelm IV., die Berliner Spreeinsel zu einer „Freistätte für Kunst und Wissenschaft“ zu machen. 1843 begann der Bau des Neuen Museums, an dessen Ausgestaltung Lepsius von Ägypten aus maßgeblich mitwirkte. Eindrucksvolle Zeugnisse seiner Raumauffassung sind die Portale und die Decke des Mytho-

logischen Saals und die Wandgemälde im Ägyptischen Hof. 1859 wurde das Museum als Erstes auf der Museumsinsel eröffnet und 1865 Lepsius zum alleinigen Direktor ernannt. Heute gehört die Museumsinsel zum UNESCO-Weltkulturerbe, und das einst kriegszerstörte Neue Museum, das nach Plänen des britischen Architekten David Chipperfield wiederaufgebaut und 2009 wiedereröffnet wurde, ist mit seinen bis zu einer Million Besuchern pro Jahr Berlins meistbesuchtes Museum.

Die der Preussischen Expedition gewidmete Sonderschau „Abenteurer am Nil“ beginnt im Griechischen Hof und integriert sich dann anhand eines gelben Leitfadens zunehmend in die ständige Ausstellung. Gleich die ersten Exponate geben einen Eindruck von der umfassenden Bestandsaufnahme des altägyptischen Erbes sowie der altnubischen Kulturen: Neben der Palmsäule aus der Westkolonnade vor dem Isis-Tempel von Philae in Oberägypten liegt der makellose Widder vom Gebel-Barkal, einem kleinen Berg des antiken Napata in Obernubien im Nordsudan.

Die Tierplastik hat Pharao Amenophis III. um 1358 v. Chr. anlässlich seines Thronjubiläums für den Amun-Tempel im 300 Kilometer weiter nördlich gelegenen Soleb in Auftrag gegeben. Hier stand die Statue rund 650 Jahre lang, ehe Piye (746 bis 716 v. Chr.), der zweite Pharao der kuschitischen 25. Dynastie Ägyptens, sie in den Großen Amun-Tempel von Napata umsetzen ließ. Der „viel-gereiste“ Widder gehört neben den drei Opferkammern des Alten Reichs zu den besonders wertvollen Objekten der Expedition, auf der Lepsius bis Saba am Blauen Nil vordrang. So weit wie keine Expedition zuvor.

● Abenteurer am Nil. Preußen und die Ägyptologie 1842–45, bis 7. März, Neues Museum, Museumsinsel Berlin, Bodestraße, geöffnet: täglich außer montags von 10 bis 18 Uhr, donnerstags bis 20 Uhr, Eintritt: 14 Euro. [www.smb.museum](http://www.smb.museum)

### AUSSTELLUNG

## Die Kunst der Herrschaft

Eine glanzvolle Schau in Münster feiert den vor 900 Jahren geborenen Kaiser Friedrich I. Barbarossa

Sein genaues Geburtsdatum ist unbekannt. Fest steht aber, dass der spätere Kaiser Friedrich I. Barbarossa Ende Dezember 1122 von Graf Otto von Cappenberg aus der Taufe gehoben wurde. Münsters Museum für Kunst und Kultur stellt uns den vor 900 Jahren geborenen Herrscher und seine bedeutendsten Unterstützer anhand erlesener Werke der Schatzkunst vor.

Im porträtlosen Mittelalter machte erst die Namensbeischrift eine Darstellung zum „Bildnis“ einer bestimmten Person. Ein glanzvolles Beispiel bietet das Armreliquiar Karls des Großen. Barbarossa sorgte für dessen Heiligsprechung. Auf der Vorderseite der aufrechterhaltenden Handskulptur aus Silber und Gold, die im Innern Kaiser Karls Elle und Speiche enthält, ist Barbarossa links außen abgebildet. Diesen Beinamen haben ihm die Italiener übrigens erst im 13. Jahrhundert wegen seines rötlichen Bartes verpasst.

Im tragischen Gegensatz zu seinen erhabenen Darstellungen steht die Miniatur, die in der „Sächsischen Weltchronik“

(1. Viertel 14. Jh.) sein klägliches Ende auf dem Kreuzzug zeigt. Der Kaiser ertrank 1190 im Fluss Saleph.

Lange galt der „Cappenberger Kopf“ (um 1160) als Bildnis Kaiser Friedrichs I. Das Prachtwerk zeigt ein reich gelocktes und bärtiges Haupt mit übergroßen Augen. Seiner lateinischen Inschrift zufolge enthält es „Haar vom heiligen Johannes“.

Bei der im Vorfeld der Ausstellung vorgenommenen Öffnung des Kopfes fanden sich so bezeichnete Reliquien. Demgemäß handelt es sich um den Reliquienkopf des Evangelisten Johannes. Eine andere Inschrift nennt Barbarossas Taufpaten Graf Otto von Cappenberg als Stifter. Er war Propst des Prämonstratenserstifts Cappenberg. Auch die sogenannte „Taufscha-

le Kaiser Friedrichs I. Barbarossa“ (Mitte 12. Jh.) vermachte Otto den Prämonstratensern. Sie war ein Geschenk des Kaisers an seinen Taufpaten. Die eingravierte Darstellung zeigt Otto und einen Bischof, die den kleinen Friedrich aus dem Taufbecken heben.

Auch Barbarossas Unterstützer sind mit edler Schatzkunst vertreten. Zu ihnen gehören der Abt Wibald von Corvey und Rainald von Dassel, Reichskanzler für Italien und Erzbischof von Köln. Zu den schönsten Stücken gehört das von Heinrich dem Löwen gestiftete Reliquiar des heiligen Oswald (um 1185/89). Es weist einen vergoldeten Kopf mit Krone auf. Herzog Heinrich war viele Jahre der wichtigste Verbündete des Kaisers. Als er jedoch wiederholt die Ladung vor das kaiserliche Gericht ignorierte, entzog ihm Barbarossa 1180 die Lehnherrschaft über Sachsen und Bayern. *Veit-Mario Thiede*

● Noch bis Sonntag im LWL-Museum für Kunst und Kultur, Domplatz, Münster. [www.lwl-museum-kunst-kultur.de](http://www.lwl-museum-kunst-kultur.de)



Miniatur in der „Sächsischen Weltchronik“: Der ertrinkende Barbarossa

### ● MELDUNG

## Musik-Ikone des Bürgertums

Lübeck – Die Jahresausstellung des Brahms-Instituts in der Lübecker Villa Brahms am Jerusalemsberg 4 ist eine Überarbeitung der zuletzt vor 15 Jahren gezeigten Schau mit dem gleichnamigen Titel „Johannes Brahms – Ikone der bürgerlichen Lebenswelt?“. Der aus Hamburg stammende Komponist Brahms (1833–1897) ist eine Gali-onsfigur der bürgerlichen Musikkultur. Mit seinen Sinfonien und großformatigen Chorwerken, seinen intimen Liedern und Kammermusikwerken repräsentiert der Wahl-Wiener sowohl die öffentlichen Musikfeste als auch den privaten Salon. Beides sind bürgerliche Gegenwelten zum Arbeitsalltag. Die Schau thematisiert aber auch die Brüche dieser Lebenswelt. Schließlich war Brahms, ganz untypisch für bürgerliche Biografien, zeit lebens unverheiratet. Die Ausstellung ist bis zum 16. Dezember mittwochs und sonnabends von 14 bis 18 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist frei ([www.brahms-institut.de](http://www.brahms-institut.de)). *H. Sch.*

# Ein Vater der allgemeinen Wehrpflicht

Vor 175 Jahren starb der preußische Reformler, Generalfeldmarschall, Kriegsminister und Namensgeber der Ringfestung in Lötzen, Hermann von Boyen

VON PAUL BROCK

Gemeinhin ist man anzunehmen geneigt, dass dem Sohn eines Regimentskommandeurs im ostpreußischen Städtchen Kreuzburg eine sorglos-glückliche Jugend beschieden sein müsste. Bei Hermann von Boyen, der am 23. Juli 1771 zur Welt kam, trifft eine solche Prognose nicht zu. Weil seine Eltern früh starben, wurde er von einer gänzlich mittellosen Tante in Königsberg in kärglich ausgestattetem Milieu erzogen. Die Frage, was aus ihm werden sollte, wurde auf die einfache Weise gelöst, die damals bei mittellosen Söhnen von Berufsoffizieren gang und gäbe war: Er trat als 13-Jähriger 1784 als Fahnenjunker in die Armee ein, blieb aber in Königsberg, und das Reglement für Fahnenjunker war hart und in gar keiner Weise bequem oder gar vergnüglich zu nennen.

Dafür war er als 17-Jähriger bereits Sekondeleutnant, und man gab ihm eine Stelle an der Kriegsschule in Königsberg, wobei es ihm freistand, auch allgemeinwissenschaftliche Vorlesungen zu besuchen.

## Hörer Immanuel Kants

Da war nun etwas, das seinem Wesen die eigene Note gab: Der junge Boyen fühlte sich zu Immanuel Kant hingezogen und hörte aufmerksam und begeistert dessen Vorlesungen zu. Es war der sich bereits in vorgerücktem Alter befindliche, gereifte Kant, den der junge Offizier zu hören bekam. Wenn er auch vielleicht nicht die Weisheit des tiefgründigen Philosophen in ihrer ganzen Fülle verstand, war doch der verbliebene Eindruck im Wesen des reisenden Mannes in seinem Verhalten und allen Lebensfragen zu spüren.

Diese sechs Königsberger Jahre nach seiner Ernennung zum Leutnant erweisen sich als schön und förderlich.

Danach geschah es, dass preußische Truppen zu einer militärischen Intervention in Polen einrückten. Schon 1793 hatten sich die Russen veranlasst gesehen, der Verfassung, die man nach der ersten Teilung den Polen auferlegt hatte, militärischen Nachdruck zu geben; die Polen schlugen zurück. Es war zu befürchten, dass Russland sich bei dieser Gelegenheit ganz Polens bemächtigen würde, darum rückten preußische Truppen ein und besetzten das sogenannte Großpolen mit Thorn und Danzig. 1794 kam ein neuer Aufstand zum Ausbruch, in den auch Österreich eingriff.

## Adjutant General Günthers

In diesem Feldzug war Boyen Adjutant des preußischen Generals Johann Heinrich von Günther, den er fortan als Vorbild betrachtete und verehrte. Günther war ursprünglich Student der Theologie gewesen und zu Beginn des Siebenjährigen Krieges in die preußische Armee eingetreten, hatte sich der persönlichen Anteilnahme Friedrichs des Großen erfreut, war auch vom König geadelt worden. Er starb 1803 als Militärgouverneur der an Preußen gefallen polnischen Gebiete. Der Bevölkerung gab er sich als Freund zu erkennen, und darum verehrte sie ihn.

Nach Kant war Günther der zweite Mensch, dem sich Boyen sensusverwandt fühlte und sich darum seiner Erfahrungen und Gedankenwelt unterstellte, bis der napoleonische Krieg ihm wieder die Sinnfälligkeit seines Berufsstandes in den Vordergrund rückte. Zuvor hatte er noch einige im Kantschen Geiste gehaltene Schriften verfasst, darunter „Die humane Behandlung des gemeinen Soldaten“.



Reorganisations-Kommission zur Preußischen Heeresreform 1807 in Königsberg: An der von Carl Röchling (1855–1920) dargestellten Sitzung nehmen neben Hermann von Boyen (l.) unter anderem auch der Kommissionsvorsitzende Gerhard von Scharnhorst (in der M. stehend) und Friedrich Wilhelm III. (vorne l. sitzend) teil Foto: imago imago/zoona

Dadurch war Scharnhorst auf ihn aufmerksam geworden, und Boyen hatte in ihm einen Lehrer und Freund gewonnen.

## Verwundung bei Auerstedt

Als Hauptmann wurde er in der Schlacht bei Auerstedt schwer verwundet. Dieser Umstand und die schwere Niederlage, die Preußen damals erlitt, ließen ihn an das Ende seiner Laufbahn glauben. Trotzdem verzweifelte er nicht. Man sagt, das Lied eines Nachtwächters vor dem Fenster der Stube, in der er untergekommen war, in Weimar im Haus seines Freundes, noch immer mit Schmerzen und seiner Verzweiflung ringend – das Lied dieses Nachtwächters habe ihn wieder mit so hoher Zuversicht erfüllt,

dass seine Heilung fortan viel schnellere Fortschritte machte.

Als Gärtnerbursche verkleidet ist er sodann – immer nach der Version des vorliegenden Berichtes – auf vielen und mühevollen Umwegen in die ostpreußische Heimat zurückgekehrt, und zwar kam er nach Bartenstein. Dort hat ihn schon sein treuer Bursche erwartet und ihm sogar das freudige Wiedersehen mit seinen drei Pferden bereitet.

## Zeitweise in Russlands Diensten

Inzwischen war der Friede von Tilsit geschlossen. Unter Gerhard von Scharnhorst bildete sich eine militärische Reorganisationskommission. Boyen, inzwischen Major geworden, wurde sein eif-

rigster Gehilfe bei dieser einigermaßen komplizierten Aufgabe, eine ganz neue Heeresverfassung zu schaffen. Als aber der preußische König ein Bündnis mit Frankreich einging, konnte auch Scharnhorst ihn nicht mehr halten. Oberst von Boyen quittierte den Dienst und begab sich nach Österreich, um sich von dort nach Russland zu begeben, wo er Beziehungen suchte, um gegen Napoleon zu wirken. Erst 1813 kehrte er in den preußischen Dienst zurück, als Preußen sich wie ein Mann erhob, um das französische Joch abzuschütteln. Er kämpfte siegreich bei Lützen. Danach übertrug ihm der König die Aufgabe, für den Notfall Berlin zu schützen und inzwischen die Aufrüstung beschleunigen zu helfen. Während des Waffenstillstandes aber ernannte ihn der König zum Chef des Generalstabes des 3. Bülowischen Armeekorps, als der er sich glänzend in allen Schlachten bewährte. Er wurde Generalmajor.

## Allgemeine Wehrpflicht

Erst danach hat die eigentliche Aufgabe seines Lebens begonnen, durch die er in die Geschichte einging: Nach dem Ersten Pariser Frieden hat ihn der König zum Kriegsminister ernannt. Als solcher führte er die vor dem Kriege begonnene Organisation einer Landwehr fort, brachte auch das berühmte Dienstpflichtgesetz vom 3. September 1814 durch, das die allgemeine Wehrpflicht in Preußen einführt. 1818 wurde er Generalleutnant.

Als er aber einen Teil seiner Arbeit, das volkstümliche Wesen der Landwehr, durch eine immer stärker aufkommende Reaktion gefährdet sah, zog er die Konsequenz und nahm seinen Abschied.

Seitdem lebte er – die Zeit seiner besten Mannesjahre – von 1819 bis 1841 ein Privatleben in stiller Muße, mit geschichtlichen Studien beschäftigt, bis ihn Friedrich Wilhelm IV. nach seiner Thronbesteigung in den aktiven Dienst zurückrief und ihm wieder das Kriegsministerium übertrug, doch hatte Boyen wenig Freude daran, weil die verworrenen politischen Umstände und ein schwacher König keine

ernsthafte Initiative mehr aufkommen ließen. Er trat 1847 zurück und wurde zum Generalfeldmarschall und Gouverneur des Invalidenhauses ernannt.

## Rücktritt aus Enttäuschung

Zuvor hatte der König dafür gesorgt, dass der Name von Boyen in der ostpreußischen Heimat stets in Erinnerung blieb. Als nahe bei Lötzen, zwischen Löwentin und Mauersee, ein Festungswerk angelegt wurde, verfügte Friedrich Wilhelm IV., es sollte den Namen seines derzeitigen Kriegsministers „Feste Boyen“ erhalten.

Obwohl er als Soldat an jedem Platz, an den er beordert war, Außergewöhnliches leistete, ging er doch nicht restlos in seinen militärischen Aufgaben auf. In dem, was er noch nebenher war, drückte sich die eigentliche Substanz seiner Persönlichkeit aus. In gewisser Weise geht das aus seinen hinterlassenen Schriften hervor. In den Jahren der Zurückgezogenheit hat er Verse geschrieben, von denen aber nur ein einziges Liederblatt erhalten blieb. In Berlin erschienen 1833 seine „Beiträge zur Kenntnis des Generals von Scharnhorst“, und 1834 ein zweites Buch: „Erinnerungen aus dem Leben des Generalleutnants von Günther“. Allein in den Titeln spiegelt sich seine Art: Was sein Beruf erforderte, wurde getan, darüber hinaus hat er nichts niedergelegt, kein Programm, keine strategischen Rezepte.

Das ihm allein der Nachwelt zu übermitteln für würdig erschien, war das Erlebnisbild seiner Freunde, wobei die Bescheidenheit in der Formulierung der Titel bemerkenswert ist. Zwar fanden sich eigene Erinnerungen und Notizen in seinem Nachlass, 1889/90 in drei Teilen von Friedrich Nippold unter dem Titel „Erinnerungen aus dem Leben des General-Feldmarschalls Hermann von Boyen“ in Leipzig herausgegeben, doch betrafen sie nur seine Entwicklungsjahre. Was ihn als reifen Mann bewegte, nahm er mit hinüber ins Grab, als er am 15. Februar 1848 starb.

● Dieser Beitrag erschien erstmals auf der Seite 10 in der Folge 28 vom 10. Juli 1971.



Hermann von Boyen: Altersporträt

Foto: imago images/agefotostock



Im Hafen von Havanna am 15. Februar 1898 um 21.40 Uhr: Explosion der „Maine“

Foto: pa

WOLFGANG KAUFMANN

Vor knapp zweihundert Jahren, am 2. Dezember 1823, verkündete der fünfte Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, James Monroe, die nach ihm benannte Doktrin. Der Monroe-Doktrin zufolge soll „Amerika den Amerikanern“ gehören. Sie ist seitdem zunehmend so interpretiert worden, dass den USA die Hegemonie über den Doppelkontinent gebühre.

Das größte Hindernis hierbei war die Kolonialmacht Spanien. Seit dem 16. Jahrhundert kontrollierte sie die 90 Meilen vor der Küste Floridas liegende Insel Kuba.

1895 eskalierte dort die Situation: Die Einheimischen intensivierten ihren Unabhängigkeitskampf. Die Spanier reagierten darauf mit äußerster Brutalität. Dazu gehörte auch die Errichtung Konzentrationslager-ähnlicher Einrichtungen.

Angesichts dessen schlug sich die Öffentlichkeit in den Vereinigten Staaten auf die Seite der Kubaner. Mit allen Mitteln der Skandalpresse heizten die Zeitungsverleger William Randolph Hearst und Joseph Pulitzer die antspanische Stimmung an. Das geschah nicht zuletzt im Interesse der US-Anleger, die um ihre Investitionen auf der Zuckerrohrinsel fürchteten und den zögerlichen Präsidenten William McKinley immer stärker bedrängten, endlich auf Kuba zu intervenieren. Doch der beschränkte sich zunächst nur auf Drohgebärden – bis es dann zu einem Ereignis kam, das Weltgeschichte machen sollte.

Um Druck auf die Spanier auszuüben, wurde im klassischen Stil der Kanonenbootpolitik das ursprünglich als Panzerkreuzer klassifizierte Schlachtschiff der US-Marine „Maine“ unter dem Kommando von Commodore Charles Dwight Sigsbee in den Hafen von Havanna auf Kuba entsandt. Nach dem Erreichen seines Zieles am 25. Januar 1898 ankerte das Kriegsschiff mit seinen zwei beeindruckenden Zwillingstürmen für Zehn-Zoll-Geschütze unweit der Festung Castillo de los Tres Reyes del Morro – bis es am 15. Februar 1898 gegen 21.40 Uhr nach zwei schweren Explosionen im Bereich der vorderen Munitionskammern mit komplett zerstörtem Bugbereich auf Grund sank. Dabei starben 261 der 355 Besatzungsmitglieder. Überlebende gab es zumeist nur im hinteren Teil der „Maine“, in dem sich die Quartiere der Offiziere befanden.

#### US-Anleger wollten den Krieg

Die Detonationen resultierten höchstwahrscheinlich aus einem unentdeckten

KRIEGSHETZE

## „Sie sorgen für die Bilder, ich Sorge für den Krieg!“

Vor 125 Jahren explodierte das US-Kriegsschiff „Maine“ im Hafen von Havanna. US-Medien nutzten die Explosion zur Propaganda gegen Spanien. Das Ergebnis war eine militärische Auseinandersetzung, die die USA zur Großmacht machte

#### US-amerikanische Kriegstreiber



Der Verleger und Medien-Tycoon **William Randolph Hearst** besaß Anfang des vergangenen Jahrhunderts die größte Zeitungskette in Amerika.



Der ungarisch-US-amerikanische Journalist, Herausgeber und Zeitungsverleger **Joseph Pulitzer** ist Stifter und Namensgeber des Pulitzer-Preises.



**William Thomas Sampson** wurde am 17. Februar 1898 zum Präsidenten des Board of Inquiry zur Untersuchung der Zerstörung der „Maine“ ernannt.

Schwelbrand in einem der Kohlebunker. Die zur Beschickung der Kessel der „Maine“ benutzte bituminöse Billig-Steinkohle neigte aufgrund ihres hohen Schwefelgehaltes zur spontanen Selbstentzündung. Aus diesem Grunde waren schon vorher auf anderen Einheiten der US-Marine, die ebenfalls keine hochwertige Anthrazitkohle verwendeten, wie dem Schlachtschiff „Oregon“ oder dem Kreuzer „Boston“, Brände ausgebrochen, nur dass diese noch nicht zum Untergang des jeweiligen Schiffes geführt hatten. Durch das Feuer auf der „Maine“ wurde das Schott zur benachbarten Munitionskammer derart erhitzt, dass die dahinter lagernden Granaten mit einem Gesamtgewicht von fünf Tonnen sowie unmittelbar darauf die in der Nachbarlast explodierten.

Genau so lautete das Ergebnis der allerersten Untersuchung des Vorfalles durch die spanischen Marineoffiziere Pedro del Peral und Francisco Javier de Salas. Deren Befund wurde 1976 durch Admiral Hyman Rickover, den legendären „Vater der Nuklearmarine“ der USA, in einem gründlich recherchierten Buch über den Untergang der „Maine“ bestätigt.

Dahingegen gelangte die von der US-Marine eingesetzte Untersuchungskommission unter der Leitung von Captain William Thomas Sampson im März 1898 zu dem Schluss, dass die „Maine“ durch eine „U-Boot-Mine“ der Spanier gesunken sei. Das Gremium agierte dabei vor dem Hintergrund einer extremen Presseshysterie in den USA, die vor allem von Pulitzer und Hearst geschürt wurde. Letzterer soll in diesem Zusammenhang an seinen Reporter in Havanna, Frederic Remington, telegraphiert haben: „Sie sorgen für die Bilder, ich Sorge für den Krieg!“

#### Höchstwahrscheinlich ein Unfall

Und der brach dann auch tatsächlich aus. Nachdem McKinley kommuniziert worden war, dass die US-amerikanische Geschäftswelt mehr denn je auf die umgehende Lösung der kubanischen Frage dränge, stellte der Präsident Spanien am 27. März 1898 ein Ultimatum bezüglich einer Waffenruhe auf Kuba. Als hierauf keine Reaktion erfolgte, verabschiedete der Kongress in Washington am 19. April eine Resolution, die Spanien zum Abzug aus Kuba aufforderte und Präsident McKinley autorisierte, alle militärischen

Mittel einzusetzen, um die Unabhängigkeit der Insel herbeizuführen. Daraufhin erklärte Spanien den USA am 23. April 1898 den Krieg.

Dieser entwickelte sich für die militärisch und wirtschaftlich haushoch überlegenen Vereinigten Staaten zu einem „Splendid Little War“ (herrlichen kleinen Krieg), wie der US-Außenminister John Hay später salopp resümierte, während Spanien vernichtend geschlagen wurde. Der Mehrfrontenkrieg zwischen den beiden Mächten begann am 1. Mai 1898 mit der Vernichtung der spanischen Pazifikflotte in der Schlacht in der Bucht von Manila durch das Asiengeschwader der USA unter Commodore George Dewey. Dem folgte am 3. Juli 1898 die Seeschlacht vor Santiago de Cuba, in der Spanien im Kampf gegen das Geschwader des inzwischen beförderten Konteradmirals Sampson auch seine gesamte Atlantikflotte verlor. Damit war der Spanisch-Amerikanische Krieg faktisch zugunsten der USA entschieden.

Der Krieg wurde mit dem Friedensvertrag von Paris vom 10. Dezember 1898 beendet. Angesichts der seitens der USA bekundeten Sympathien für den Unabhängigkeitskampf der Kubaner, wäre es schwerlich zu vermitteln gewesen, die spanische offen durch eine US-amerikanische Fremdherrschaft zu ersetzen. So wurde Kuba formell unabhängig, de facto indes ein US-amerikanisches Protektorat. Bei Puerto Rico, Guam und den Philippinen waren die USA weniger rücksichtsvoll. Sie musste Spanien offen und direkt an die USA abtreten.

Letztlich führte die Explosion auf der „Maine“ dazu, dass Spanien weltpolitisch in die dritte Reihe zurückfiel, während die USA nun gleichberechtigt neben den Großmächten standen. Angesichts dessen liegt es nahe, statt eines Anschlags der Spanier oder eines Unfalls aufgrund ungeeigneter Kohle eine US-Aktion unter falscher Flagge zu vermuten. Allerdings gibt es keinerlei Beweise hierfür.

HEINZ DRACHE

## „Don Flanello“: Film-Ermittler im Maßanzug

Seiner Vorliebe für Maßanzüge verdankte der am 9. Februar 1923 in Essen geborene Schauspieler Heinz Drache den Spitznamen „Don Flanello“. Dazu passt der Typus des kultivierten Gentlemans, den der Mime so häufig verkörperte. Dazu passt aber auch die Herkunft und Schulbildung des gebürtigen Preußen. Die Eltern besaßen ein Glas-, Porzellan- und Stahlwarengeschäft, und er machte am Gymnasium Abitur.

Weniger standesgemäß war sein bereits in der Schulzeit auftauchender Wunsch, Schauspieler zu werden. Entsprechend wenig begeistert war sein Vater, aber Heinz setzte sich durch. Das ersparte ihm zwar nicht de jure, aber de facto den Kriegsdienst, denn trotz Einberufung bekam er nach einem Vorsprechen beim Intendanten ein Engagement beim Nürnberger Schauspielhaus.

Nach dem Krieg setzte er seine Schauspielkarriere fort. Nach Wolfgang Langhoff wurde auch Gustaf Gründgens auf den vielversprechenden Nachwuchsschauspieler aufmerksam. Unter Letzterem gelang ihm 1947 in dessen Inszenierung des Stücks „Der Schatten“ von Jewgeni Schwarz der endgültige Durchbruch als Theaterschauspieler.

Als Filmschauspieler gelang ihm der Durchbruch als Ermittler. Diese Rolle spielte er sowohl in dem legendären Fernsehsechsteiler „Das Halstuch“ von Francis Durbridge, das der Westdeutsche Rundfunk (WDR) 1961 produzierte, als auch in diversen



FOTO: IMAGO/UNITED ARCHIVES

Vor 100 Jahren geboren: H. Drache

Edgar-Wallace-Verfilmungen fürs Kino. Der Reigen dieser Spielfilme, die später auch ihren Weg ins Fernsehen fanden, reicht von „Der Rächer“ aus dem Jahre 1960 bis zum 1968 erschienenen „Der Hund von Blackwood Castle“, in dem Drache – Ausnahmen bestätigen die Regel – zum Abschluss einmal den Bösewicht spielte. Daneben verkörperte der Mime in den 60er Jahren in diversen anderen Krimis den Ermittler.

Nach dem Ende dieser Krimiwelt der 60er Jahre wandte sich Drache wieder verstärkt dem Theater und der Synchronisation zu. Dort war sein Rollenspektrum größer, die Bezahlung hingegen weniger üppig.

1985 kehrte er noch einmal für den „Tatort“ als Ermittler zum Film zurück. Als Berliner Hauptkommissar Hans Georg Bülow gab er den Antischimanski, der sich dank des Erbes seiner verstorbenen Ehefrau ein kultiviertes Leben leisten kann und das auch tut. Damit war allerdings nach insgesamt sechs Folgen 1989 Schluss.

„Adelsromanzen“ lautete der Titel der letzten Serie, für die der bürgerliche Aristokrat vor der Kamera stand. Am 8. März 2002 begann die Erstausstrahlung. Am 3. April des Jahres starb Heinz Drache nach einem mehrmonatigem Krebsleiden in einem Berliner Krankenhaus. *Manuel Ruoff*

VON WOLFGANG KAUFMANN

**A**us klimawissenschaftlicher Sicht herrscht auf der Erde Eiszeit, wenn mindestens einer ihrer beiden Pole ganzjährig unter dem Eis liegt. Und das ist nun schon seit 34 Millionen Jahren permanent der Fall. Gleichzeitig wechselten sich aber kältere und wärmere Phasen kontinuierlich ab. Allein in den vergangenen 115.000 Jahren passierte dies um die 50 Mal. Dabei gab es vielfältige Ursachen für die Umschwünge: Zunahme oder Abnahme des Vulkanismus, Schwankungen der Sonnenaktivität, Veränderungen der Erdumlaufbahn um die Sonne, zyklische Variationen der Neigung der Erdoberfläche, Einschläge von Kometen und Asteroiden sowie Wechsel der Strömungsverhältnisse in den Ozeanen.

Seit dem Miozän, das vor 5,3 Millionen Jahren endete, waren davon immer auch der Ur-Mensch oder dessen direkte Vorfahren betroffen. So starben durch die Abkühlung während der Vallesium-Krise vor 9,6 Millionen Jahren viele archaische Hominiden-Arten aus, während in der Eem-Warmzeit, welche von 124.000 bis 113.000 v. Chr. währte, die Expansion des Neandertalers begann. Und auch sonst förderten die sogenannten Klimaoptima, also Phasen mit höheren Durchschnittstemperaturen, die Entwicklung unserer Spezies, während die Abkühlung in Zeiten der Klimapessima das Gegenteil bewirkte.

Dass der aus Afrika kommende Homo sapiens zunächst nur schwer auf dem eurasischen Kontinent Fuß fassen konnte, resultierte aus den klimatischen Bedingungen der letzten großen Kaltzeit, deren Höhepunkt vor rund 22.000 Jahren lag und der schließlich das Holozäne Optimum beziehungsweise Atlantikum folgte, welches alles veränderte. Um zirka 7200 v. Chr. setzte eine schlagartige Erwärmung ein, die bis etwa 4000 v. Chr. anhielt. Phasenweise schnellte die Durchschnittstemperatur innerhalb von nur 50 Jahren um zehn Grad hoch, wobei es vor allem ab 5000 v. Chr. ausgesprochen warm gewesen sein muss.

#### Roms Blüte – auch eine Klimafolge

Während des Atlantikums beschleunigte sich die neolithische Revolution mit ihren vielen gravierenden Innovationen, die am Ende zur Entstehung der ersten Hochbeziehungsweise Schriftkulturen führten. Dazu zählten die Sesshaftwerdung der Jäger und Sammler in dauerhaften Siedlungen sowie der Übergang zu Ackerbau und Viehzucht, die Produktion von Keramik zum Zwecke der Vorratshaltung, die Entwicklung des Eigentumsbegriffs und soziale Ausdifferenzierungen.

Nach dem Atlantikum kam das bronzezeitliche Klimapessimum, das etwa von 3000 bis 600 v. Chr. dauerte und die kälteste Periode seit vielen Jahrtausenden darstellte. Die Folge waren Missernten,



Der Schwarze Tod raffte jeden dritten Europäer dahin: Jan Bruegels Gemälde „Triumph des Todes“ thematisierte später die allgegenwärtige Angst

Foto: Mauritius

#### ERDGESCHICHTE

## Klimaschwankungen prägen seit jeher die Entwicklung der Menschheit

Während warme Zeiten große Fortschritte ermöglichten, riefen kalte Phasen Not, Krieg und Tod hervor. Vom teils rasanten Auf und Ab der Temperaturen war schon der Ur-Mensch massiv betroffen

Seuchenwellen, Migrationsbewegungen und zahlreiche kriegerische Konflikte um Ressourcen, welche zunehmend blutiger ausfielen, weil parallel eine Perfektionierung der bronzenen und später dann auch eisernen Waffen stattfand.

Dieser Phase der Abkühlung schloss sich das Klimaoptimum der Römerzeit an, dessen zeitliche Begrenzung umstritten ist: Die Bandbreite reicht hier von 350 v. bis 450 n. Chr., wobei es aber bereits ab 150 n. Chr. langsam wieder kälter wurde. Auf jeden Fall begünstigte das Klima die Expansion des Imperium Romanum über die Alpen und auf die britische Insel, wo die Römer sogleich mit dem Weinanbau begannen.

Darüber hinaus florierten auch die übrige Landwirtschaft und der Fernhandel. Dadurch war die Versorgung der stetig wachsenden Bevölkerung des Römischen Reiches für lange Zeit problemlos gesichert – vor allem durch Importe aus Nordafrika. Der römische Kaiser Trajan,

in dessen Regierungszeit die größte räumliche Ausdehnung des Imperiums fiel und der unter anderem deshalb den Ehrentitel Optimus Princeps erhielt, herrschte genau auf dem Höhepunkt des damaligen Klimaoptimums zum Ende des 1. und Anfang des 2. Jahrhunderts n. Chr.

Ebenso wie der Aufstieg Roms resultierte auch dessen Niedergang maßgeblich aus klimatischen Faktoren. Mit dem Klimapessimum der Völkerwanderungszeit, das bis etwa 750 n. Chr. währte, nahmen die Kämpfe und Migrationsbewegungen in weiten Teilen Europas, Asiens und Nordafrikas massiv zu, woraufhin es zum Zusammenbruch der antiken Zivilisation und dem Beginn des anfangs tatsächlich reichlich finsternen Mittelalters kam.

So setzten zum Jahreswechsel 406/07 große germanische Kriegergruppen über den Rhein, was letztlich das Schicksal des Weströmischen Reiches besiegelte. Erleichtert wurde das Eindringen der Wandalen, Sueben und Alanen in Gallien wohl

durch das Zufrieren des Flusses. Eine weitere Geißel der sogenannten spätantiken Kleinen Eiszeit waren die zwischen 541 und 770 n. Chr. ständig wiederkehrenden Wellen der Justinianischen Pest. Vermutlich hatten die damaligen Hungersnöte sowie die auch sonst sehr prekär gewordenen Lebensumstände das Immunsystem der Menschen geschwächt und die lang anhaltende Pandemie ermöglicht.

#### Not und Elend der „Kleinen Eiszeit“

Im Übergang vom 8. zum 9. Jahrhundert, also zur Zeit Karls des Großen, besserten sich die klimatischen Verhältnisse auf Neue und ab etwa 900 setzte dann das mittelalterliche Klimaoptimum ein, das bis ungefähr 1250 andauerte. In dieser Zeit explodierten die Bevölkerungszahlen, was aber kein Problem darstellte, weil die landwirtschaftlichen Erträge im gleichen Maße zunahmen. Die günstigen Bedingungen führten beispielsweise zu einer Verschiebung der Nordgrenze des Getreide-

deanbaus bis zum Polarkreis. Und selbst in Regionen wie Ostpreußen entstanden plötzlich auch Weinberge. Typisch für jene Zeit war außerdem eine kulturelle Blüte, welche unter anderem die gotische Architektur hervorbrachte.

Mit der neuerlichen Abkühlung im 14. Jahrhundert dominierten wiederum Not und Elend. Während des Schwarzen Todes, einer weiteren Pest-Pandemie zwischen 1346 und 1353, starb jeder dritte Europäer. Die permanent fallenden Temperaturen kulminierten dann in der nächsten Kleinen Eiszeit, deren Höhepunkt im 16. und 17. Jahrhundert lag. In diese Phase fielen unter anderem der Dreißigjährige Krieg, mehrere Pestwellen, Agrarkrisen und Hungersnöte sowie die Münzentwertung während der Epoche der Kipper und Wipper. Insofern war die ab 1850 einsetzende wärmere Klimaperiode ein Segen. Auch deshalb wuchs die Zahl der Menschen auf der Erde von 1,5 auf inzwischen acht Milliarden.

#### GESUNDHEIT

## Uralte Erreger lauern im Eis

Auftauende Permafrostböden setzen Viren und Bakterien frei – Wie gefährlich sind die prähistorischen Krankmacher?

Ein Viertel der Nordhalbkugel der Erde ist mit dauerhaft gefrorenem Boden bedeckt. Doch in manchen Regionen Nord Sibiriens und Alaskas taut dieser Permafrostboden jetzt teilweise auf, wodurch auch Mikroorganismen wie Bakterien und Viren freigesetzt werden. Das wiederum führt zu dramatischen Warnungen vor „Zombieviren“, welche eine große Gefahr für die Menschheit darstellen.

Bis vor Kurzem kannte man allerdings nur das 2014 entdeckte Pithovirus sibericum und das 2015 aus 30 Metern Tiefe heraufgeholt Mollivirus sibericum. Beide gelten als ungefährlich für den Menschen, obwohl sie aufgetaut noch zur Reproduktion

innerhalb von Wirtszellen fähig sind. Um herauszufinden, ob es weitere solcher Erreger gibt, haben zwölf französische, russische und deutsche Forscher um den Mikrobiologen Jean-Marie Alempic von der Université d'Aix-Marseille nun neun Substanzen aus verschiedenen Permafrostregionen Sibiriens untersucht.

#### Gefahr durch „Gain of Function“

Zu diesen gehörten auch Mammutwolle und die Eingeweide eines seit Ewigkeiten toten Wolfes. Dabei fanden die Wissenschaftler insgesamt 13 bislang unbekannt Arten von vermehrungsfähigen Viren, welche allesamt vier verschiedenen Vi-

renklassen angehören, nämlich den Pandoraviren, Cedratviren, Megaviren und Pacmanviren.

Diese ungewöhnlich großen Erreger, von denen der älteste aus der Zeit vor 50.000 Jahren stammt, können jedoch genau wie die Pithoviren und Molliviren nur einzellige Organismen infizieren. Deshalb geht der renommierte niederländische Virologe Albert Osterhaus davon aus, dass lediglich solche Urzeit-Viren eine Gefahr darstellen, welche man im Körper von menschlichen Leichen aus dem Eis findet.

Deutlich problematischer sind hingegen die diversen Bakterien im auftauenden Boden. Wie Alempic und seine Kolle-

gen in ihrem Aufsatz „Ein Update zu eukaryotischen Viren, die aus altem Permafrost wiederbelebt wurden“ auf dem Preprint-Server bioRxiv schrieben, gelang es ihnen auch, einige bis zu 120.000 Jahre alte bakterielle Erreger zu isolieren. Manche davon sind mit dem Bacillus anthracis verwandt, der Milzbrand auslöst und somit Tiere oder gar Menschen zu töten vermag. Aufgetaute Milzbrandsporen werden für mysteriöse Krankheitsfälle in Nord Sibiriens und wiederkehrendes Rentiersterben in heißen Sommern am Polarkreis verantwortlich gemacht. Hierzu ist jedoch anzumerken, dass die heute zur Verfügung stehenden Antibiotika bei bak-

teriellen Infektionen meist gut anschlagen – wenn man sie denn einsetzt.

Im Gegensatz dazu bergen Viren das Potential für böse Überraschungen, weil ihre Bekämpfung sehr spezifische Arzneimittel oder Impfstoffe erfordert. Vor diesem Hintergrund ist es prinzipiell nicht ratsam, alte Viren vorsätzlich „wiederzubeleben“. Die größte Gefahr geht von Wissenschaftlern aus, die versucht sein könnten, im Rahmen der anlässlich der Corona-Pandemie stark in Verruf geratenen Gain-of-Function-Forschung Manipulationen an den Viren aus dem Eis vorzunehmen, um sie infektiöser zu machen – oder gar als Biowaffe zu missbrauchen. W.K.

## ALLENSTEIN

## In den Tiefen des Burgturms

Wissenschaftler der Polnischen Akademie der Wissenschaften untersuchen verbaute Mühlsteine

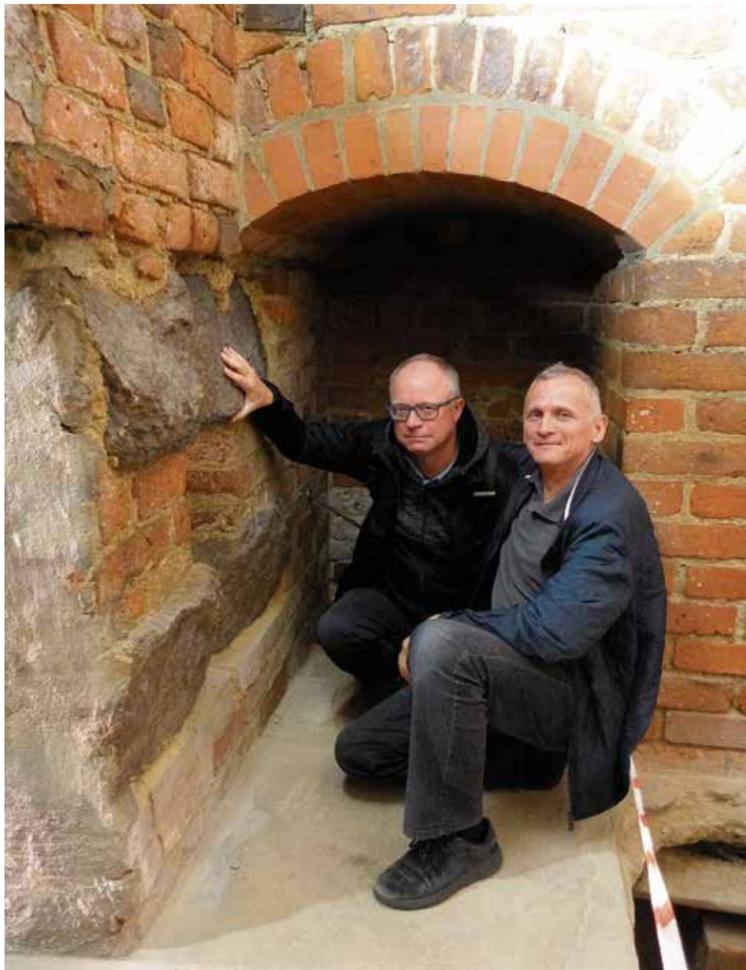
VON UWE HAHNKAMP

Wertvollen Steinen auf der Spur war im September letzten Jahres in Allenstein das Institut für Geographie und Raumplanung der Polnischen Akademie der Wissenschaften mit der zweiten Auflage seines Projekts millPOLstone. Die interdisziplinäre Werkstatt zu „Mühlsteinen in Kirchen in Ermland und Masuren“ führte die Teilnehmer auch in die Tiefen des Allensteiner Burgturms.

Mühlsteine waren in früheren Jahrhunderten sehr wertvoll, dennoch wurden sie oder ihre Reste in den Tiefländern des südlichen Ostseeraums – so die territoriale Eingrenzung der Werkstatt – in Kirchenmauern, aber auch in die Grundmauer der Allensteiner Burg unterhalb des Turms eingemauert. Die Referate am ersten Tag der Werkstatt warfen Fragen aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Gebieten auf. Symbolik, Herkunft, Material, aber auch der Erhalt der Mühlsteine als kulturelles Erbe wurden beleuchtet.

**Exkursion zu Kirchen ...**

Es war nur eine Auswahl der interessantesten Gebäude, die auf der Exkursion am zweiten Tag der Werkstatt besichtigt werden konnten. Vorrangig waren das Kirchengebäude, in deren Mauern Mühlsteine zu finden sind. Bei manchen Bauwerken wurden sie waagrecht, bei anderen senkrecht eingemauert, manchmal waren es nur Bruchstücke, aber immer waren sie bereits sehr abgenutzt oder zerbrochen. „Die Bedeutung der Steine zeigt sich darin, dass sie trotz ihrer Schwere transportiert und genutzt wurden. Ein Mühlstein war aber auch so wertvoll, dass er nur für eine Mauer ein-



Am verbauten Mühlstein in der Allensteiner Burg: Rafal Bętkowski (l.) und Jacek Strużyński  
Foto: U.H.

gesetzt wurde, wenn er völlig unbrauchbar zum Mahlen geworden war“, erklärte Dariusz Brykala, der Organisator der Veranstaltung, den Zustand der Steine. Das gilt auch für den Mühlstein in der Grund-

mauer der Allensteiner Burg, der deutlich fühlbare Abnutzungsspuren aus der Zeit aufwies, bevor er ganz zerbrach. Wobei laut dem Architekten und Kenner der Allensteiner Burg, Jacek Strużyński, die

Frage noch offen ist, ob es nur Reste eines Steins sind, der halbiert wurde, oder doch zwei verschiedene Steine.

**... und ins Lochgefängnis**

Um das Objekt an Ort und Stelle zu besichtigen, stiegen die Teilnehmer der Werkstatt im Interesse ihrer jeweiligen Wissenschaft in kleinen Gruppen in die Tiefen des Lochgefängnisses, das nur über einen extra in einer Ecke versteckten Eingang, vom Hof der Burg und für normale Besucher gar nicht zugänglich ist. Dieser Raum ist, wie auch andere Spuren zeigen, einer der ältesten der gesamten Allensteiner Burg. Laut Strużyński ist der Mühlstein damals direkt eingemauert worden – oberhalb des eigentlichen Lochs. Das bedeutet aber, so die Folgerung von Rafal Bętkowski vom Museum der Moderne in Allenstein, dass der Bau der Burg nicht bei Null begann, sondern es einen Vorgängerbau, vermutlich eine Holz-Erd-Festung, gegeben hat. „Es muss außerdem schon eine Mühle an der Alle existiert haben“, ergänzte Bętkowski, „das kann eine Wehrmühle gewesen sein, aber auf jeden Fall taucht sie in der Lokationsurkunde von Allenstein auf.“

In einer anderen Frage zum Mühlstein erlebten die Teilnehmer der Werkstatt jedoch eine Enttäuschung. Aufgrund seiner dunklen Farbe stand zur Debatte, der Stein könne vulkanisch und von weiter, nämlich aus Andernach am Rhein, in die Region transportiert worden sein. „Der Stein ist nur wegen der Patina der Jahrhunderte so dunkel, es handelt sich dabei um einen grobkristallinen Granit finnischen Ursprungs, der hier als Findling typisch auftritt“, lautete das Urteil des Geologen Piotr Czubla von der Universität Lodsch, der damit dieser lebhaft diskutierten und interessanten Geschichte den Wind aus den Segeln nahm.

## ● MELDUNGEN

## Neue Galerie in Allenstein

**Alenstein** – In Allenstein gibt es eine weitere Kunstgalerie. Neben dem städtischen Büro für künstlerische Ausstellungen BWA beim Planetarium oder den Ausstellungsräumen des Städtischen Kulturzentrums bieten immer mehr private Initiativen die Möglichkeit, sich mit den Arbeiten bekannter Künstler bekannt zu machen. Die neueste ist die Galerie Redykajny „RDK“, hinter der der ausgezeichnete Drucker, Verleger und Kulturanimateur Andrzej Kuśmierczyk steht. Zu finden sind die Räume der Galerie, in der es sowohl Bildhauerei als auch Malerei zu bewundern gibt, in der Hosius-Straße [ul. Hozjusza] 11 im Allensteiner Stadtteil Redigkainen. U.H.

## Unterwegs mit der Draisine

**Frauenburg/Tolkemit** – Zwei Jahre haben die Verhandlungen mit den Polnischen Staatsbahnen gedauert. Jetzt kann die Gesellschaft der Haffdraisinenbahn ihre Arbeit aufnehmen. Im Frühling sollen Fahrrad-Draisinen in Betrieb genommen werden, die auf dem Teilstück der Eisenbahn entlang des Frischen Haffs zwischen Tolkemit und Frauenburg in beide Richtungen verkehren werden. Geplant sind auch Fahrradanhänger an den Draisinen und eine Anbindung an das Radwegenetz von Green Velo. Angetrieben werden die Draisinen mit Muskelkraft. In ihnen haben fünf Personen Platz. Auf halber Strecke des zwölf Kilometer langen Abschnitts ist eine Raststelle vorgesehen. Die Saison der Draisinenbahn startet im Mai. Das Streckennetz soll in Zukunft auch über den jetzigen Abschnitt erweitert werden. U.H.

## NÖRDLICHES OSTPREUSSEN

## Reisen in die EU mit deutlichen Einschränkungen

Abgehängte Exklavenbürger – Ein deutsches Schengen-Visum wird praktisch nur noch für Verwandtenbesuche ausgestellt

Die Bewohner des nördlichen Ostpreußens müssen bei Reisen in den Westen deutliche Einschränkungen hinnehmen. Zwar hat die Zahl der Touristen, die während der Neujahrsferien ins Ausland reisten, fast die vor der Corona-Pandemie erreicht, doch ihre Ziele waren andere als vor dem Ukrainekrieg. In diesem Winter waren Weißrussland, die Vereinigten Arabischen Emirate und die Türkei sehr beliebt. Auch das Interesse an Sri Lanka und Indonesien ist gestiegen.

Die große Mehrheit der Bürger hat jedoch ihren Winterurlaub im nördlichen Ostpreußen verbracht. Vor der Pandemie hatten die Königsberger eine breite Palette von Reisemöglichkeiten. Viele Familien mit bescheidenen finanziellen Mitteln hatten ein Schengen-Visum und fuhren in die Nachbarländer Polen, Litauen und in die Bundesrepublik. Die Erreichbarkeit europäischer Flughäfen ermöglichte es, relativ günstig in verschiedene Teile Europas zu fliegen.

Jetzt bekommen die Menschen im Gebiet ihre Exklavenlage zu spüren. Aufgrund der Sperrung des europäischen Luftraums gibt es kaum Direktflüge vom Königsberger

Gebiet in ferne Länder. Um zum gewünschten Zielort zu gelangen, müssen sie über Moskau fliegen. Ägypten war in diesem Winter das günstigste Reiseziel ab Moskau. Alle anderen Touren waren sehr teuer. Viele mussten auch die lieb gewordene Gewohnheit aufgeben, in Skigebiete zu fahren.

Im Königsberger Gebiet gibt es so gut wie keine Möglichkeit mehr, ein Schengen-Visum zu erhalten. Früher gab es eine breite Palette von Möglichkeiten. Am populärsten war das polnische Schengen-Visum. Viele hatten aber auch deutsche und litauische Visa. Während Litauen und Polen relativ schnell beschlossen, keine Visa

mehr an Russen zu erteilen, schränkte die Bundesrepublik die Möglichkeit, ein Visum zu erhalten, von Ende September bis Anfang Oktober letzten Jahres erheblich ein.

Diejenigen, denen es gelungen war, vor diesem Zeitpunkt ein deutsches Visum zu beantragen, erhielten noch Langzeitvisa für bis zu fünf Jahren. Seit Oktober ist es theoretisch möglich, ein deutsches Visum zu erhalten, um Verwandte zu besuchen, das heißt, auf Einladung. Die Bedingungen für die Erteilung eines deutschen Visums sind jedoch so kompliziert geworden, dass die Zahl der Ablehnungen um ein Vielfaches gestiegen ist.

Zu den Anforderungen gehören eine offizielle Einladung und eine von der örtlichen Ausländerbehörde beglaubigte Verpflichtungserklärung. Sie setzt ein entsprechendes Einkommen des Einladenden voraus. Die einladende Person ist auch verpflichtet, den eingeladenen Personen alle finanziellen Kosten zu erstatten, die ihnen während ihres Aufenthalts in der Bundesrepublik entstehen. Die neuen Regeln verlangen eine europäische Kreditkarte mit ausreichender Deckung für den Aufenthalt sowie eine europäische Versicherung. Die-

se muss von der einladenden Partei abgeschlossen und zusammen mit der Einladung und der Verpflichtungserklärung im Original beim Konsulat eingereicht werden. Außerdem müssen Russen bereits vollständige vorausbezahlte Hin- und Rück-Tickets vorlegen.

Früher war es möglich, mit einem Schengen-Visum problemlos mit dem Bus über die Republik Polen für 100 Euro von Königsberg in die Bundesrepublik zu reisen. Jetzt können Russen nur noch über Moskau in die Türkei oder nach Serbien und von dort in die Bundesrepublik gelangen, wobei sie alle Tickets für die Teilstrecken beim Konsulat vorlegen müssen. Die Gesamtkosten für einen Hin- und Rückflug können sich auf bis zu 1000 Euro belaufen. Das erteilte Visum berechtigt lediglich zur einmaligen Einreise zu dem vorbestimmten Datum, weder am Tag davor noch am Tag danach. Sollte ein Flug verspätet erfolgen und die Frist verletzt werden, kann es problematisch werden. Das gilt auch für den Besuch von Verwandten und Familienangehörigen. Deutsche Visa für andere Zwecke werden in der Praxis nicht mehr erteilt. Jurij Tschermyschew



Werbung für Schengen-Visa: Plakat in Königsberg

Foto: J.T.

## Wir gratulieren...



## ZUM 102. GEBURTSTAG

Ziegler, Ella, geb. Saborowski, aus Petzkau, Kreis Lyck, am 3. Februar

## ZUM 99. GEBURTSTAG

Buchau, Benno, aus Kastaunen, Kreis Elchniederung, am 6. Februar  
Moll, Hedwig, geb. Todzi, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, am 7. Februar

## ZUM 98. GEBURTSTAG

Duwe, Gertrud, geb. Smolenski, aus Lissau, Kreis Lyck, am 9. Februar  
Karpa, Gertrud, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 7. Februar  
Masur, Edith, geb. Knorr, aus Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 7. Februar  
Pfeiffer, Dr. Irmtraud, geb. Kunze, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 9. Februar  
Skowronnek, Erich, aus Groß Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 8. Februar

## ZUM 97. GEBURTSTAG

Bitsching, Hilde, geb. Lasarzewski, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 3. Februar  
Elfert, Christel, geb. Reinies, aus Birkenheim, Kreis Elchniederung, am 6. Februar  
Klein, Rudolf, aus Lyck, am 7. Februar

## ZUM 96. GEBURTSTAG

Ackermann, Gertrud, geb. Folger, aus Prägsden, Kreis Mohrunge, am 5. Februar  
Däblitz, Heinz, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 6. Februar  
Puck, Alfred, aus Lyck, Falkstraße 21, am 5. Februar  
Staatz, Ernst, aus Wackelsdorf, Kreis Mohrunge, am 6. Februar

## ZUM 95. GEBURTSTAG

Baldzuhn, Edeltraut, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 6. Februar  
Denda, Heinz, aus Ortelsburg, am 9. Februar  
Neiß, Werner, aus Berkeln, Kreis Elchniederung, am 7. Februar  
Rafael, Erich, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 8. Februar  
Trzaska, Ewald, aus Neidenburg, am 9. Februar  
Winzbeck, Ruth, geb. Kotowski, aus Monken, Kreis Lyck, am 8. Februar

## ZUM 94. GEBURTSTAG

Bollmann, Helga, geb. Bartz, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 11, am 3. Februar  
Friedriszik, Liselotte, geb. Paulat, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 8. Februar  
Gosdek, Lydia, geb. Dorsch, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 5. Februar  
Hanneken, Willi, aus Eiserwagen, Kreis Wehlau, am 7. Februar  
Loch, Magdalene, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, am 9. Februar  
Marzischewski, Horst, aus Walden, Kreis Lyck, am 4. Februar  
Scheuer, Edith, geb. Friese, aus Walden, Kreis Lyck, am 5. Februar  
Weiß, Liselotte, geb. Tylitzki, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, am 8. Februar  
Willwoll, Ruth, aus Ebenrode, am 5. Februar  
Wohler, Gerda, geb. Adamzik, aus Sentken, Kreis Lyck, am 4. Februar  
Woit, Siegfried, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 6. Februar  
Zandereit, Hanna, geb. Komowski, aus Mulden, Kreis Lyck, am 4. Februar

## ZUM 93. GEBURTSTAG

Brüggmann, Horst, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 3. Februar  
Dörfling, Magdalena, geb. Neumann, aus Köllmisch Damerau, Kreis Wehlau, am 4. Februar  
Elmenthaler, Heinz, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, am 3. Februar  
Fornacon, Anneliese, geb. Egger, aus Landsberg, Kreis Preußisch Eylau, am 3. Februar  
Frei-Jortzik, Erna, geb. Jortzik, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 9. Februar  
Hanella, Eva, geb. Toleikis, aus Bersnicken, Kreis Fischhausen, am 6. Februar

## ZUM 92. GEBURTSTAG

Babbel, Fritz, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 4. Februar  
Baudisch, Elfriede, geb. Lask, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 9. Februar  
Dietrich, Hildegard, geb. Helbing, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 5. Februar  
Heberle, Margarete, geb. Kompa, aus Wagenfeld, Kreis Ortelsburg, am 7. Februar  
Matull, Waltraut, geb. Gembaries, aus Markau, Kreis Treuburg, am 6. Februar  
Schramma, Ruth, geb. Bendiks, aus Lenzdorf, Kreis Lyck, am 9. Februar  
Strauß, Erna, geb. Christochowitz, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 6. Februar

## ZUM 91. GEBURTSTAG

Beitz, Antonie, geb. Lange, aus Paulken, Kreis Mohrunge, am 3. Februar  
Butte, Edeltraut, geb. Masurowski, aus Lyck, Memeler Weg 5, am 8. Februar  
Campenhausen, Otto Freiherr von, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 7. Februar  
Diedrichs, Hilde, geb. Hinz, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 4. Februar  
Fingberg, Jutta, geb. Ewert, aus Herrendorf, Kreis Elchniederung, am 4. Februar  
Harz, Gerda, geb. Urmoneit, aus Kleinmark, Kreis Tilsit-Ragnit, am 9. Februar  
Henrici, Hans-H., aus Alt Christburg, Kreis Mohrunge, am 5. Februar  
Lill, Edith, geb. Wengorz, aus Weißhagen, Kreis Lyck, am 4. Februar  
Röder, Liesbeth, geb. Höchst, aus Neu Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 8. Februar  
Unterberg, Edith, geb. Gritz, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 8. Februar  
Wegner, Adelgunde Elfriede, geb. Bartsch, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 7. Februar

## ZUM 90. GEBURTSTAG

Bläsing, Christel, geb. Patz, aus Friedrichsthal, Kreis Ortelsburg, am 9. Februar  
Brandt, Willy, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 6. Februar  
Conrad, Kurt, aus Groß Engellau, Kreis Wehlau, am 6. Februar  
Fornfeist, Ruth, geb. Eremef, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 4. Februar  
Hermund, Erika, geb. Horn, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 4. Februar  
Kalata, Stefan, aus Lyck, am 3. Februar  
Kinne, Waltraud, geb. Janzon, aus Leisnersberg, Kreis Mohrunge, am 8. Februar  
Kizina, Werner, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 4. Februar  
Mainka, Anneliese, geb. Mentz, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 6. Februar  
Melenk, Werner, aus Gutsfelde, Kreis Elchniederung, am 5. Februar  
Neudahm, Waltraut, geb. Wiese, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 3. Februar  
Schmidt, Erika, geb. Sanio, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 6. Februar  
Weißborn, Renate, geb. Böhme, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 8. Februar

ANZEIGE

### Hochwertiges Krawattenklammer- und Manschettenknöpfe-Set mit Elchschaufeln

Edles Set für den Herrn: Krawattenklammer und ein Paar Manschettenknöpfe mit Elchschaufel im schwarzen Velouretui für 35,- Euro zzgl. 5,- Euro Versand- und Verpackungskosten

Bestellung: Preußische Allgemeine Angela Selke selke@paz.de Tel: 040-414008-0

35,- Euro zzgl. Porto und Verpackung

## ZUM 85. GEBURTSTAG

Berg, Gerhard, aus Neuendorf, Kreis Elchniederung, am 9. Februar  
Bielke, Klaus-Jürgen, aus Lyck, am 4. Februar  
Eitze, Irmgard, geb. Biallas, aus Lyck, am 9. Februar  
Fabian, Dieter, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 6. Februar  
Friedrich, Grete, geb. Sewerin, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 4. Februar  
Krause, Inge, Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau, am 8. Februar  
Leutritz, Christel, geb. Hölger, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 7. Februar  
Murawski, Elfriede, aus Gutenborn, Kreis Lyck, am 4. Februar  
Nalik, Rosemarie, geb. Schön, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 3. Februar  
Olbrisch, Erna, geb. Link, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 6. Februar  
Plaumann, Ulrich, aus Wehlau, am 4. Februar  
Reich, Peter, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 4. Februar  
Reisenauer, Gisela, geb. Westermann, aus Gortzen, Kreis Lyck, am 8. Februar  
Skupsch, Lucie, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 3. Februar

Strauss, Friedrich, aus Kahlau, Kreis Mohrunge, am 9. Februar  
Türmer, Kurt, aus Großschmieden, Kreis Lyck, am 8. Februar  
Wascheszio, Günther, aus Krasau, Kreis Lyck, am 9. Februar

## ZUM 80. GEBURTSTAG

Bachmann, Gisela, geb. Leinwenter, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am 3. Februar  
Bast, Günter, aus Ibenwerder, Kreis Elchniederung, am 4. Februar

## Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.  
Landmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Jung, Gisela, geb. Pahlke, aus Weissensee, Kreis Wehlau, am 4. Februar  
Kruschinski, Christel, geb. Kulesa, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 7. Februar  
Lutat, Reinhard, aus Argendorf, Kreis Elchniederung, am 4. Februar  
Neumann, Gerd, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 8. Februar  
Sablowski, Gerd, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 5. Februar  
Scheer, Willi, aus Groß Degesen, Kreis Ebenrode, am 5. Februar  
Winkler, Irma, geb. Martschat, aus Bredauen, Kreis Ebenrode, am 4. Februar

## ZUM 75. GEBURTSTAG

Milewski, Marianne, aus Kiöwen, Kreis Treuburg, am 8. Februar  
Möller, Hannelore, geb. Kramer, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, am 9. Februar  
Rentner, Günther, aus Königshagen, Kreis Neidenburg, am 7. Februar

PAZ wirkt!

## Zusendungen für die Ausgabe 7/2023

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 7/2023 (Erstverkaufstag 17. Februar) bis spätestens **Dienstag, den 7. Februar**, an die Redaktion der PAZ:  
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

## Glückwünsche an:

Angela Selke  
Telefon (040) 4140080  
E-Mail: selke@paz.de

## Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

**Unterstützung** in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen  
Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen  
Buchtstraße 4  
22087 Hamburg

**Auskünfte** erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

## Termine 2023 der Landsmannschaft Ostpreußen

18. und 19. März: **Arbeitstagung der Kreisvertreter** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Helmstedt  
15. und 16. April: **Arbeitstagung Deutsche Vereine** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Sensburg  
21. bis 23. April: **Kulturseminar** in Helmstedt  
24. Juni: **Ostpreußisches Sommerfest** in Wuttrienen  
15. bis 17. September: **Geschichtsseminar** in Helmstedt

7. Oktober: 26. **Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern** in Neubrandenburg  
9. bis 15. Oktober: **Werkwoche** in Helmstedt  
7. und 8. Oktober: 14. **Deutsch-Polnischer Kommunalpolitiker Kongress** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Allenstein  
10. November: **Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal  
11. und 12. November: **Ost-**

**preußische Landesvertretung** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

**Auskünfte** erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



**Vorsitzender:** Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

**Kulinarisches**

**Hof** – Sonnabend, 11. Februar, 13 Uhr: Treffen zum Thema „Kulinarisches aus Ost- und Westpreußen“. Zu essen gibt es Königsberger Klopse. Um Anmeldung wird gebeten.

**Jahreshauptversammlung**

**Hof** – Vorsitzender Christian Joachim begrüßte die Mitglieder, wünschte alles Gute zum neuen Jahr und gratulierte den Geburts-

tagskindern der vergangenen Wochen. Traditionell ließ er das vergangene Jahr Revue passieren und gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass 2023 alle Vorhaben umgesetzt werden können. Höhepunkt wird im Sommer eine Ausstellung mit Bildern des ehemaligen Vorsitzenden Rolf Burchard sein, dessen 40. Todestag sich heuer jährt. Dem Kassenbericht von Elisabeth von Lossow folgte der Kassenprüfbericht, der ihr eine übersichtliche Kassenführung und dem Vorstand einen verantwortungsvollen Umgang mit den Vereinsgeldern bescheinigte. Nach einem Bericht über die Aktivitäten der ostpreußischen Volkstanzgruppe, die trotz mancher Schwierigkeiten einige Auftritte und Fortbildungen absolvierte, erzählte Kulturwart Bernd Hüttner von einem Überraschungsprominenten. Mit launigen Worten schilderte er Begeben-

heiten und Ereignisse aus dem Leben der gesuchten Person. Die Anwesenden kamen schnell dahinter, dass es sich um den Vorsitzenden Joachim handelte, der seit 40 Jahren die Hofer Kreisgruppe leitet. Unter großem Applaus überreichte ihm zweite Vorsitzende Jutta Starosta dafür eine Urkunde. Danach wurden weitere Vereinsmitglieder geehrt. Mit einer Ehrenurkunde der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Landesgruppe Bayern, wurden ausgezeichnet: für 60 Jahre Renate Konietzko, für 55 Jahre Helmut Starosta, für 40 Jahre Christl Starosta, Beate Schardt, Doris Franzke, Jutta Joachim, für 30 Jahre Alexandra Dams und für 25 Jahre Gusti Napromski. Der Vorsitzende dankte allen für ihre Treue und wünschte noch viele Jahre im Kreise der ostpreußischen Familie. Danach saßen die Besucher noch lange zusammen, tauschten Erinnerungen aus und genossen das Beisammensein.

J. S.



Zwei der geehrten Hofer: Christl Starosta und Vorsitzender Christian Joachim  
Foto: Jutta Starosta



**Vorsitzender:** Ulrich Bonk  
**Stellv. Vorsitzender:** Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151) 148788

**Fasching**

**Wiesbaden** – Sonnabend, 11. Februar, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappen-Saal, Friedrichstraße 35: Kreppekaffee. Unter dem Motto „Spaß an der Freud“ wollen wir eine fröhliche und beschwingte Zeit verbringen mit lustigen Beiträgen und Gesang. Kommen Sie zu dem bunten Nachmittag – am besten mit guter Laune und lustiger Kopfbedeckung. Wer an dem Nachmittag etwas beitragen möchte, melde sich bitte gleich bei Dieter Schetat unter Telefon (06122) 13358 oder einem anderen Vorstandsmitglied.

**Ein Bad Schwartauer auf Reisen – Letzter Teil**

Unser Ziel war **Kaunas in Litauen**. Der Grenzübergang Polen Litauen gestaltete sich problemlos.

2022 war für Kaunas mit seinen 351.000 Einwohnern ein besonderes Jahr. Die Stadt ist eine der drei Kulturhauptstädte 2022 gemeinsam mit Esch in Luxemburg und Novi Sad in Serbien. Ein großer Schritt von der Hauptstadt von Litauen im frühen 20. Jahrhundert von 1919 bis 1940 zur Kulturhauptstadt auserkoren zu sein mit dem Motto: „From temporary to contemporary“, frei übersetzt: vom Provisorium zum Zeitgeist der Gegenwart. Am nächsten Tag durchwanderten wir die Stadt mit Regina, einer Begleitung, die uns auch für unsere Rundfahrt durch den „Memelgau“ zur Seite stand. Eine breite Straße und Fußgängerzone, die von einer Lindenallee, Cafés und kleinen Geschäften gesäumt wird, durchzieht die Stadt von Ost nach West. Die reiche Ausstattung der Kathedrale weist auf den einstigen Wohlstand der Stadt hin. Ein Juwel der Baukunst der Spätgotik sind die Giebel



Am Zusammenfluss von Memel und Neris: die Kaunas Burg

vom Perkunas Haus, Haus des Donnergottes aus dem 16. Jahrhundert, das eine Bildungsstätte der Jesuiten beherbergt. Das historische weiße Rathaus im Renaissancestil von 1542 dient heute als Standesamt, Empfangsgebäude sowie für Hochzeiten und wird auch „Weißer Schwan“ genannt. Die Jesuitenkirche mit einem angeschlossenen Gymnasium, erbaut 1649, wurde wiederholt aus politischen wie ideologi-

schon Zusammenhängen zeitweise geschlossen. Die letzte Wiedereröffnung war 1991. Die Kaunas Burg ist die älteste Mauerburg Litauens am Zusammenfluss von Memel und Neris. Sie war auch eine Blockade gegen den Kreuzritterorden und mit ihren weitläufigen Anlagen ein Schutz für Wilna und bietet heute großen Raum für öffentliche Aufführungen und Veranstaltungen.

Hans-A. Eckloff



**Vorsitzende:** Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822) 5465.

**Regelmäßige Treffen**

**Lüneburg** – In Treue zur Heimat und stets in dankbarer Erinnerung an den jahrelangen vorbildlichen Einsatz von Christa Harms

und davor von Rosemarie von Renner-Herzke wird die Lüneburger Gruppe der Ost- und Westpreußen sich auch in diesem Jahr regelmäßig an jedem dritten Donnerstag im Monat treffen. Auf dem Programm stehen Vorträgen über Ostpreußen wie es war und was sich heute in Nord- und Süd-Ostpreußen tut sowie ein Besuch im Ostpreußischen Landesmuseum und in der Schloßberger-Pillkaller Heimatstube in Winsen. Gepflegt wird auch in diesem Jahr der Kontakt zu den benachbarten ostpreußischen Landsmannschaften. Gäste sind bei den Veranstaltungen stets willkommen.

Barbara Loeffke

**Monatstreffen**

**Rinteln** – Donnerstag, 9. Februar, 15.00 Uhr, in der Stadtmission Rinteln, Waldkaterallee 1a, nahe Bahnhof: Monatstreffen der Landsmannschaft der Ostpreußen, Westpreußen und Danziger Ortsgruppe Rinteln. Nach gemeinsamem Kaffeetrinken zeigt uns Prof. Dr. Heinz Schürmann Lichtbilder von früheren Reisen nach Ostpreußen und Westpreußen. Anschließend besteht die Möglichkeit zu Gespräch und Austausch. Wegen der zu treffenden Vorbereitungen wird um zeitige Anmeldung

Fortsetzung auf Seite 16

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

- Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die
- Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder
- Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name: \_\_\_\_\_  
Vorname: \_\_\_\_\_  
Straße/Nr.: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

- Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_  
Bank: \_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

**Bitte einsenden an:**  
Preußische Allgemeine Zeitung  
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-04-C

ANZEIGE



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

**Prämie 1: Leuchtglobus**



**Prämie 1: Leuchtglobus**

Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefebenen, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.



**Prämie 2: Renaissanceglobus**

**Prämie 2: Renaissanceglobus**  
Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfond, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckerrouten von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland  
[www.paz.de](http://www.paz.de)

LANDESGRUPPEN UND HEIMATKREISE

Fortsetzung von Seite 15

unter Telefon (05751) 5386 oder rebuschat@web.de. Gäste sind uns stets willkommen. Joachim Rebuschat

Schleswig-Holstein

**Vorsitzender:** Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 888939, E-Mail: birgit@kreil.info

**Jahreshauptversammlung Burg auf Fehmarn** – Sonnabend, 4. Februar, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: JHV der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen statt.

Monatstreff

**Burg auf Fehmarn** – Dienstag, 14. Februar, 15 Uhr, Haus im Stadtpark, Burg auf Fehmarn: Monatstreffen der Landsmannschaft Ost-, Westpreußen und Danzig mit Kriminalkommissar Gernot Schneider aus Lübeck mit einem Vortrag über „Enkeltrick und Betrug am Telefon“. Gäste sind herzlich willkommen.



Lyck

**Kreisvertreterin:** Bärbel Wiesen-see, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. **Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Regionaltreffen Nord

**Lübeck** – Sonntag, 23. April, Einlass 11 Uhr, Beginn 11.30 Uhr, Zur Blockhütte, Koggenweg 1, 23558 Lübeck: Regionaltreffen Nord in Lübeck. Die Veranstaltung findet in neuen Räumen statt. Es ist keine Anmeldung erforderlich. Fragen beantwortet Heidi Mader unter Telefon (0421) 67329026 oder per E-Mail: heidi-mader@gmx.de.

Deutsches Kulturforum östliches Europa – Memel | Klaipėda

**Potsdam** – Dienstag, 7. Februar, 18 Uhr, Urania „Wilhelm Foerster“ Potsdam, Gutenbergstraße 71, 14467 Potsdam: Memel | Klaipėda, Vortrag von Sonya Winterberg im Rahmen der Reihe »Hafenstädte im Baltikum«, Anmeldung und Vorverkauf unter Telefon (0331) 291741 oder per E-Mail; verein@urania-potsdam.de, Eintritt: 9,-, ermäßigt 7,- Euro.

Ostsee begründete ihre Bedeutung als Handels- und Hafenstadt. Geprägt ist die Stadt durch ihre Jahrhunderte lange Zugehörigkeit zum Ordensstaat und später zu Preußen. Beide Weltkriege des 20. Jahrhunderts hatten für Memel und seine Bevölkerung fatale Folgen. Heute ist sie Litauens wichtigster Ostseehafen und eine Universitätsstadt mit einem regen Kulturleben.

Menschen in krisenhaften Lebenssituationen. Von Mai bis September 2022 war sie mit einem Stipendium des Kulturforums als Stadtschreiberin in Memel.

Eine Veranstaltungsreihe des Deutschen Kulturforums östliches Europa in Zusammenarbeit mit der Urania „Wilhelm Förster“ Potsdam. *PM*



Sommer in MemelFoto: Wikimedia, Mantas Volungevičius, Diego Delso

Die Stadt Memel, die im August 2022 ihren 770. Geburtstag feierte, geht auf eine Burggründung durch den livländischen Zweig des Deutschen Ordens zurück. Die günstige Lage an der Mündung des Kurischen Haffs in die

Die finnlandschwedische Journalistin Sonya Winterberg arbeitet seit über zwanzig Jahren für Medien in Europa und Nordamerika. Schwerpunkt ihrer Arbeit ist dabei die Langzeitbeobachtung von

OL.

Ostpreußisches Landesmuseum

**Lüneburg** – Mittwoch, 8. Februar, 18.30 Uhr, Eintritt: 4,- Euro: **Verlorene Dörfer in Masurien – eine Spurensuche**, Vortrag von Sabine Grabowski, Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de ist erforderlich.

grenzüberschreitende Initiativen begeben sich seit den 1990er Jahren auf die Suche nach ihren Spuren.

Diese Spuren zu lesen und sichtbar zu machen, ist die Aufgabe eines deutsch-polnischen Projektes, das sich die Vermittlung des masurischen Kulturerbes zur Aufgabe gemacht hat.

Dr. Sabine Grabowski von der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus in Düsseldorf präsentiert Ergebnisse dieser Arbeit.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges mussten Millionen Menschen ihre Heimat Ostpreußen verlassen. Häuser und ganze Dörfer blieben unbewohnt zurück – ein Großteil ist heute verschwunden. Verschiedene

Agnes-Miegel-Gesellschaft lädt ein

**Bad Nenndorf** – Sonnabend, 18. März, 9 bis 18 Uhr, Haus Kasel, Hauptstraße 4, 31542 Bad Nenndorf: **Agnes-Miegel-Tagung zum Thema „Alpen, Orient und Königsberg – Agnes Mieglers Gedanken- und Lebenswelt“** mit folgendem Programm: 9.30 Uhr: Mitgliederversammlung (Einlass ab 9 Uhr), 11 Uhr: „Die Heimkehr“. Eine Erzählung von Agnes Miegel aus der Zeit der Christianisierung im Alpenraum, Einführung: Dr. Marianne Kopp (Stadtbergen), Le-

sung: Sabine Crone (Nienstädt), 12 Uhr: Mittagspause, Restaurants befinden sich in der Nähe, 13.45 Uhr: Gedenken an Agnes Mieglers Grab, 14.30 Uhr: „Das ist die Mär vom Ritter Manuel“, Vortrag: Dr. Marianne Kopp (Stadtbergen), Rezitation: Annetete von Vogel (Wunstorf), 16.15 Uhr: Agnes Miegel in Königsberg – Lebensorte im heutigen Kaliningrad, Bilder-Vortrag: Jörn Perkul (Berlin). Teilnehmerbeitrag: 10 Euro pro Person, verbindliche schriftliche

Anmeldung bis 4. März an Annetete v. Vogel, Mozartstraße 3, 31515 Wunstorf oder per E-Mail an Annetete.v.Vogel@gmx.de. Bitte angeben: Name, Adresse, E-Mail, Telefon. Sie erhalten eine Bestätigung. Für Rückfragen wählen Sie bitte die Telefonnummer (05033) 2222. Es gelten die verbindlichen Hygiene-Bestimmungen für Niedersachsen zum Zeitpunkt der Veranstaltung. Interessierte Tagungsgäste sind herzlich willkommen.

Marianne Kopp

Rätsel

Magisch: 1. Freestie, 2. Veranda, 3. hindern

Mittelwörter: 1. Werkzeug, 2. Schlauch, 3. Fantasie, 4. Strassen-, 5. Wechsel, 6. Verdienst, 7. Ruecken -

Schüttelrätsel:

So ist's richtig:

pflegen- de Flüssigkeit (Kopf)	zahlen- mäßig	Präsident des briti- schen Un- terhauses	meteorolo- gische Behörde	Musik- stück von Händel	Bühnen- bild	Lobrede	See- manns- ruf	Ein- siedler, Klausner	heftig tadeln	nordi- sche Währungs- einheit	Tanz auf Hawaii	Sicher	Nasen- loch des Pferdes
Ball- sport- begriff			Rüge, Verweis	Wirts- haus- rechnung			rätsel- hafte Weis- sagung		milder amerika- nischer Whiskey		Seerose	kindlich: kleiner Wasser- vogel	
Schmet- terlings- larve	Stern- kunde		Farbe	Hände- auflegen als Heil- kunst	Werk von Homer	Bleistift- Kugel- schreiber- einlage			Gewässer östlich des Kasp. Meeres	riskante Film- szene (engl.)	unge- löstes Problem		
Sinn, Absicht, Ziel	spani- scher Fluss			ein Stern- bild		Zacke an Gabeln, Kämmen			an- stelle von				
spa- nisch: Gebirgs- kette		italie- nisch: Liebe		Name dt. Kaiser und Könige	gefloch- tene Besatz- schnur		Gebirge in Italien	hasten	vor- nehm, erlaucht	Schopf, Haar- büschel			
Rauch- fang, Schorn- stein	ein Elter- teil (Ko- seform)			Knoten im Texti- lgewebe	einer der Erzengel				heraus- fordern, provo- zieren			zah- lungs- fähig	
europä- ischer Strom			Span- nungs- zustand d. Muskeln			Teil des Skeletts	Stadt am Nieder- rhein, in NRW		männ- liches Borstent- ier	Vorsilbe: über, jenseits (lat.)	Haupt- stadt von Thür- ingen		Platz- mangel, Raumnot
	klang- voll, voll- tönend	wels- artiger Speise- fisch	Boots- tauer- hebel, Heimstock			Bundes- staat der USA	meißel- artiges Werk- zeug		metall- haltiges Mineral		Kultbild der Ost- kirche		
	kleine, scharfe Paprika- schote				Winter- sport- gerät	Backen- streich		musika- lisches Bühnen- werk	Unglück prophe- zeiten (ugs.)		männ- licher Nach- komme	poetisch: Getränk	Wüsten- insel
	Frau Jakobs im A. T.	kleines Klapp- fenster	mit Salbe ein- reiben	irischer Autor (George Bernard)		fest- liches Essen (franz.)	Erfin- dungs- schutz- urkunde		schlank und ge- schmeid- ig	römi- scher Kaiser	Abkür- zung für unter anderem		
	brütende Henne								verschie- dener Ansicht, Meinung	Pökel- flüssig- keit			
	ein Nutztier	biomed. Institut (Abk.)	Meeres- vogel	Stachel- tier									
	dt. Lieder- macher (Wolf)	Obst-, Trauben- presse			wirtschaft- licher Zusam- menbruch								
	exoti- sche Echse												

Schüttelrätsel

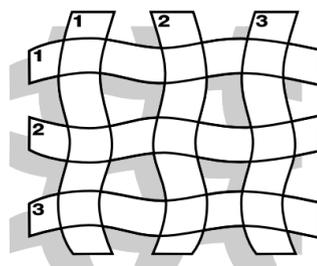
In diesem ungewöhnlichen Kreuzwörterrätsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

BILMO	ADFP	BEENU	AASTT	AIKN	DEEN	DFNO
			EFIT			
EIKPP		ABDN OR				
AABDE EKLN						
DINO			ADNT			

Mittelwörterrätsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein Wort für die Kunst und Kultur der griechisch-römischen Antike.

1	BORD					KISTE
2	WASSER					BOOT
3	FIEBER					ARM
4	FERN					BAU
5	OEL					BAD
6	BRUTTO					KREUZ
7	EIN					LEHNE



Magisch

Schreiben Sie wagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 Schwertliliengewächs
- 2 überdachter Vorbau
- 3 stören, von etwas abhalten



## KAUFHAUS STERNFELD

## Wiederaufbau im Originalstil

Der ehemalige Prachtbau in Cranz wurde versteigert – Der Käufer verpflichtet sich, Denkmalschutz-Auflagen zu erfüllen

VON BODO BOST

Seit vielen Jahren verhandelt das ehemalige Handelshaus „Sternfeld“ in der Königsberger Straße 39 [Kurortnij-Prospekt 18] als Bauruine das Erscheinungsbild der Hauptstraße von Cranz. Jetzt wurde das einst jüdische Handelshaus von einer örtlichen Baufirma erworben, und es soll wiedererstehen.

Das Gebäude des Handelshauses Sternfeld wurde zu Beginn des 20. Jahrhunderts errichtet. Einheimische und Touristen nannten es „das Haus des Sternhimmels“, weil sich im Erdgeschoss in der geräumigen Eingangshalle ein rundes Glasplateau befand, über dem ein Brunnenhof installiert war. Dank ihm konnte man in der Halle das geheimnisvolle Funkeln der Sterne am Himmel bewundern. Der Name des Gebäudes (Sternhimmel) leitet sich auch vom Nachnamen seines Besitzers, des Königsberger Kaufmanns Nathan Sternfeld, ab. Im Erdgeschoss befand sich ein Kaufhaus, im zweiten und dritten Stock ein Hotel. Der wichtigste Werbespruch des Handelshauses lautete: „Du kannst als Lump zu Sternfeld kommen und als Gentleman wieder gehen.“ Im Jahr 1933 musste Sternfeld als Jude alle seine Geschäfte verkaufen. Käufer war das renommierte Warenhausunternehmen Karstadt.

Cranz hatte den Ruf eines „jüdischen Kurortes“: Reiche Königsberger Juden besaßen dort Sommerhäuser, und diejenigen mit bescheidenerem Einkommen mieteten Wohnungen oder Zimmer für den Sommer. In Cranz gab es ein kosches Gasthaus und Restaurants, und 1910 wurde eine Synagoge gebaut, die zwischen den Feiertagen Schawuot und Sukkot immer voll war. Erhebliche Spenden für den Bau des Kurgebethauses kamen aus



Was heute eine Ruine ist, soll zukünftig wieder im alten Glanz erstrahlen: Die Überreste des ehemaligen Kaufhauses Sternfeld im Ostseebad Cranz

Foto: Shutterstock

Russland, da Cranz nicht nur für die Juden aus Königsberg und Ostpreußen, sondern auch für das benachbarte Russische Reich ein beliebtes Urlaubsziel war. Der berühmte sowjetische Karikaturist Boris Jefimow zum Beispiel schrieb in seinen Memoiren darüber, wie er und sein Bruder Michail Kolzow hier ihren Sommer verbrachten.

#### Ostseebad will an die große Vergangenheit anknüpfen

Nach dem Krieg, den Cranz fast unversehrt überstanden hatte, beherbergte das

Sternfeld-Haus zunächst ein Militärsanatorium, dann wurde das Gebäude zu einem des städtischen Sanatoriums. Heute ist das Haus ein lokales Kulturdenkmal, was den Eigentümer verpflichtet, bei der Restaurierung das historische Erscheinungsbild zu erhalten.

In den 1990er Jahren wurde das Gebäude von Mohamad-Hussein El-Badawy, einem Libanesen, sicher sehr günstig erworben. Der Eigentümer begann mit dem Wiederaufbau des Hauses, doch die Arbeiten wurden bald eingestellt, das Gebäude zerfiel bis heute. Aufgrund der Un-

tätigkeit des Eigentümers wurde das baufällige Haus sogar auf die schwarze Liste der gefährdeten Gebäude gesetzt. Vor Kurzem wurde es allerdings für umgerechnet rund 700.000 Euro (versteigert). Zuvor war die Bauruine dem früheren Eigentümer per Gerichtsbeschluss entzogen worden. Als Ergebnis der öffentlichen Versteigerung wurde das Sternfeld-Haus von der Firma „StrojTech“ erworben. Der neue Besitzer ist verpflichtet, innerhalb von drei Jahren ein positives Gutachten einzuholen, Restaurierungs- und Instandsetzungsarbeiten durchzu-

führen und das Gebäude anschließend in Betrieb zu nehmen.

#### Cranz ist wieder ein beliebter Kurort

Obwohl der Kurort Cranz im Krieg kaum zerstört worden war, ist der heutige Zustand mit dem historischen Cranz der Vorkriegszeit nicht mehr vergleichbar. Die sowjetische Lethargie hatte die einst feinen Hotels am Corso unkenntlich gemacht. Die bekannte hölzerne Strandpromenade wurde 1970 abgerissen und durch eine unansehnliche Betonpiste ersetzt. Nur der historische Stadtkern blieb weitestgehend erhalten. Restaurierungsnot nagt auch dort an allen Ecken und Enden. Die Stadt ist eine einzige große Baustelle, überall entstehen neue Häuser, es verschwinden Ruinen und sowjetische Hinterlassenschaften. Mitten durch die Altstadt zieht sich eine frisch gepflasterte Fußgängerzone, und die fast zweieinhalb Kilometer lange Strandpromenade mit der neuen Seebrücke avancierte seit ihrer Sanierung wieder zur Lieblingsflaniermeile – wie einst in Cranz.

Cranz ist mit heute 13.000 Einwohnern gleich nach Rauschen der beliebteste Kurort der Region. An schönen Sommerwochenenden drängt aus Königsberg eine regelrechte Völkerwanderung von bis zu 40.000 Tagesbesuchern an den Strand. Auch aus Moskau und Russland kommen von Jahr zu Jahr mehr Feriengäste, im Sommer ist in den vielen neuen Hotels kein freies Zimmer mehr zu bekommen, die beiden staatlichen Kur-Sanatorien sind sowieso das ganze Jahr über ausgebucht. Das einst so elegante Ostseebad versucht an die große Vergangenheit anzuknüpfen. Das edle Kaufhaus Sternfeld mit seinem Kur-Flair wird, wenn es historisch exakt wieder ersteht, einen großen Beitrag dazu leisten.

## ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

## Ein Leben lang für die eigene Identität marschieren

Beim Autonomiemarsch treffen sich jährlich bekennende Oberschlesier – Erinnerung an die Opfer polnischer Konzentrationslager

Am 28. Januar war es wieder so weit. Mit einem Marsch zum Lagertor Zgoda im oberschlesischen Schwientochlowitz [Świętochłowice] wurde an den Weg der 1945 inhaftierten, meist deutschen Oberschlesier erinnert. Zum polnischen Lager Zgoda wurde das vorher deutsche KZ Eintrachthütte, das ab dem 26. Mai 1943 bis zum 23. Januar 1945 ein Außenlager von Auschwitz war, umfunktioniert.

2009 hatten den Marsch Mitglieder und Sympathisanten der Bewegung für die Autonomie (Ober-)Schlesiens (Ruch Autonomii Śląska) ins Leben gerufen. In diesem Jahr führte der zehn Kilometer lange Marsch vom Kattowitzer Wilhelmsplatz [Plac Wolności] mit einem Zwischenstopp in der Kattowitzer Straße [ul. Katowicka] in Schwientochlowitz zum Lagertor im Stadtteil Eintrachthütte. Dieser Zwischenstopp an der Markthalle erinnerte daran, dass die ersten Zgoda-Inhaftierten mehrere Wochen im Kellergeschoss der Markthalle verbringen mussten.

Seit 13 Jahren laufen sie Jahr für Jahr am letzten Sonntag im Januar, um an die Oberschlesische Tragödie zu erinnern, weil „diese Wahrheit immer noch in Geschichtsbüchern verschwiegen wird“, beklagt Peter Langer vom (Ober-)Schlesischen Verein (Śląskó Ferajna). Die Oberschlesische Tragödie ist ein Sammelbegriff für die Inhaftierungen, Verschlep-

pungen, Vertreibungen und Deportationen in die Sowjetunion und Repressalien, die nach dem Einmarsch der Roten Armee 1945 an der oberschlesischen Zivilbevölkerung verübt wurden. Es gab Zeiten, da sei man bei der Aufklärungskampagne viel weiter gewesen, sagte dieses Jahr der Initiator und Chef der Autonomiebewegung Jerzy Gorzelik. „Damals hat das Institut für Nationales Gedenken (Instytut Pamięci Narodowej) bei der Aufklärungsarbeit mitgewirkt und es wurden Lehrmaterialien für die Regionalkunde erarbeitet“, so Gorzelik. Doch diese wurden nicht ins Lehrprogramm integriert. Dabei sollen allein in Zgoda von Februar bis November 1945 etwa 6000 Menschen inhaftiert worden sein. Mindestens 1700, manche Quellen sprechen gar von 3000 Menschen, haben in Zgoda ihr Leben verloren. 2015 schrieb Andrzej Sznajder vom Institut für Nationales Gedenken, dass Zgoda nur die Spitze des Eisbergs bilde, da in den Jahren 1945 bis 1956 mehr als 200 Arbeitslager für die deutsche Bevölkerung errichtet worden seien.

Sebastian Reinhold Handy-Fischer geht noch weiter. Er möchte, dass man mit dem „Herumgeeiere“ um das Lager Zgoda aufhöre: „Es ist ein polnisches Konzentrationslager und kein Arbeitslager, denn diese gab es an den Gruben“, sagt der Aktivist des Schlesischen Vereins, dessen Mitglie-



Der Funke, der auf Mitstreiter übersprang: Marek Plura (l.) neben dem Kattowitzer Professor Ryszard Kaczmarek

Foto: Wagner

der meist gleichzeitig auch Mitglieder der Autonomiebewegung sind.

Der diesjährige Marsch bleibt den Mitgliedern des Vereins wohl besonders in Erinnerung, da im Januar gleich zwei Mitstreiter in Sachen (ober-)schlesischer „Nationalität“ verstorben sind. Joachim Glensk aus dem nach dem Ersten Welt-

krieg noch bei Deutschland verbliebenen Teil Oberschlesiens, verstarb mit 88 Jahren. Der in Tarnau bei Oppeln aufgewachsene Professor der polnischen Philologie und Kenner der deutschen Presse-landschaft im Oberschlesien der Vorkriegszeit, war, wie er in seiner Biographie „Autochton“ schrieb: „... der erste

Professor schlesischer Nationalität“. Der zweite Kämpfer für die Anerkennung einer (ober-)schlesischen Nationalität, Sprache und der kulturellen Autonomie Oberschlesiens war der am 21. Januar verstorbene Senator der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska) im polnischen Parlament, Marek Plura. Der seit seiner Geburt an Muskeldystrophie leidende 53-Jährige saß im Rollstuhl. Unermüdlich setzte sich der gebürtige Ratiborer [Racibórz] für die Anerkennung einer oberschlesischen Nationalität ein und prangerte die allgemeingültige polnische Einstellung an, dass ein guter (Ober-)Schlesier nur der sein könne, der seine Identität verleugnet. „Sollte man trotzdem als guter (Ober-)Schlesier gelten, bleibt man jedoch immer ein verdächtigtes, zweifelhaftes Element.“

An der Richtigkeit ihres Engagements zweifeln die Aktivisten der Autonomiebewegung und des Schlesischen Vereins kaum. „Ein zehnjähriger Junge fragte während des Marsches: ‚Papa wie oft müssen wir den noch mitmarschieren?‘ Die Antwort des Vaters: ‚Auch wenn Du jedes Jahr neue Schuhe bekommst, werden die Dir nicht reichen‘. Wir sind der nie verglimmende Funke, aus dem irgendwann ein Feuer wird, an dem sich viele wärmen werden“, ist Peter Langer überzeugt.

Chris W. Wagner

ZUM 75. TODESTAG

# Zwischen Genie und Wahnsinn

Der aus Greifswald stammende Schriftsteller Hans Fallada – Ein Bestsellerautor mit Schattenseiten

VON MARTIN STOLZENAU

Der Schriftsteller Hans Fallada hieß eigentlich Rudolf Ditzten und stammte aus Greifswald in Vorpommern. Er lebte ein Leben voller Entgleisungen, Depressionen und Selbstkel, verfasste Romane, die viel Autobiographisches enthalten und erlangte als Bestsellerautor Weltruhm.

Der eigentlich unpolitische Autor, der mit seismographischem Gespür den gesellschaftlichen Alltag erfasste und mit hohem Kunstverstand verarbeitete, schuf damit laut Kurt Tucholsky „politische Lehrbücher der Fauna Germanica“. Das rückte ihn ins Visier der Nationalsozialisten. Aus dem braunen Zugriff, der ihn ins Gefängnis von Fürstenwalde brachte, retteten ihn einflussreiche Gönner.

Dazu umsorgte ihn seine Ehefrau „Suse“, die ihn trotz seiner Entgleisungen bis zuletzt immer wieder vergab, in seinem Refugium Carwitz bei Feldberg. Die Trennung von ihr am Ende des Krieges und der Wechsel mit neuer Gefährtin nach Berlin waren folgenschwere Fehler, die nach neuerlichem Drogenrausch und damit verbundener Herzlähmung vor 75 Jahren zum frühen Tode führten.

Der Schriftsteller wurde am 21. Juli 1893 in Greifswald als Rudolf Ditzten geboren. Er hatte noch drei Geschwister und war der Sohn des Landrichters Wilhelm Ditzten. Als frühe Höhepunkte seiner Greifswalder Kindheit bezeichnete der Juristensohn später die Erzählungen des Vaters über seine Fälle. Die Menschenschicksale beflügelten den Jungen in seiner Fantasie. Dazu las er auch in späteren Jahren im Arbeitszimmer seines Vaters heimlich dessen Gerichtsprotokolle.

Eher zur Qual geriet für ihn nach der Versetzung des Vaters als Kammergerichtsrat nach Berlin der Schulbesuch im Schöneberger Prinz-Heinrich-Gymnasium, wo er von den Söhnen des Offiziers- sowie Beamtenadels wegen seiner Kleidung und Haarfrisur als Außenseiter schonungslos gehänselt wurde. Dazu kamen die Launen der Lehrer, die ihm den Schulbesuch zusätzlich vergällten. Sohn Rudolf meldete sich deshalb oft krank, wurde ins Bett gesteckt und las nun heimlich alles, was ihm aus der Privatbibliothek des Vaters als interessant erschien.



Wurde am 20. August 2017 am Hochuferweg bei Putgarten auf Rügens Halbinsel Wittow eingeweiht: Die „Fallada-Sicht“. Die Aufenthalte des Schriftstellers auf Wittow in den Jahren 1921 bis 1925 hatten ihn zu seinem Roman „Wir hatten mal ein Kind“, dessen Handlung hier angesiedelt ist, inspiriert. Er hielt dieses Buch für sein „schönstes, reifstes und reichstes Buch“

Als er dann einen Freund fand, streifte er mit ihm über den Potsdamer Platz und durch das verrufene Scheunenviertel. Beide erschlossen sich mit prickelnder Neugier die für sie noch fremde Welt der Marktschreier, Bettler, Dirnen und Droschkenkutscher. Das war für Ditzten wie in den Büchern von Charles Dickens.

## Einen Mitschüler getötet

Nach der Ernennung des Vaters zum Reichsgerichtsrat übersiedelte die Familie nach Leipzig. In der Messestadt suchte der körperlich schwächliche, geistig fröhliche und von seinen Mitschülern weiter gehänselte Junge Zuflucht in Romanfiguren der elterlichen Bibliothek. Er empfand unendliches Fernweh und fühlte sich wie Robinson Crusoe als Inselbewohner.

Nach einem von Rudolf verursachten gesellschaftlichen Skandal schickte Vater Ditzten den „missratenen Sohn“ nach ärztlicher Konsultation zunächst in ein Sanatorium nach Bad Berka bei Weimar und dann zum Landurlaub nach Schnepfenthal bei Gotha, ehe er ihn 1911 als Pensionsgast beim Rudolstädter Superinten-

den unterbrachte. Rudolf Ditzten besuchte jetzt das örtliche Gymnasium und sorgte bereits im Oktober 1911 für den Aufmacher vieler deutscher Zeitungen. Er hatte in einem vorgetäuschten Duell, das in einem Doppelsuizid enden sollte, einen Mitschüler getötet und sich selbst verletzt. Dem Vater gelang es per Gutachten, die Unzurechnungsfähigkeit seines Jungen glaubhaft zu machen, der dann unter Zubilligung des § 51 des StGB in die geschlossene Heilanstalt Tannenfeld bei Gera eingewiesen wurde.

Zu Rudolf gesellte sich als Gast seine Tante Ada, die sich als Therapeutin etablierte, „den Kranken zu geordneter Arbeit und Erwerb von realen Lebenswerten erzog“, ihn unterrichtete und zu eigenen literarischen Arbeiten anhielt. Das führte September 1913 zur Entlassung.

Von Tannenfeld wechselte der Skandalsohn ins nahe Posterstein als Landwirtschaftslehre. Danach arbeitete Ditzten auf verschiedenen Gütern unter anderem in Pommern und Westpreußen sowie in Gudderitz bei Altenkirchen auf Rügen. Hier allerdings gab er sich dem Alkohol-

sowie Morphinrausch hin. Er geriet in Geldnöte, machte Unterschlagungen und wurde deshalb zweimal zu Haftstrafen verurteilt. Der erste Gefängnisaufenthalt war 1923 in seiner Vaterstadt Greifswald, der zweite 1926 in Neumünster. Hier gelang ihm anschließend als Anzeigenwerber beim „Generalanzeiger“ der Aufbruch zu neuen Ufern.

Ditzten übernahm journalistische Aufgaben, heiratete Anna Issel aus Hamburg, seine „Suse“, schriftstellerte und bekam vom Verleger Ernst Rowohlt in Berlin eine Verlagsanstellung, die ihm genug Schreibzeit beließ. Sein Roman „Bauern, Bonzen und Bomben“, der Erlebtes aus der Zeit in Neumünster durchspielt, bedeutete im Jahr 1931 den Durchbruch.

## Ein Leben im Dauerrausch

Inzwischen legte sich der Erfolgsautor den Namen Fallada aus dem Märchen „Die Gänsemagd“ der Brüder Grimm zu. Er konnte sich ein Siedlungshaus in Neuenhagen bei Berlin leisten und schrieb wie im Rausch in 16 Wochen den Bestseller „Kleiner Mann – was nun?“. Damit war er

mit einem Schlag in aller Munde. Der „kleine Mann“ Ditzten entzog sich dem Prominenten-Trubel und auch den Nationalsozialisten. Er kaufte ein Sechs-Morgen-Anwesen in Carwitz bei Feldberg in Mecklenburg, wo er weitere Bestseller fabrizierte und ein zurückgezogenes Leben führte.

Zu den Romanen „Wer einmal aus dem Blechnapf frisst“, „Jeder stirbt für sich allein“ sowie „Der eiserne Gustav“ gesellten sich auch Kinderbücher wie „Hoppelpoppel“ sowie „Geschichten aus der Murkelei“. Sie dokumentieren, dass er sich als Vater auch in Kinderseelen einfühlte. Wundervoll sind auch seine Weihnachtsgeschichten. Viele seiner Werke wurden verfilmt.

Nach seiner Scheidung im Jahr 1944 und einem Zwangsaufenthalt in der gefängnisähnlichen Strelitzer Trinkerentziehungsanstalt entstand sein authentischer Roman „Der Trinker“, den er aus der Erfahrung der eigenen Abhängigkeit schrieb. Er erschien erst postum 1950.

Nach Kriegsende und einer viermonatigen Tätigkeit als Bürgermeister von Feldberg wechselte Fallada mit der ebenfalls drogenabhängigen Witwe Ursula Losch nach Berlin, wo ihm Johannes R. Becher eine Villa und eine Anstellung bei der „Täglichen Rundschau“ vermittelte. Der nunmehrige Kulturpolitiker wollte den berühmten Autor für die Sowjetische Besatzungszone erhalten. Doch der süchtige Fallada war nun ohne seine wachsame „Suse“. Er und seine süchtige Gefährtin berauschten sich bis in den Tod.

Fallada kam nach einem Zusammenbruch zunächst in die Nervenklinik der Berliner Charité und dann ins Pankower Krankenhaus, wo er an Herzlähmung am 5. Februar 1947 im 54. Lebensjahr verstarb. Seine Urne wurde 1982 von Berlin nach Carwitz überführt, wo ein Gedenkstein und das als Museum eingerichtete Wohnhaus an ihn erinnern. Dazu gesellen sich das 1981 in Feldberg von der „Hans-Fallada-Gesellschaft“ geschaffene Hans-Fallada-Archiv mit umfangreichen Sammlungen und zahlreichen Schriften, die sich mit dem Leben und Wirken des bedeutenden deutschen Erzählers beschäftigen.

● Hans-Fallada-Gesellschaft im Internet: [www.fallada.de](http://www.fallada.de)

## HINTERPOMMERN

# Seebad Sorenbohm – „Freibad vom Zimmer aus“

Das Seebad an der traumhaften Ostseeküste Pommerns lädt zum Besuch ein

An der endlosen Ostseeküste Hinterpommerns lagen die Seebäder wie an einer Perlschnur aufgereiht. Sorenbohm [Sarbinowo] gehörte zum Kreis Köslin und liegt zwischen Kolberg und Groß Möllen. Urkundlich erwähnt wurde der Ort erstmalig im Jahr 1309: Das Kloster Dargun hatte Ritter Lubert Glasenapp zwei Hägerhufen auf Lebenszeit verliehen.

Zu der Zeit lag das Fischer- und Bauerndorf etwa 1,5 Kilometer von der Küste entfernt. Im Jahr 1784 gab es in Sorenbohm 13 Vollbauern einschließlich des Schulzen, einen Halbbauern, einen Kossäten, 13 Büdner, zwei Wirtshäuser und insgesamt 32 Haushalte. Es gab eine Dorfkirche, die Gemeinde war seit der Reformation evangelisch. 1856 ersetzte ein Neubau die baufällig gewordene Kirche, für die aus dem alten Gebäude die Glocken und ein farbiges Glasfenster übernommen wurden. Ein Wappen und eine Un-

terschrift beziehen sich auf Bischof Martin Carith von Cammin und bezeugen dadurch, dass die Verglasung aus dem Anfang des 16. Jahrhunderts stammt.

Das kleine Bauern- und Fischerdorf hatte besonders im Herbst und Winter mit den Urganen des Meeres zu kämpfen. Die Ostsee nagte immer wieder an der Küste. Daher entschloss man sich im Jahr 1910 den betroffenen Westteil des Dorfes mit einer Stein- und Betonufermauer zu schützen, die gleichzeitig Promenade ist. Richtung Osten ist der natürliche Schutz durch bewaldete hohe Dünen gegeben.

Anfang des 20. Jahrhunderts kamen die ersten Badegäste nach Sorenbohm. Großstadtmüde Menschen entdeckten diesen ruhigen Ort für sich. Der berühmte Schauspieler Heinrich George, aus Stettin stammend, besaß dort ein Sommerhaus, in dem sich vorwiegend seine Frau Berta



Dient gleichzeitig als Uferbefestigung: Die Promenade von Sorenbohm

und die Söhne Jan und Götz aufhielten, auch als Zufluchtsstätte vor den Bombenangriffen der Alliierten auf Berlin. George selbst war selten in Sorenbohm.

Heute finden die Urlauber, die vorwiegend im Sommer das jetzt zirka 500 Einwohner zählende Ostseebad besuchen, in dem fast ursprünglich gebliebenen Ort mit der Kirche als Mittelpunkt einige Ferienheime und Appartementanlagen und seit Kurzem auch attraktive Hotels und Restaurants.

Baumbestandene Feldwege und ein Rundweg laden zu Radtouren durch die reizvolle Landschaft Hinterpommerns mit interessanten Zielen ein.

Der Ausspruch „Freibad vom Zimmer aus“ stammt im Übrigen aus dem alten Pommern-Reiseführer von Martin Reepel, herausgegeben 1932, als Reprint im modernen Antiquariat zu erwerben.

Brigitte Stramm

# „Herr, lass’ es Verstand regnen!“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Danke für die Information. Ein ganz toller Bericht“

**Bernd Wegter, Nordhorn**  
zum Stalingrad-Thema: „Zweierlei Untergang, eine Erkenntnis“ (Nr. 4)



Ausgabe Nr. 4

**Leserbriefe an:** PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

## MEHR WEITSICHT IST GEFRAGT ZU: DEUTSCHLAND HAT DAS RECHT ZU ZWEIFELN (NR. 4)

Mich wundert immer wieder, mit welcher Leichtfertigkeit in Deutschland selbst ernannte Militärstrategen einer weiteren Ausdehnung der Rüstungsspirale das Wort reden. Fast könnte man meinen, dass sie eine weitere Ausdehnung dieses unseligen Krieges kaum abwarten können und dafür noch Argumente wie „man erspare Menschenleben“ ins Feld führen.

Geschichte wiederholt sich. Hat man aus Erfahrungen der Kriege in der Vergangenheit nichts gelernt? Es war 1944, als Deutschland – wie alle Kriegsbeteiligten – Spitzenwerte bei der Produktion von Waffen erreichte. Schon vergessen? Ab 1944 erreichte die Zahl der Kriegstoten auch Zahlen, wie sie in den Vorjahren ab 1939 nicht zu verzeichnen waren. Soweit zu „Rüstungsspiralen“.

Deutschland beging ferner den Trugschluss zu glauben, dass man mit technischer Überlegenheit gegen weit überlegenes Rüstungspotential der Gegner den Krieg für sich entscheiden könnte, fast hätte uns dieser Glaube die erste Atombombe „beschert“, die ja bekanntlich für Deutschland vorgesehen war. Erst das Kriegsende im Mai 1945 hat uns davor bewahrt. Die Bombe hat dann Japan getroffen, das diesen unglückseligen Krieg noch bis zum August fortgesetzt hat.

Nun, Ergebnisse und Folgen sind bekannt. Russland hat – wie kaum eine andere Nation – mit fürchterlichen Opfern gelitten. Nur mühsam wurde spät in den Nachkriegsjahren wieder trotz aller Schuldverhältnisse – insbesondere auch auf deutscher Seite – wieder ein weitgehend normales Verhältnis aufgebaut. Immerhin, man stand im engen Erfahrungsaustausch, und es ist auch wieder so etwas wie Vertrauen eingekehrt. Es dürfte auch kein Geheimnis sein, dass dieses Verhältnis immer wieder von den USA mit Argwohn beobachtet worden ist, man sah dort eine Störung der eigenen Interessen.

„Vergessen“ ist dabei ein anderes Thema: Haben die Befürworter schwerer Waf-

fen einmal bedacht, welche Reaktion in der Bevölkerung Russlands auch damit ausgelöst werden, dass jetzt wieder einmal deutsche Panzer, das Balkenkreuz zwar übertüncht, im Kriegsgebiet auftauchen? Mit Sicherheit dürfte das dazu führen, dass sich die russische Bevölkerung in dieser Situation nicht gerade gegen ihren Präsidenten stellt.

Ich lehne es auch aus ethischen Gründen ab, die Welt in Gut- und Schlechtmenschen einzuteilen, im Kriegsfall gibt es Verbrechen auf allen Seiten, auch vonseiten der Ukraine, wie bereits von der UNO festgestellt, hier aber weitgehend verschwiegen wird.

Russland ist unser Nachbar und zudem noch Atommacht. Daran wird sich auch künftig nichts ändern, und dies erfordert eine sehr umsichtige und sorgfältige Vorgehensweise. Auch der Westen hat Fehler gemacht, Lösungen kann es nur auf einem Verhandlungsweg geben, der den Belangen aller Beteiligten Rechnung trägt. Herr, lass’ es Verstand regnen und schenke all diesen selbst ernannten Strategen mehr Weitsicht! *Gerhard Franke, Mainz*

## „GEWONNENE“ GEBIETE ZU: VERTRIEBENEN AUF DER SPUR (NR.3)

Der positiven Buchrezension von Dirk Klose schließe ich mich voll an. Das Buch „In den Häusern der anderen“ der polnischen Autorin Karolina Kuszyk liest sich gut, und sie lässt Empathie erkennen.

Mich ärgert nur der oft zitierte polnische ministerielle Terminus „wiedergewonnene Gebiete“ beziehungsweise „Repatrianten“, wenn auch in Anführungsstrichen gesetzt. Für nachwachsende Generationen kann ein verfälschtes Geschichtsbild entstehen. Wiedergewinnen kann man etwas, was man besessen und verloren hat. Für Hinterpommern sprechen folgende Belege: Zugehörigkeit zum Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation (906 bis 1806), Bestandteil des Kurfürstentums Brandenburg und des Königreichs Preußen seit dem Westfälischen

Frieden 1648. Hinterpommern verblieb nach der Neuordnung im Wiener Kongress 1815 bei Preußen sowie nach dem Ersten Weltkrieg bei Deutschland.

Also: Hinterpommern war vor 1945 nicht polnisch! Die Gründungsdaten lübischen Rechts für Stettin 1243 und Köslin 1266 stehen auch nicht für urpolnisch.

*Peter Martenka, Dortmund*

## VERHARMLOSUNGSNARRATIVE ZU: EIN SCHALLENDES NICHTS (NR. 3)

Hier muss doch etwas Wasser in den lieblichen Wein der französisch-deutschen Gemeinsamkeits-Halluzinationen gegossen werden. Die dekretierte deutsch-französische Freundschaft gründet auf vom Westen skrupellos und kontrafaktisch etablierten sowie seitdem sorgfältig und liebevoll gepflegten Illusionen auf deutscher Seite über die wahre Haltung Frankreichs zu Deutschlands.

Denn nicht, wie vom Autor dargestellt, wollten die Franzosen nicht immer nur ein unabhängiges Europa (das widerlegten sie schon mit der gemeinsam mit England seit 1914 betriebenen Politik, die USA nach Europa zu holen), sie wollten französische Macht-Ambitionen auf Kosten Deutschlands unter dem hehren Banner des oben genannten unabhängigen Europa durchsetzen.

Dass die Deutschen da lieber mit den transatlantischen USA verbunden bleiben wollten, ist in Erinnerung an mehr als ein halbes Jahrtausend französischer Heimsuchungen unter Vorspiegelungen edelster, ja, humanistischer Ziele, mit denen sie uns Elsass und Lothringen abschwindelten, uns Pommern und Schlesien raubten sowie das Memelland, welches sie Polen beziehungsweise Litauen übergaben.

Und die heutige Konstruktion der EU, die auf Betreiben Frankreichs in der wirtschaftlichen Ausplünderung Deutschlands zugunsten Frankreichs und der französischen Einflussphäre – der Südländer – besteht, spricht eine unmissverständliche Sprache.

Eine „Beide haben Schuld“-Erzählung wird auch etabliert mit dem Stricken zahlloser Legenden und Verharmlosungsnarrative, welche den wahren Charakter deutsch-französischer Beziehungen und Geschichte verharmlosen sollen wie die Provokationslüge 1870/71, die Erbfeindschaftslüge, welche impliziert, dass sowohl Deutschland als auch Frankreich gleichermaßen einander bedroht, überfallen, bekriegt und ausgebeutet hätten, wie dies ausschließlich Frankreich mit Deutschland jahrhundertlang tat.

*Karl-Heinz Terpelle, Berlin*

## LOB VOM MOSSAD-CHEF ZU: DIE ZWEI LEBEN DES MARKUS WOLF (NR. 2)

Der von seinen Mitarbeitern, Verehrern und Ewiggestrigen noch heute liebevoll „Mische“ genannte ehemalige Chef der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS suchte 1996 für eine Woche Israel und traf dort auch mit Generälen und leitenden Mitarbeitern des legendären israelischen Geheimdienstes Mossad zusammen. Zuvor hatten die USA Wolf die Einreise in die Staaten verboten. Er wollte dort seine Memoiren vorstellen. Israel gewährte ihm jedoch ein Dauervisum bis 2005, da Wolf, nach seinen eigenen Angaben, „nie direkt gegen Israel agiert“ habe.

Über Wolfs Reise nach Israel berichtete damals der „Spiegel“. In einer Fernsehdokumentation über den Mossad erzählte ein ehemaliger hochrangiger Mitarbeiter dieses Dienstes über Wolfs Aufenthalt im Land. Der damalige Chef des Mossad soll zu Wolf, der von den Medien auch gerne der „Mann ohne Gesicht“ genannt wurde, gesagt haben: „Wenn ihr Vater 1934 nicht zu dem Idioten Stalin gegangen wäre, dann wären sie heute der Chef des Mossad.“ Diese Aussage soll Wolf, der aus einer jüdischen Familie stammte, angenehm berührt haben. Es war eine Wertschätzung seiner Person sowie des von ihm geleiteten Dienstes, wie es unter guten „Kollegen“ üblich ist.

*Manfred Prediger, Turawa/Oberschlesien*

ANZEIGE

## Was 2022 nicht in der Zeitung stand

■ Das Jahr 2022 ist also vorbei: Kaum zu glauben, dass wir da noch mit einem blauen Auge davongekommen sind. Wir hätten hierzu aber noch ein paar Fragen:

- Wem nützt eigentlich der Ukraine-Krieg, und wer hat ihn wirklich angefangen?
- Warum werden uns überhaupt immer neue Schocks verabreicht: Corona, Krieg, Atomkrieg, Inflation, Energiepreisexplosion, Blackout, Nahrungsmittelknappheit, Grundsteuererhöhung, Lastenausgleich?
- Außerdem: Was hat das Wetter mit Krieg und Politik zu tun?
- Können Tote telefonieren?
- Wer bezahlt den Klebstoff für die »Klimakleber«?
- Wer ist Annalena Baerbock?
- Was steckt wirklich hinter den grassierenden Geschlechtsumwandlungen?
- Warum gehen die Bauern auf die Barrikaden?
- Warum wollte der Münchner Oberbürgermeister das Oktoberfest behindern?
- Wie starb eigentlich die US-Schauspielerin Anne Heche?

Diesen und vielen weiteren Fragen geht Gerhard Wisnewski neues Jahrbuch *verheimlicht – vertuscht – vergessen 2023* nach.

Immer wenn wieder einmal 365 Tage vorüber sind, nimmt sich der Enthüllungsjournalist das vom Mainstream schön zurechtgeschminkte Vorjahr zur Brust und zerlegt es nach allen Regeln der Kunst. Mit *verheimlicht – vertuscht – vergessen 2023* stellt er die nunmehr 16. Ausgabe der inzwischen legendären Jahrbuchreihe vor – mit vielen Antworten auf immer atemloser werdende Fragen: Wo wurde gelogen, verdreht, aufgehübscht, parfümiert und verschwiegen? Und natürlich: Hat Deutschland noch eine Zukunft?

Begleiten Sie den Autor bei seiner kritischen Zeitreise durch das Jahr 2022.

*Dieses Buch beginnt dort, wo herkömmliche Jahresrückblicke enden.*

Gerhard Wisnewski: *verheimlicht – vertuscht – vergessen 2023* • gebunden 278 Seiten • zahlreiche Abbildungen • Best.-Nr. 987 300 • 16,99 €

**KOPP VERLAG**

Telefon (0 74 72) 98 06 10  
Telefax (0 74 72) 98 06 11  
info@kopp-verlag.de  
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!  
Versandkostenfreie Lieferung  
innerhalb Europas



## ARCHÄOLOGIE

# Im Schatten von Pompeji

Die Ruinenstätte Paestum in der italienischen Region Kampanien – Selbst Goethe war von deren morbiden Charme fasziniert

VON WOLFGANG KAUFMANN

Inzwischen pilgern um die 3,5 Millionen Besucher pro Jahr durch die Ruinenstadt Pompeji, welche im Jahr 79 n. Chr. bei einem Ausbruch des Vulkans Vesuv zerstört wurde. Dahingegen kommen in die knapp einhundert Autobahn-Kilometer südöstlich davon gelegene UNESCO-Weltkulturerbestätte Paestum nur reichlich 440.000 Interessenten im Jahr. Dabei gibt es hier gleichfalls eindrucksvolle Zeugnisse der Antike zu sehen.

Um das Jahr 600 v. Chr. herum gründeten vermutlich Auswanderer aus der griechischen Kolonie Sybaris am Golf von Tarent mehrere Tochterkolonien. Dazu gehörte auch Poseidonia – benannt nach dem Meeresherrn, der den Schiffen eine günstige Überfahrt gewährt hatte. Der Ort lag in einer fruchtbaren Ebene 35 Kilometer vom heutigen Salerno und zwei Kilometer von der Küste des Mittelmeeres entfernt im Mündungsgebiet der Flüsse Sele und Salso, wo sich auch wichtige Handelsrouten kreuzten. Hieraus resultierte ein schnelles Anwachsen des Wohlstands in Poseidonia, das zum Ende des 6. Jahrhunderts v. Chr. zusätzlich davon profitierte, dass Sybaris von konkurrierenden Nachbarn zerstört wurde.

In dieser Zeit entstanden nacheinander drei eindrucksvolle große Tempelbauten aus Muschelkalk und Marmor, die jeweils exemplarisch eine Epoche des dorischen Stils verkörpern: Der um 540 v. Chr. gebaute Hera-Tempel mit seinen 54 Säulen, einer der größten bis dahin errichteten griechischen Steintempel überhaupt, der Tempel der Athena aus der Zeit um 510 v. Chr. am höchsten Punkt der Siedlung und dann um 450 v. Chr. noch der monumentale Poseidon-Tempel, welcher sich mit jedem anderen noch erhaltenen Bauwerk der griechisch-römischen Antike messen kann.

Im 4. Jahrhundert v. Chr. gelang es dem in der Umgebung von Paestum lebenden italischen Volk der Lukaner, die Stadt unter seine Kontrolle zu bringen.



Wie eine Akropolis im Kleinen: Der Tempel der Athena in Paestum

Foto: Kaufmann

Daraus resultierte die Umbenennung in Paistos. Die lukanische Herrschaft endete jedoch schon 273 v. Chr., als Rom begann, nach Süden zu expandieren. Nun wurde das einstige Poseidonia zur römischen Kolonie Paestum. Deren Bürger genossen den Status von Marineverbündeten, den „socii navales“, die Rom im Kriegsfall mit Schiffen und Matrosen beizustehen hatten. Dafür besaßen sie das Münzrecht und konnten sich eines erneuten wirtschaftlichen Aufschwungs erfreuen.

## Von Piraten heimgesucht

Gleichzeitig verlor Paestum mit der Niederlassung von Veteranen der römischen Legionen sukzessive seinen griechischen Charakter. So wurde eine gewaltige, fast fünf Kilometer lange und 15 Meter hohe Stadtmauer errichtet, welche 120 Hektar

Fläche umschloss, auf der zahlreiche neue Bauten in die Höhe wuchsen.

Im weiteren Verlauf der römischen Kaiserzeit stagnierte die Entwicklung von Paestum jedoch. Während der christlichen Spätantike war der Ort Bischofssitz, und der Tempel der Athena beherbergte nun eine Kirche.

Schließlich führten vier Faktoren zum Niedergang der einstmals prosperierenden Siedlung: Das Umland versumpfte infolge der Abholzung der Baumbestände, weshalb die Malaria zu grassieren begann, und am Ende verlagerten sich auch noch die Handelswege zwischen Rom und dem Orient in die Adria, während immer öfter Piraten und dann später auch Sarazenen Paestum heimsuchten und plünderten. Daher flüchteten die letzten Bewohner des Ortes im 9. Jahrhundert in die höher

gelegenen Dörfer Capaccio, Giungano und Trentinara.

200 Jahre später ließ der normannische Herzog von Apulien und Kalabrien, Robert Guiscard, die Ruinen plündern, um Baumaterial für die Errichtung der Kathedrale San Matteo in Salerno zu gewinnen, wobei aber die drei großen griechischen Tempel weitgehend verschont blieben. Ein weiterer glücklicher Umstand war, dass der 1740 geäußerte Vorschlag von Ferdinando Sanfelice, seines Zeichens Hofarchitekt des Königs Carlo VII. von Neapel und Sizilien, die verbliebenen Steine der antiken Stadt zu nutzen, um den Bau des Schlosses von Capodimonte in Neapel voranzutreiben, niemals zur Ausführung kam.

Bis 1752 lag Paestum in tiefem Dornröschenschlaf, dann wurde es beim Bau

der Straße von Neapel nach Reggio di Calabria wiederentdeckt und erlangte sofort große Popularität bei den kunstbesseren Bildungsreisenden der damaligen Zeit, welche ihre Grand Tour durch Italien absolvierten.

## Ein deutscher Museumsdirektor

Verantwortlich hierfür waren nicht zuletzt die phantasievollen Kupferstiche von Giovanni Battista Piranesi. So weilte 1787 auch Johann Wolfgang von Goethe in der malerischen Ruinenstadt. Hier konnte man die antike griechische Baukunst relativ unkompliziert erleben – denn andere bedeutende Hinterlassenschaften der alten Griechen wie beispielsweise die Akropolis in Athen waren ja kaum zugänglich, da sie sich im Machtbereich der Osmanen befanden. Gleichzeitig fesselte der morbide Charme von Paestum, das im 18. Jahrhundert immer noch inmitten ausgedehnter Sümpfe lag.

Deren Trockenlegung erfolgte erst in den 1920/30er Jahren. Zeitgleich entstand ein Museum, das heute zahlreiche Fundstücke aus Paestum und der Umgebung beherbergt, darunter auch künstlerisch höchst wertvolle, bemalte Steinplatten, die einstmals als Sargdeckel oder -seitenwände gedient hatten. Direktor des Museums war von 2015 bis 2021 der deutsche Altertumswissenschaftler Gabriel Zuchtriegel, dessen Berufung im Zusammenhang mit den Bemühungen der seinerzeitigen Regierung in Rom erfolgte, das italienische Museumswesen durch ausländische Experten zu beleben (PAZ 39/19).

Unter Zuchtriegels Leitung wurde viel getan, um Paestum auf der einen Seite weiter archäologisch zu erforschen und auf der anderen Seite auch für interessierte Laien attraktiver zu machen, woraus eine Verdopplung der Besucherzahlen seit 2005 resultierte. An Pompeji reichte Paestum trotzdem bei Weitem nicht heran, weshalb auch Zuchtriegel der Verlockung nicht widerstehen konnte: Seit 2021 ist er Direktor des Archäologischen Parks von Pompeji. Paestum bleibt dafür ein Ruhepol für Freunde der Archäologie.

## PALÄONTOLOGIE

# Eine Blüte, die Millionen Jahre alt ist

Einzigartige Entdeckung in ostpreußischem Bernstein – Zwei Forscherinnen identifizierten in Inkluden eine bestimmte Blütenart

„Eine so große Blüte im Bernstein zu finden, die darüber hinaus genau zum Zeitpunkt der Einbettung ins Harz ihren Pollen entlässt, ist sehr außergewöhnlich“, so Eva-Maria Sadowski vom Museum für Naturkunde Berlin. Die Wissenschaftlerin ist begeistert, da Pflanzenteile im Bernstein oft nicht größer als zehn Millimeter sind. Größere Teile waren oft zu schwer, um haften zu bleiben.

Zusammen mit ihrer Kollegin Christa-Charlotte Hofmann von der Universität Wien untersuchte die Berliner Forscherin dieses Fossil, eine fast drei Zentimeter große Blüte, die vor 34 bis 38 Millionen Jahren eingeschlossen wurde. Das Fundstück wurde vor 150 Jahren in einer der größten Lagerstätten der Welt in Königsberg entdeckt. Zunächst als Scheinkamelie (Stewartia, Teestrauchgewächse) bezeichnet, lagerte es lange in der Sammlung der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR, Berlin).

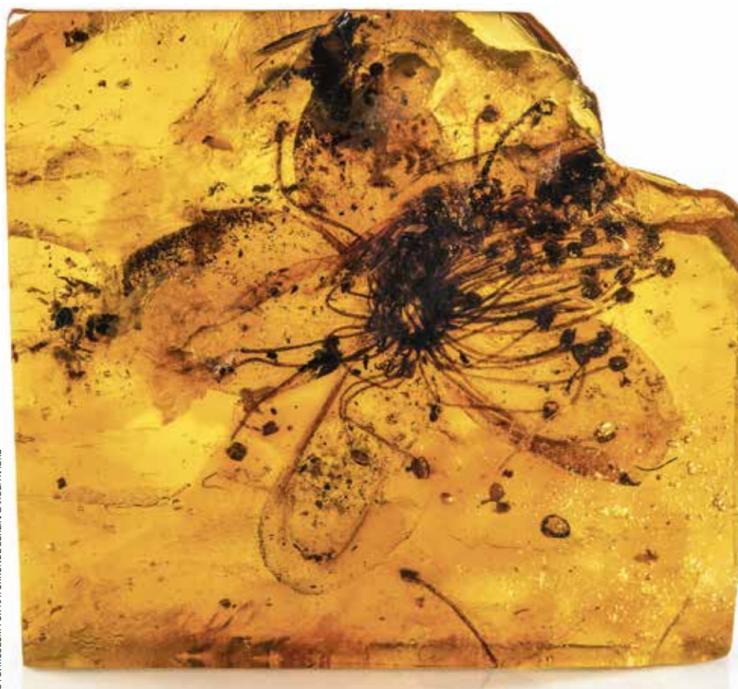
Die beiden Wissenschaftlerinnen nahmen sich des Fundstücks erneut an, da ihnen Zweifel an der Bezeichnung kamen. Sie isolierten per Skalpell einige Pollen

und unterzogen diese einer Untersuchung am Rasterelektronenmikroskop. „Nur unter extrem hoher Vergrößerung lassen sich morphologische Details auf den nur Mikrometergroßen Pollenkörnern erkennen“, erklärt Hofmann.

Mittels der Pollenuntersuchung und unter Beachtung besonderer Blütenmerkmale ergab sich nun eindeutig eine Zuordnung des Fossils zur Gattung *Symplocos* (Familie *Symplocaceae*), also Heidekrautartige, die man bis jetzt noch nie im baltischen Bernstein gefunden hat.

Bernsteinstücke mit Einschlüssen, sogenannten Inkluden, sind Zeitkapseln, die einen unschätzbaren Einblick in unsere Welt, insbesondere in die Beschaffenheit des Bernsteinwaldes liefern. Hoch interessant sind für die Wissenschaft heutzutage auch die sogenannten Grabgemeinschaften (Taphozöosen) im Bernstein.

Diese beherbergen unterschiedliche Fossilien gleichen Alters, wobei sich oft die Frage stellt, wie es dazu kam, dass Inkluden unterschiedlicher Subbiotope (Bodenfauna, Totholzfauna oder Gewässerfauna) genau in diesem einen Stück Bern-



Gerade einmal zwei Zentimeter groß: Die im Bernstein eingeschlossene Blüte

stein zu finden sind. Ein Rätsel, das es noch zu lösen gilt.

Der Bernsteinwald war ein riesiges Areal von mehreren 100 bis 1000 Quadratkilometern Ausmaß, das sich vor etwa 50 Millionen Jahren von Skandinavien bis ins Gebiet des heutigen Russlands erstreckte. Subtropisches Klima ließ eine Art Regenwald entstehen mit einer überreichen Fauna wie Ginkgos, Eichen, Zypressen, Zedern, Fichten und vor allem auch Nadelbäumen wie die inzwischen ausgestorbene tertiäre Bernsteinfichte. Letztere sonderte in großen Mengen ein dünnflüssiges Harz ab. Millionen Tonnen davon wurden produziert, jedoch extrem viel davon auch an der Luft zerstört.

Lagerte das Baumharz jedoch unter Luftabschluss im Boden, entwichen über die vielen Jahre die flüchtigen Bestandteile. So entstand ein subfossiles Harz, das man Kopal nennt. Unter Druck über mehrere Millionen Jahre entstand daraus Bernstein. Die im Bernsteinwald vorhandenen Gewässer und der spätere Anstieg des Meeresspiegels beförderten die Stücke dann ins Meer. *Silvia Friedrich*

## ● FÜR SIE GELESEN

## Einer, der im Glashaus sitzt

„So nicht!“ lautet der Titel des Buches, in dem Sigmund Gottlieb „Klartext zur Lage der Nation“ reden will. Und das tut der Autor auch, indem er die Bundesrepublik von heute als ein desolates „Schlendrianland“ beschreibt, das weitgehend unfähig ist, Krisen zu bewältigen, weil ideologisch getriebene „Gesinnungsethiker“ das Sagen haben und Euphemisten aller Art die Misere tagein tagaus schönreden.

Darüber hinaus beklagt er, dass es immer mehr Tabuthemen gebe und kein Verantwortlicher mehr bittere Wahrheiten hören, geschweige denn etwas Grundlegendes ändern wolle. Damit hat Gottlieb sicher Recht – allerdings verschweigt er seinen eigenen Anteil an all dem. Denn als ZDF-Moderator und langjähriger Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens gehörte er selbst zur Kaste der Medienmacher hierzulande, welche vielleicht ab und zu punktuelle Kritik an einzelnen Missständen äußerten, aber ansonsten weitgehend passiv und in nicht wenigen Fällen sogar freudig Beifall klatschend zusahen, wie Deutschland in der Ära Merkel systematisch gegen die Wand gefahren wurde. „So nicht!“, möchte man daher auch Gottlieb zurufen, wenn der zum undifferenzierten Rundumschlag ausholt und behauptet, die wohlstandsverwöhnten Deutschen hätten als Gesamtheit versagt.

Wolfgang Kaufmann

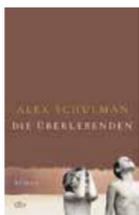


**Sigmund Gottlieb:** „So nicht! Klartext zur Lage der Nation“, Langen Müller Verlag, München 2022, gebunden, 349 Seiten, 24 Euro

## Ein spannender Bestseller

Alex Schulmans bewegender Roman „Die Überlebenden“ handelt in autobiographischer Weise von drei Jungen, die ihre Sommerferien mit ihren Eltern immer an einem einsam gelegenen Seegrundstück in Schweden verbringen. Die Jungen langweilen sich – der Vater hat darauf bestanden, dass der Fernseher während der Ferien ausgestellt bleibt. Sie gehen baden, prügeln sich und vertragen sich wieder. Aus der Langeweile heraus gehen sie in den Wald und verlaufen sich. Bald finden sie eine kleine aufgebrochene Hütte in einem abgegrenzten Hochspannungsbereich. Benjamin will unbedingt wissen, was es mit dem Strom auf sich hat und geht trotz Ermahnungen seiner älteren Brüder in die dunkle Hütte. Durch das große Unglück, das dann passiert, werden die Weichen für das zukünftige Leben der Jungen völlig neu gestellt.

„Die Überlebenden“ stand in Schweden wochenlang auf Platz 1 der Bestsellerliste. Das Buch ist bereits in 31 Ländern erschienen. Angela Selke.



**Alex Schulman:** „Die Überlebenden“, dtv, München 2022, Taschenbuch, 303 Seiten, 13 Euro

## KINDERBUCH DER WOCHE



## Woher das Wasser kommt

Ann-Sophie Baumann und Vanessa Robidou erklären auf anschaulichen und für Kinder verständlichen Schautafeln alles rund um das wichtigste Element unseres Lebens

FOTO: IMAGO/WESTEND6

**Ohne Wasser** gäbe es kein Leben auf der Erde. Alle Menschen, Tiere und Pflanzen benötigen es, um zu überleben. Die in Frankreich wohnende Autorin Anne-Sophie Baumann schuf zusammen mit der Illustratorin Vanessa Robidou ein informatives Buch für Kinder ab fünf Jahre „Mein großes Buch vom Wasser“, das keine Frage zum Thema Wasser offenlässt.

Auf dem ersten Klappbild sieht man unseren Planeten vor Jahrmillionen Jahren, als Vulkanausbrüche und Meteoriteneinschläge die Erdoberfläche erschütterten. Bei Vulkanausbrüchen wurde Wasserdampf aus geschmolzenem Gestein in die Luft freigesetzt. Der abge-

kühlte Dampf fiel als Regen auf die Erde. Weitere Klapptafeln zeigen, wie sich das Wasser auf der Erde verteilt, den Wasserkreislauf, das Leben in und am Wasser, warum Lebewesen Wasser benötigen, wie Lebewesen in trockenen Regionen der Erde mit wenig Wasser überleben, woher das Wasser bei uns kommt, wenn es aus der Leitung strömt, wohin es geht und wie man Energie aus Wasserkraft gewinnt.

Die beinahe wichtigste Fragestellung kommt am Schluss. Wie können wir achtsam mit Wasser umgehen? Es ist ein Buch, das Kindern allein durch die vielen Klapptafeln Spaß machen wird, Neues zu entde-

cken und herauszufinden, welch kostbares Gut das kühle Nass ist.

Silvia Friedrich



**Anne-Sophie Baumann/Vanessa Robidou:** „Mein großes Buch vom Wasser“, Gerstenberg Verlag Hildesheim 2022, gebunden, 60 Seiten, 28 Euro

## ERINNERUNGSKULTUR

## Zeitgeschichte aus linker Sicht

Waldemar Czachur und Peter Oliver Loew beschäftigen sich mit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs

VON KARLHEINZ LAU

**D**er polnische Germanist Waldemar Czachur und Peter Oliver Loew Direktor des Deutschen Polen-Instituts, beabsichtigen mit ihrem Buch „Nie wieder Krieg. Der 1. September in der Erinnerungskultur Polens und Deutschlands zwischen 1945 und 1989“ den 1. September 1939 fest im historischen Bewusstsein der Bürger in Polen, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland zu verankern. Das geschieht Jahr für Jahr bis 1989 für jeden einzelnen Staat, in dem die nach Meinung der Verfasser wichtigsten Ereignisse, die an den Tag des Kriegsausbruches erinnern, genannt, beschrieben und bewertet werden.

Das kommt schon in der Gliederung des Buches zum Ausdruck. Im ersten Hauptteil wird die Erinnerung an den 1. September in Polen und in Deutschland von 1945 bis 1988 behandelt. Das geschieht in drei Kapiteln jeweils für die Volksrepublik Polen, für die DDR sowie für die Bundesrepublik Deutschland. Für Polen „Das Septembertag im Dienst der Partei: Herrschaftslegitimation“; für die DDR „Friedensfeiern an der Friedensgrenze“ und für die Bundesrepublik Deutschland „Spärliches Gedenken und erste Akzente 1949 bis 1959“.

Im zweiten Hauptteil wird das Gedenken 1989 in den drei Staaten behandelt. In den zahlreichen Unterkapiteln werden in erster Linie staatlich getragene Veranstaltungen geschildert, aber auch nichtstaatliche Träger wie Parteien, Gewerkschaf-

ten und Kirchen kommen zu Wort. Positiv muss hervorgehoben werden, dass die zahlreichen Bilder jeweils zu den Texten passen.

**Erinnerungsdatum 1. September**

Die Autoren beschreiben den gesamten Zeitraum vom Kriegsende 1945 bis zum Ende der Herrschaft der Kommunisten in Polen und in Mitteldeutschland in 62 einzelnen Beiträgen, eine beachtliche Fülle an Material wird dem Leser geboten. Jedes Kapitel oder Teile können einzeln gelesen werden. Nimmt man den gesamten Text, kann der politische Standort der Autoren beschrieben werden. Es ist eine eher linke Position. Das wird besonders deutlich in den Abschnitten über die Bundesrepublik Deutschland. Hier ist das Unterkapitel „Der 1. September und die Friedensbewegung: Ein Antikriegstag ohne Polen, 1957 bis 1968“ stellvertretend zu nennen. Für die Polen ist es der Beginn der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft, die erst 1944/45 ihr Ende fand. Verknüpft wurde das Datum mit dem Sieg der Polen 1410 bei Tannenberg/Grunwald über den Deutschen Orden. Dieser gilt bis heute als Verkörperung eines deutschen Drangs nach Osten – „so wie wir es den Deutschen 1410 gezeigt haben, so haben wir es ihnen 1944/45 gezeigt und so werden wir es ihnen auch in Zukunft zeigen.“

Die neuerlichen Forderungen der polnischen PiS-Regierung nach Reparationen von Deutschland liegen offensichtlich auf dieser Linie. Es muss hinzugefügt werden, dass innenpolitische Legitimierung der von Moskau eingesetzten Machthaber für

den gesamten Zeitraum von zentraler Bedeutung war, was auch für die DDR galt. Die DDR wurde von Menschen im Ostblock nicht mit Deutschland gleichgesetzt, das war eindeutig die Bundesrepublik Deutschland.

In der seit 1949 bestehenden Bundesrepublik Deutschland hatte der 1. September 1939 in den ersten Jahren nach 1945 einen ganz anderen Stellenwert. Er wurde nicht zur Kenntnis genommen, weil andere Probleme die Deutschen bewegten. Die verlorenen Ostprovinzen, über zehn Millionen gewaltsam Vertriebene mit Hunderttausenden von Opfern, die schwierige Eingliederung dieser Menschen, obwohl die Hoffnung auf zeitnahe Rückkehr in die verlassene Heimat sehr verbreitet war, und nicht zuletzt der Wiederaufbau zum Teil total vernichteter Städte und Industrieanlagen. Diese Probleme bestanden auch in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands und späteren DDR, ohne dass sie – auf Druck Moskaus – genannt werden durften. Das betraf vor allem den Verlust der Heimat im Osten und die grausame Vertreibung aus ihr.

**Gradmesser für deutsch-polnisches Verhältnis**

Die Einbindung des 1. September in die Erinnerungskultur der Polen war gleichzeitig ein Gradmesser für das polnisch-deutsche Verhältnis. Diese Sicht wurde in der Bundesrepublik Deutschland nicht geteilt. Das Datum wurde im Zusammenhang mit der Diskussion und Auseinandersetzung der Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges gesehen. Erst mit den Studen-

tenprotesten und der Friedensbewegung begann die Auseinandersetzung um Schuld und Verantwortung, die bis heute anhält. Bei aller inhaltlichen Unterschiedlichkeit der von den beiden Autoren ausgewählten Beispiele bleibt der Titel des Buches „Nie wieder Krieg“ bis heute aktuell. Das hindert offensichtlich die polnische Seite nicht, die alte Leier der bösen und revanchistischen Vertriebenen auch im neuen Jahrhundert aufzulegen. Das ist auch deshalb peinlich, weil die Verantwortlichen es besser wissen.

Sozialdemokraten, kommunistische Gruppen und Gewerkschaften werden zitiert, nicht aber bürgerliche Parteien wie CDU/CSU oder FDP und nahestehende Verbände wie der Bund der Vertriebenen oder der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Von kirchlichen Aktivitäten ist kaum die Rede. Generell hätte Loew viel breiter argumentieren können/müssen. Das mindert den Wert dieser Untersuchung. Skeptisch muss man sein, ob das Datum 1. September und seine Folgen in das Bewusstsein der Menschen in Deutschland Eingang gefunden haben. In Polen ist das Gefühl für die eigene Nation und ihre Geschichte viel ausgeprägter.

**Waldemar Czachur/Peter Oliver Loew:**

„Nie wieder Krieg! Der 1. September in der Erinnerungskultur Polens und Deutschlands zwischen 1945 und 1989“, Harrassowitz Verlag Wiesbaden 2022, gebunden, 379 Seiten, 39 Euro



## FASCHING IN OSTPREUSSEN

## „Fasteloawend is jekoame“

Singen, Tanzen und Feiern statt Umzügen und Straßenkarneval prägten die närrische Zeit von Masuren bis ins Samland

VON BÄRBEI BEUTNER

Am 20. Februar wird hierzulande der Rosenmontag gefeiert, der Höhepunkt des Karnevals. Zwei Jahre lang durften keine Umzüge in den Karnevalshochburgen wegen der Corona-Pandemie stattfinden. Nun hofft man in diesem Jahr besonders im Rheinland auf unbeschwertes Feiern mit allem, was dazugehört. Dabei wäre gerade in den letzten verrückten Jahren das Feiern der Fastnacht angebracht gewesen, denn seit dem Ende des 15. Jahrhunderts gehörte zu der närrischen Zeit die Verspottung der Obrigkeiten und der kirchlichen Institutionen.

Seit dem 13. Jahrhundert sind die Tage vor dem Beginn der Fastenzeit als Tage des Genusses und des Feierns überliefert. In den Klöstern fanden vor der Fastenzeit opulente Festessen und Unterhaltungen statt; das griff auf die Laienwelt über, und es entwickelten sich verschiedene volkstümliche Bräuche. Im 14. Jahrhundert gab es zur Fastnacht Ritterspiele, im 15. Jahrhundert brachten sich die Patrizierverbände und die Zünfte mit Maskenumzügen ein. Der Mummenschanz in Augsburg war berühmt. Fastnachtsspiele sind seit dem Beginn des 15. Jahrhunderts nachweisbar sowie komödiantische Aufführungen, oft mit groben Witzen und Klamaus. Daraus wurde der beliebte „Schwank“, in dem politische Missstände und menschliche Schwächen aufs Korn genommen wurden. Am bekanntesten wurden die Schwänke von Hans Sachs im 16. Jahrhundert.

Die Fastnacht entwickelte sich aus ursprünglich heidnischen, germanischen und keltischen Fruchtbarkeitskulten, bei denen die Geister des Winters ausgetrieben wurden. Dazu dienten auch die Masken, welche die Wintergeister erschrecken sollten. In christlicher Zeit wurde die gewohnte Ordnung auf den Kopf gestellt. Bis heute übernehmen die Narren die Herrschaft, das Rathaus wird besetzt, der Bürgermeister muss den Schlüssel übergeben, die Stadtväter werden entmachteter. Der Donnerstag vor Rosenmontag ist „Weiberfastnacht“, dann feiern und herrschen die Frauen.

**Kostümbälle und Bügeltanz**

Umzüge und Straßenkarneval gab es in Ostpreußen nicht, aber Kostümbälle waren sehr beliebt. Die Eltern von Agnes Miegel (1879–1964) sollen sich auf so einem Ball kennengelernt haben, sie als Rotkäppchen, er als Jäger verkleidet. In dem Roman „Frau Sorge“ von Hermann Sudermann (1857–1928) wird ein großer Ball am Fastnachtsabend beschrieben, der „in dem Saale des Bürgerversins von den Landwirten der Umgegend“ gefeiert wird. Lichterglanz und rauschende Musik erfüllen den Saal, und es gibt eine Reihe von weiß gekleideten Mädchen, „welche die Wände schmückten“. Ein Gast, der von dem Ball heimkehrt, trägt auf der Brust „einen funkelnden Panzer von Ordenssternen, wie sie beim Kotillonanzie die Damen den Herren anzuhängen pflegen“.

Das war ein Ball in einer ländlichen Kleinstadt, und auf dem Dorf gab es zur Fastnacht allerhand Traditionen. Die unvergessliche Hanna Wangerin hat in dem Arbeitsheft „Vom Festefeiern in Ostpreußen“ Berichte von Landsleuten zusammengetragen. Ein beliebtes Fastnachtessen war „Schuppnis“, ein Gericht aus dick gekochten Erbsen, dazu Schweinskopf und Kartoffeln. In der Tilsiter und Insterburger Gegend ist es ver-



Ostpreussische Fastnacht in Tharau um 1911: Entsprechend dem Brauch trägt der „Bügelmeister“ den mit Tannen umflochtenen und mit Papierblumen geschmückten runden Kranz  
Foto: Bildarchiv Ostpreußen

bürgt. Krapfen gehörten zur Fastnacht überall dazu.

Auf dem Lande feierte man den „Fastelabend“ – „Fasteloawend“, dessen Höhepunkt der „Bügeltanz“ war. Aus langen Weidenästen wurde ein runder Kranz gebunden, mit Tannen umflochten und mit Papierblumen und bunten Bändern geschmückt. Der „Bügelmeister“ trug diesen Kranz, den „Bügel“, einem Zug von jungen Paaren voran, und so ging es mit Musik in den Dorfkrug. Dort war der Tanzsaal leer, nur Bänke und Stühle gab

es und eine große Tanzfläche. Die Paare drehten sich im Tanz, und der Bügelmeister mit Metallschärpe schwenkte den großen Kranz hin und her und sprang selbst durch den Bügel wie über ein Springseil. Er war die wichtigste Person. Plötzlich hielt er den Bügel zwischen ein Paar, und das Mädchen musste durch den Kranz springen. Der Tanzpartner half dabei, packte sie oft mit beiden Händen und hob sie durch den Bügel. Je höher sie sprang, umso höher wuchs im kommenden Sommer der Flachs.

Zur Musik gehörten mitunter die gleichen, selbstgebaute Instrumente wie beim Umzug des „Schimmelreiters“ in den „Rauhnächten“: Ziehharmonika, Teufelsgeige und Brummtopf. Beim Einzug in den Saal wurde gesungen: „Fasteloawend is jekoame,/Loop anne Linge,/wi wille bägle goahne,/Loop anne Linge,/Zucht und Ehr wille wir/bi er Jungfer finde.“ Das „Laub an der Linde“ ist vielleicht eine Hoffnung auf baldiges Grün und Blüten. „Wir wollen betteln gehen“ – zur Fastnacht gehörte immer der „Heischegang“, bei dem Äpfel, Kuchen, Speck und Zuckerzeug eingeheimst wurden. Bemerkenswert aber ist, dass eine „Jungfer“ „Zucht und Ehr“ besitzen muss. Beim Sprung durch den Bügel durfte auch der Fuß nicht hängen bleiben; das bedeutete „Schande“. Und ein Mädchen, das „seinen Kranz verloren hatte“ (Erklärung überflüssig), wurde sogar nicht zum Bügeltanz zugelassen.

**Ein Brauch wie zu „Halloween“**

Die Königsberger Schriftstellerin Fanny Lewald (1811–1887) berichtet in ihrer „Lebensgeschichte“ von einer „alten Sitte“ zur Fastnacht in Königsberg. Die Fischfrauen gingen mit einem großen, bunt geschmückten Netz und in prächtigen Kleidern in die Häuser ihrer Kunden, tanzten und sangen und erhielten ein Geldgeschenk. Ihr Lied enthält dieselben Wünsche wie die des Schimmelreiters zu Neujahr: „De Fisches de springe,/De Fischergeselle singe,/De Fischerwiwer springe./Wi winsche dem Herrn/Einen goldenen Disch./Up alle veer Ecke/Gebratene Fisch./Wi winsche de Fru/ Eenen jungen Sohn“. Die Verse beginnen auch mit „Loop an de Linge“, was aber mit „Leinen“ übersetzt wird. Einen Sinn ergibt das auch, denn bei dem Bügeltanz wurde mitunter ein Streifen Leinen unten um den Bügel gewunden, weil zu Fastnacht die Zeit des Spinnens aufhörte und das Weben begann. Die verheirateten Frauen tanzten deshalb am Fastelabend auch den „Wockentanz“ mit Lichtern in den Händen, die sonst am „Spinnwocken“ steckten.

Das Geldgeschenk für die Fischerfrauen sowie der „Heischegang“ zur Fastnacht, auch das findet sich in mehreren Kulturen. Am Fastnachts-Dienstag

zogen die Kinder verkleidet von Haus zu Haus und bekamen Süßigkeiten. Heute ist dieser Brauch zu „Halloween“ von Amerika nach Europa gekommen, und in der jüdischen Tradition gehört das Umherziehen der Kinder zum Purim-Fest im Frühjahr.

**Altpreußens Geschichte bei Agnes Miegel**

In Agnes Miegels berühmter Novelle „Die Fahrt der sieben Ordensbrüder“ erscheinen am Ende Kinder, die in dem tief verschneiten Samland am Morgen unterwegs sind. Sie „gehn Fastnacht singen“, wie sie sagen. Es gelingt der Dichterin, in dieser Szene die Geschichte Altpreußens zusammenzufassen. Der letzte Prußenherzog ist soeben gestorben, die Prußenburg geht in Flammen auf, die Ordensritter treffen auf die Kinder, die in einem Dorf wohnen, über dessen Dächer „rot und wuchtig der schwere viereckige Kirchturm stand“. Die Herkunft der Kinder ist halb deutsch, ein Vater kommt „aus dem Bremischen“, sie haben die Nacht „bei Samels Großmutter“ verbracht und „Warmbier und Keilchen“ bekommen. Die Mädchen tanzen, und der Junge spielt den Brummtopf. Sie erhalten Münzen und einen Apfel und ein Stück Kuchen. Deutsche und Prußen sind bereits vermischt und verwandt.

Ernst Wiechert (1887–1950) führt den Leser seiner Jugenderinnerungen „Wälder und Menschen“ in eine Fastnacht voller Märchen und Geheimnisse in seiner masurischen Heimat. Für seine Eltern, Förstersleute aus dem Kreis Sensburg, war das Maskenfest das einzige Fest ihres Jahres. „... am Fastnachtsabend fuhren wir zur Tante Veronika in die kleine Stadt“, „durch lautlose Wälder“, durch Schnee und einen „Abendhimmel wie eine Feuerwand“. „So fuhren sie mich ins Märchen, denn Tante Veronika war das Märchen.“ Tante Veronika schneidert „für wohlhabende Leute“, auch Kostüme zur Fastnacht, aber vor allem kann sie erzählen und „Zaubergestalten beschwören“. Das Kind wird so davon ergriffen, von Oberon und „der Schönen mit den sieben Schleiern“, von dem „Mann in der Wand“, der vielleicht König Nebukadnezar ist, „daß meine Seele erzitterte und in Grauen und Seligkeit verging“. Dazu gibt es Pfannkuchen und Punsch, wie es sich zur Fastnacht gehört.

**Pfannkuchen und Punsch in Sensburg**

Hier tut sich eine vielleicht östliche Seite der Fastnacht auf. Das ist keine närrische Ausgelassenheit, sondern Tante Veronika sagt: „Ja, die Fastnacht ... Da ist so viel unterwegs ...“ Diese Nächte bekommen eine magische Bedeutung wie die Johannisnacht im Juni und wie die Rauhnächte zur Wintersonnenwende und die Tag- und Nachtgleiche zweimal im Jahr. In ihrer Jugend ging sie mit ihrer Schwester durch den Schnee, mit einer Trompete, um die Wölfe abzuschrecken, und auf dem Kostümball war sie natürlich Zigeunerin, „und alle jungen Förster ließen sich von mir wahrsagen“. Eine Losnacht war Fastnacht also auch. Für das Kind Ernst Wiechert bekam alles den „Zauberhauch verschollener Zeiten“ und wurde zu einer „Welt der Wunder“. Tante Veronika kann tatsächlich in die Zukunft sehen, so wie sie glaubhaft den verstorbenen Bürgermeister gesehen hat, der ihr sein Karnevalskostüm nicht bezahlt hat. „Ein Dichter wirst du werden“, sagt sie oft zu dem Kind, aber sie sagt es „jedemal bekümmert“.

Die Gabe des Dichtens ist nicht leicht zu tragen, das galt auch für Wiecherts Landsmännin Agnes Miegel.



Utensil für die närrische Jahreszeit: Wie in Ostpreußen ist der Brummtopf auch in vielen anderen Gegenden üblich. Im Internet gibt es viele Bauanleitungen

## ● AUFGESCHNAPPT

Am letzten Tag der bereits verlängerten Frist zur Abgabe der neuen Grundsteuererklärung hat Bayern verkündet, den Betroffenen noch einmal drei Monate mehr Zeit zu geben. Grund: Im Freistaat fehlten Ende Januar immer noch 30 Prozent der Erklärungen. Es steht zu erwarten, dass auch bundesweit Millionen von Grund-, Haus- und Wohnungseigentümern ihre Erklärungen noch nicht abgegeben haben. Ein besonders prominenter Säumling ist dabei pikanterweise der Bund selbst. Dort sah man sich außerstande, die Steuererklärungen für die 26.000 staatlichen Liegenschaften der Bundesrepublik Deutschland zeitgerecht einzureichen. Der Freistaat Sachsen hat sich selbst sogar eine Fristverlängerung bis Ende September genehmigt. Das ist schon ein seltsames Schauspiel: Ein Staat scheitert bei der Erfüllung einer bürokratischen Anforderung, die er seinen eigenen Bürgern auferlegt. Sollte es zu Säumniszuschlägen für Bürger kommen, könnte dieser Sachverhalt bei etwaigen Gerichtsverfahren eine nicht geringe Rolle spielen. *H.H.*



## ● STIMMEN ZUR ZEIT

Ahmad Mansour fürchtet, dass sich auch nach dem Doppelmord von Brokstedt nichts an der (Nicht-)Abschiebepolitik ändert, wundert sich aber im „Focus“ (27. Januar) über die Begründung:

„Ich verstehe nicht, warum jemand als staatenlos bezeichnet wird, wenn er aus Gaza kommt. Gaza ist neben dem Westjordanland Teil der Palästinensischen Autonomiegebiete, wenngleich der völkerrechtliche Status umstritten ist. Deutschland unterstützt die Palästinenser finanziell sehr stark.“

Matthias Nikolaidis kann das Gerede von den „Einzelfällen“ nicht mehr hören. Auf „Tichys Einblick“ (30. Januar) verweist er auf den somalischen Doppelmörder von Oggersheim, der zugab, gezielt Deutsche getötet zu haben:

„Brokstedt ist keineswegs ein nur bedauerlicher Einzelfall. Es ragt aus der Vielzahl der Taten heraus wie die Spitze eines Eisbergs, der zu viel mehr Anlass gibt als nur Erschrecken.“

Der Historiker Heinrich August Winkler spricht sich im „Tagesspiegel“ (29. Januar) gegen eine Umbenennung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz aus, denn:

„Nicht vergessen sollten wir das Preußen der Aufklärung, der religiösen Toleranz, der entschiedenen Strukturreformen in der Ära Stein-Hardenberg zu Beginn des 19. Jahrhunderts ... Es hat auch das Preußen des Rechtsstaats, das liberale Preußen gegeben.“

Gegenüber dem österreichischen Magazin „Exxpress“ (30. Januar) gibt Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán eine Prognose für die nahe Zukunft Europas ab:

„Wie soll das weitergehen? Das aktuelle politische System in Europa kann nicht mehr lange überleben, es wird kollabieren. Dann kommt es zu einem: ‚Zurück zur Tradition‘ ... Noch in diesem Jahrzehnt. Und die Konservativen Europas brauchen dazu dann auch einen Kopf, eine Galionsfigur.“

Der frühere TV-Journalist Franz Alt verurteilt den russischen Angriff auf die Ukraine scharf, gibt im Portal „Telepolis“ (29. Januar) aber auch zu bedenken:

„Meine Gegenfrage an westliche Hardliner: Wie würden denn die USA reagieren, wenn Kanada oder Mexiko als direkte Nachbarn zu den Vereinigten Staaten einen Militärpakt mit Russland schließen? Das haben wir doch 1962 bei der Kuba-Krise gesehen.“

## ● WORT DER WOCHE

„Das kommt mir so vor, als würde sich ein Bordellbesitzer auf St. Pauli aufregen, dass in seinem Haus Unzucht praktiziert wird.“

Henryk M. Broder auf Welt-TV am 27. Januar über Innenministerin Nancy Faeser (SPD), die erst die Abschiebung auch schwerstkrimineller verhindert und sich nun über den Doppelmord von Brokstedt aufregt

## DER WOCHENRÜCKBLICK

## Verfluchte Schweden!

Wie Stockholm Nancy Faesers Heuchelei entlarvt, und wie schön es sich als EU-Parlamentarier lebt

VON HANS HECKEL

Das muss man erst mal hinkriegen. Mit deutlichen Worten erhitzt sich Bundesinnenministerin Nancy Faeser über den Messerstecher von Brokstedt, der ein junges Paar, 17 und 19 Jahre, brutal getötet hat. „Wie konnte es sein, dass ein solcher Täter noch hier im Land war?“, will die SPD-Politikerin im Hinblick auf den mehrfach vorbestraften Palästinenser wissen. Ja, wie konnte es nur?

Vielleicht deshalb: Exakt zur selben Zeit, da sie sich so aufregt, sperrt sich die deutsche Ministerin gegen einen schwedischen Vorstoß auf EU-Ebene, der einen besseren Grenzschutz und eine konsequente Abschiebepolitik durchsetzen will. So wollen die Skandinavien Länder, die ihre eigenen Bürger nicht zurücknehmen wollen, mit erschwerten Visa für die EU unter Druck setzen.

Das will Faeser aber ausdrücklich nicht: „Ich glaube, dass der Weg über Migrationsabkommen der bessere ist“, kontert Faeser, die natürlich genau weiß, dass solche Abkommen das Papier nicht wert sind. Seit wie vielen Jahren treibt Erdoğan's Türkei, mit dem noch Kanzlerin Merkel ein Abkommen abgeschlossen hatte, Deutschland jetzt schon vor sich her? Auch andere Regierungen des Orients und Afrikas gähnen nur noch müde, wenn die Deutschen um Rücknahme ihrer Staatsbürger betteln.

Denn in Wahrheit wissen sie alle, dass Faeser und Co. ihre heimlichen Verbündeten sind, die nur so tun, als gefiele ihnen die Nichtrücknahme nicht: Die Drittstaaten schieben soziale Lasten gen Norden ab und die Multikultis hier bei uns freuen sich über jeden Neuankömmling – damit es hier „richtig bunt wird“, wie es der Mittelmeer-Schlepper Axel Steier so bildhaft ausdrückte (die PAZ berichtete). Mit ihren „Migrationsabkommen“ will Faeser den Herkunftsstaaten dieses stillschweigende Einverständnis am liebsten schriftlich geben.

Da kam Brokstedt jetzt irgendwie ganz blöde dazwischen. Das grauenvolle Verbrechen stört die übliche Taktik, denn die geht so: Wenn mal wieder jemand von einem Täter niedergemessert wurde, der nach jeder Art von Rechtsverständnis und gesundem Menschenverstand gar nicht mehr Lande sein, oder besser: niemals hätte hereingelangen dürfen, ist erst einmal große „Betroffenheit“ und Empörung angesagt, siehe oben. Dann

sind „die Gefühle bei den Angehörigen“, und der Täter muss sich auf die „ganze Härte des Rechtsstaats“ gefasst machen. Das Gedröhn zieht man eine kurze Weile durch, bis die Bluttat aus den Schlagzeilen verschwunden ist. Danach gehen Faeser und die Ihren wieder daran, wie man die Grenzen noch durchlässiger, Abschiebungen noch unmöglicher und Deutschland noch anziehender machen kann für Einwanderungswillige aus den heikelsten Regionen der Welt.

Dass die Schweden ausgerechnet jetzt vorpreschen und damit die Heuchelei unserer Genossin Faeser auffliegen lassen, müssen wir daher als Akt größter Unkollegialität verurteilen. Hätten die nicht warten können, bis Brokstedt lange genug her ist, damit die oben beschriebene Rezeptur wieder greift?

Zumal die deutsche Asyllobby unter dem Banner höchster Moral segelt. Aus welchem Holz dieser moralische Hochsitz geschnitzt ist, hat uns schon 2019 die „Sea Watch“-Kapitänin Carola Rackete wissen lassen. Sie forderte, dass Deutschland alle Menschen aufnehmen solle, die sich seinerzeit in Libyen angesammelt hatten, mehr als eine halbe Million. Und danach sollten weitere Millionen Zugang zu Deutschland bekommen. Auf ihre eigenen Zukunftspläne hin angesprochen ließ Frau Rackete indes verlauten, dass sie eines Tages nach Chile oder Kasachstan auszuwandern gedenke, weil ihr in Deutschland schon zu viele Menschen auf zu engem Raum lebten. Mal sehen, was Nancy Faeser mit dem Rest ihres Lebens so vorhat.

## Wo die Flut schon in die Schuhe läuft

Zu Hause könnte es jedenfalls ungemütlich werden für die Ministerin. Zwölf Bürgermeister und Kreistagschefs des Main-Taunus-Kreises, den Faeser im Bundestag vertritt, fordern in einem Brandbrief an Bundeskanzler Scholz genau das, was sie und die SPD gerade nicht wollen: Genauere Überprüfung von Einreisenden, ob sie überhaupt unsere Hilfe benötigten, aktive Rückführung unrechtmäßig Eingereister und „keine weiteren Anreize, sich aus wirtschaftlichen Gründen auf den Weg in Bundesrepublik zu machen“. Mitunterzeichner ist auch der Bürgermeister von Faesers Heimatort Schwalbach, der wie sie in der SPD ist.

Warum diese Leute sich so aufregen? Weil einem weiter unten auf der politischen Pyramide schneller das Wasser in die Schuhe läuft, wenn die Asylflut so rapide steigt wie

Hätten die Skandinavien nicht warten können, bis Brokstedt wieder aus den Schlagzeilen verschwunden ist?



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

derzeit. Überall im Land funken Kommunen und Kreise SOS, weil sie nicht mehr wissen, wohin mit den hereinströmenden Neuankömmlingen. Dass viele der stöhnenden Gemeinden sich zuvor selbst moralstolz dazu verpflichtet hatten, mehr Asylsucher aufzunehmen, als sie gesetzlich müssen, und nun erschrocken den „Zauberlehrling“ geben, lassen wir hier mal weg.

Weiter oben auf den Sprossen der Macht fehlt jedes Verständnis für das Gequake an der Basis, denn dort droben geht es einem richtig gold – und je weiter hinauf, desto paradisischer wird's. Das wird mittlerweile sogar dem linken Witzbold und Gründer der Satirepartei „Die Partei“, Martin Sonneborn, zu bunt, der seit einiger Zeit im EU-Parlament sitzt. Der „Welt“ hat er sein Herz ausgeschüttet über all die schönen Privilegien, die man in Brüssel genießt – und fängt gleich bei sich selber an: Gut 7600 Euro netto im Monat, plus knapp 5000 Euro als „allgemeine Kostenvergütung“, mit der er ebenfalls machen kann, was er will. Vielleicht für Mitarbeiter ausgeben? Nicht nötig, denn für „parlamentarische Assistenz“ erhält er extra noch einmal fast 28.000 Euro pro Monat obendrauf.

Für jeden Tag, an dem sich Sonneborn und seine Kollegen in die Anwesenheitsliste des EU-Parlaments eintragen, erhalten sie zudem 338 Euro – egal, wohin sie nach der Eintragung gehen. Zudem können sie auf Steuerzahlerkosten jede Woche zu einem Ziel ihrer Wahl in der EU reisen, gerne auch in der Business Class.

Wir könnten denken: Man, so gestopft sind die bestimmt wunschlos glücklich. Nicht ganz: Sonneborn berichtet, wie Parlamentspräsidentin Roberta Metsola beteuert habe, alle als Parlamentschefin erhaltenen Geschenke ordnungsgemäß an die Verwaltung des Hauses gemeldet zu haben, wie es sich gehört. Nur Tage später habe sie aber 142 Geschenke bei der EU-Verwaltung angeben müssen, die sie offenbar nicht verraten hatte, darunter eine Goldmünze mit Palästinenserpräsident Mahmud Abbas drauf, eine frühantike zypriotische Skulptur und Sennheiser-Kopfhörer vom Deutschen Bundestag. Außerdem habe die Malteserin versucht, ihrem Schwager einen tollen Job als Kabinettschef zuzuschanden.

Metsola ist offenbar nur die Spitze des Eisbergs. Da wird uns verständlich, warum die hohe Politik mit solcher Leichtigkeit auf unsere mickrigen Nöte herabblickt.